Nr. 129. 23. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Anarchismus in Spanien.

II.

Im wesentlichen lassen sich heute drei anarchistische Richtungen in Spanien unterscheiden:

Die zwar nicht der Zahl, aber ihrem Einfluß und ihrer Energie nach wichtigste Richtung ist die der „individualistischen" Anarchisten. Ihre Anhänger rekrutieren sich vornehmlich aus der verarmten Intelligenz, besonders der literarischen Bohème und dem Lehrerproletariat. Daneben finden wir vielfach kleine Kunsthandwerker und erbitterte freidenkerische Gegner der spanischen Priester- und Ordensherrschaft in ihren Reihen. Die eigentlichen Arbeiter, speziell die Industrieproletarier, spielen in diesen Vereinigungen nur eine höchst bescheidene Rolle. Es ist die über die Misere des spanischen Lebens, die schamlose Korruption, das örtliche oligarchische Cliquenwesen („Kazikentum" nennt es der Spanier), die Frechheiten der Priesterschaft, die Rückständigkeit der Lebens- und Erwerbsverhältnisse aufs äußerste erbitterte Intelligenz, die sich in den anarchistischen Vereinen und „Logen" dieser Richtung zusammen findet und sich dort in einem halbromantischen, halbnihilistischen Revolutionarismus Luft macht. Als Mittel zur Erreichung ihres Zieles gelten dieser Richtung die stetige Beunruhigung der Regierungsgewalt und der sie stützenden Institutionen durch fortgesetzte kleinere und größere Generalstreiks, Straßendemonstrationen, Putsche, teilweise auch durch gewaltsame Unschädlichmachung hochstehender, das gegenwärtige Regime stützender Personen.

Die zweite Richtung, die „kollektivistisch-anarchistische", kann gewissermaßen als die anarchistisch-gewerkschaftliche Gruppe bezeichnet werden, denn ihr gehören fast alle Handwerker und Arbeiterfachverbände der anarchistischen „Föderation der Arbeitervereine des spanischen Landes" an, während die sozialistischen Gewerkschaften in der „Allgemeinen Arbeiter-Union" organisiert sind. Die kollektivistischen Theorien spielen heute nur noch in wenigen dieser anarchistischen Gewerkschaften eine Rolle. Wie die individualistischen Anarchisten predigen auch sie die Abschaffung des Staates und die politische Abstinenz (die jedoch keineswegs von ihnen konsequent durchgeführt wird), umsomehr propagieren sie den „allgemeinen" und „lokalen" Generalstreik und die öffentliche Demonstration.

Die dritte, schwächste Gruppe, die der sogen. „kommunistischen" Anarchisten steht den kollektivistischen Anarchisten nahe, vertritt aber die Auffassung, daß die Grundlage der zukünftigen Wirtschaftsgruppen oder Wirtschaftskommunen das Gemeineigentum an Boden und an den Produktionsmitteln (Fabriken, Bergwerken, Maschinen usw.) sein muß.

Es zeugt demnach von einer krassen Unkenntnis der anarchistischen Bewegung, wenn man sie inhaltlich mit der sozialistischen Arbeiterbewegung identifiziert und nur allenfalls eine gewisse Verschiedenheit der Taktik anerkennt. Nicht nur die Taktik, die ganze Auffassung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, der historischen Bedingungen der heutigen Gesellschaftsordnung und ihrer Entwickelungsrichtung ist eine grundverschiedene. Dem Sozialisten, und zwar dem spanischen nicht minder als dem deutschen, gilt als die Grundlage der heutigen Gesellschaftsordnung das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem, und demnach richtet sich sein Bestreben darauf, dieses System durch ein höheres, durch das sozialistische bezw. kommunistische zu ersetzen. Die wichtigsten Richtungen des spanischen Anarchismus stehen dagegen auf dem Boden des Systems der heutigen kapitalistischen Warenproduktion; sie wollen wohl, wie es in dem obengenannten Barcelonaer Manifeste heißt, die Auswüchse des heutigen Systems, die großen Monopole und wirtschaftlichen Privilegien vernichten; die Grundlage des heutigen Wirtschaftssystems, den Privatbesitz an Produktionsmitteln, tasten sie jedoch nicht an.

Demnach ist denn auch die Stellungnahme der Anarchisten zu den heutigen Versuchen, die Großindustrie in Spanien einzuführen, eine ganz andere als die der spanischen Sozialisten. Letztere gehen von der Ansicht aus, daß, sollen die spanischen halbfeudalen Verhältnisse eine Besserung erfahren, zunächst die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes durch die Entwickelung der großkapitalistischen Wirtschaftsform überwunden werden muß. Erst über diese hinweg führt der Weg zum Sozialismus. Deshalb unterstützt die spanische Sozialdemokratie die Bemühungen, dem Großindustrialismus in Spanien Eingang zu verschaffen — nicht um des Kapitalismus willen, sondern weil nach ihrer Ansicht die heutige wirtschaftliche Stagnation die Korruption des gesamten Staatslebens begünstigt, weil der Uebergang zur modernen großkapitalistischen Wirtschaftsweise Vorbedingung der Ueberwindung der heutigen sozialen Misere und zugleich der politischen Organisierung der spanischen Arbeiterklasse ist. Dagegen verhalten sich die Anarchisten gegen diese Versuche, die natürlichen wirtschaftlichen Reichtümer Spaniens industriell auszunutzen, nicht nur passiv, sie begünstigen vielfach sogar die kleinbürgerliche, handwerksmäßige Produktion, da sie der Ansicht sind, daß der Kleinbetrieb eine bessere Entfaltung der Individualität gewährleistet, als der Großbetrieb mit seiner Herunterdrückung des Einzelnen zur Arbeitsmaschine.

Ferner unterscheidet den Anarchismus vom Sozialismus seine ganz andere Auffassung der heutigen politischen Verhältnisse Spaniens. Der Anarchist sagt: „Freie Gesetze nützen in Spanien nichts, denn sie werden einfach von den korrumpierten Machthabern nicht befolgt. Deshalb ist das Bestreben des Sozialisten, Einfluß auf die Legislative zu gewinnen und die Arbeiter zum Wählen zu veranlassen, nichts als Volksbetrug, nichts als eine Irreführung der Massen. Keine Wahlbeteiligungen, kein Parlamentarismus! Absolute politische Abstinenz! Nur die „Politica demoledora" (die Demolierungspolitik) vermag zu helfen, die Entfesselung der revolutionären Volksenergie, die Einschüchterung der Herrschenden, die Vernichtung der Staatsgewalt."

Der Sozialist hingegen sagt: „Allerdings stehen in Spanien viele Gesetze nur auf dem Papier; aber weshalb können sich die Kaziken und Cliquen ungeniert ihre fortgesetzte Nichtbeachtung gestatten? Weil es in Spanien an einer öffentlichen Meinung fehlt, weil kein öffentliches Rechtsbewußtsein, keine Volkskontrolle hinter den Gesetzen steht. Dieser Mangel des spanischen Lebens wird aber durch die sogenannte politische Abstinenz nur vergrößert. Es gilt vielmehr, das Volksbewußtsein zu wecken, die Arbeiter zur Anteilnahme am öffentlichen Leben zu bewegen, ihr Eigenbewußtsein als Klasse zu schärfen, sie über ihre Rechte und die spanische Korruption aufzuklären. Aufstände haben unter den heutigen Umständen keinen Zweck, denn die Ursachen der Misere werden dadurch nicht beseitigt. Selbst wenn das heutige Regime gestürzt würde, vermöchte doch das neue Regime sich nicht zu halten, denn es fehlen die politisch aufgeklärten Massen, die es tragen und stützen können."

Es sind also grundverschiedene Welt- und Entwickelungsauffassungen, die hier aufeinanderstoßen. Der spanische Anarchismus steht dem konsequenten Liberalismus weit näher, als dem Sozialismus; er ist nichts als die auf die Spitze getriebene Idee des Laisser faire, laisser aller. Gemeinsam mit dem radikalen Liberalismus hat er die Ueberschätzung der Individualität, die Ueberordnung der Rechte des Individuums über die der Gesellschaft, die Hochschätzung des „individuellen" Eigentums als Garantie der persönlichen Freiheit, die Ansicht, daß sich aus dem Spiel der freien wirtschaftlichen Kräfte von selbst eine natürliche Harmonie ergibt; nur ist er in Verfolgung dieser letzten These konsequenter, als der bürgerliche Radikalismus, indem er aus ihr die Folgerung zieht: „Wenn sich die natürliche Harmonie von selbst einstellt, bedarf es nicht der Reglementation durch den Staat, darum weg mit ihm!"

Der spanische Anarchismus ist die natürliche Reaktion des Intelligenz- und Handwerkerproletariats gegen die trostlose spanische Versumpfung und Korruption, und deshalb auch durch alle sogenannten Repressivmaßregeln nicht zu unterdrücken. Die Machthaber Spaniens haben es im Laufe der letzten dreißig Jahre wahrhaftig nicht an brutaler, blutiger Unterdrückung fehlen lassen. Hunderte, Tausende von Anarchisten sind eingekerkert, gefoltert, niedergemetzelt, hingerichtet worden — viele völlig unschuldig; aber immer wieder erstanden aus dem Schlamm der spanischen Stagnation neue Erbitterte, neue Verzweifelte, neue Rächer — meist keineswegs die schlechtesten Elemente der spanischen Nation.

Es gehört deshalb die ganze „liberale" Borniertheit des ehrsamen „Berl. Tageblatt" dazu, im gestrigen Morgenblatt zu schreiben:

„Es ist selbstverständlich, daß man gegen solche blutgierige Bestien in Menschengestalt, mögen sie immer ihren Verbrechen einen politischen Anstrich zu geben versuchen, die strengsten Maßnahmen ergreifen muß, um sie unschädlich zu machen. Vielleicht sieht man jetzt, wo eine englische Prinzessin das Ziel der Bombe war, auch in England deutlich ein, daß die Gewährung des Asylrechts solchen anarchistischen Mordbuben gegenüber übel angebracht ist. So wenig man es billigen könnte, wenn die politische Ueberzeugung in irgend einer Weise geknebelt würde, so muß man gerade im Interesse einer gesunden politischen Entwickelung fordern, daß die Anarchisten der Tat als gemeine Verbrecher angesehen und demgemäß auch behandelt werden."

Der Anarchismus wird erst dann von Spaniens Boden verschwinden, wenn die Korruption, die Cliquenwirtschaft, die Ausbeutung des Landes durch den Klerikalismus verschwindet — wenn die Arbeiterklasse zum selbständigen politischen Leben erwacht, sich in einer großen sozialistischen Partei organisiert und rücksichtslos die Korruption aufdeckt. Diese Lösung der „Anarchistenfrage" dürfte allerdings den Hintermännern der „Kreuzzeitung" und „Deutschen Tageszeitung" viel weniger passen, als der Erlaß einiger neuen Anarchistengesetze, denn es sind ihre „ehrenwerten" Geistes- und Gesinnungsverwandten, die durch ein solches Vorgehen der spanischen Arbeiterklasse getroffen würden.

Ein neuer Polizeibeitrag für unsere Partei-Kasse.

In unserer Nummer vom 4. März erließen wir folgende Aufforderung:

Bei unserer Geschäftsstelle liegen zur Abholung

Zweihundert Mark

welche am 24. Februar bezw. 3. März von dem Kriminalbeamten

Gustav Neumann

Oldenburgerstraße 11a IV

zwecks Verrats von Parteigenossen und Parteibeschlüssen gezahlt wurden.

Diese 200 Mark können — nach vorheriger Mitteilung über die Zeit der Abholung — von der politischen Polizei nach Ausweis über die Identität der Persönlichkeit des Abholers und seines amtlichen Charakters gegen Quittung von unserer Geschäftsstelle: Lindenstraße 69, 2. Hof II, abgeholt werden.

„Vorwärts"

Da das Geld bislang nicht abgeholt worden ist, so hat die Geschäftsleitung des „Vorwärts" nunmehr die Summe von 200 Mark der Partei-Kasse zu Händen des Genossen Gerisch übermittelt.

Die Revolution in Rußland.

Duma.

Petersburg, 6. Juni. In der heute mittag eröffneten Sitzung wurden die Debatten über die Agrarfrage ausgesetzt, da ein Abänderungsantrag zu verschiedenen Artikeln über die gesetzgeberische Zuständigkeit der Duma vorlag. Bei Besprechung der allgemeinen Lage im Lande hielten die Abgeordneten Anikin, Aladin und Roditscheff heftige Reden gegen die Regierung. Die Abgeordneten Graf Heyden, Levin und Winaver wiesen darauf hin, daß die Duma nur den Weg von Gesetzentwürfen beschreiten dürfe. — Die Duma erklärte sich dann damit einverstanden, den oben erwähnten Abänderungsantrag an eine Kommission zu verweisen. Die Sitzung wurde um 1 Uhr 45 Minuten auf eine Stunde vertagt.

Die Zeichen der Agrarunruhen.

Wenn die russische Regierung im Augenblick überhaupt etwas fürchtet, so den Ausbruch von Agrarunruhen. Zu ihrer Korruption, ihrer ungeheuerlichen Verschuldung, ihrem Mangel an Fähigkeit, die Situation ungetrübten Auges zu schauen, ihrer Furcht vor neuer Rebellion im Heere kommt jetzt als größte Sorge hinzu, daß die Bauernschaft von Tag zu Tag mehr zum Bewußtsein ihrer Lage kommt. Wer Rußlands Bauern auch nur oberflächlich kennt, wer ihr Reden und ihr Verhalten in der Duma vom ersten Tage an beobachtet hat, der weiß, daß Rußland reif ist zum modernen Bauernkriege. Und der Mißwachs in einer großen Zahl von Gouvernements trägt das Seinige dazu bei, viele neue Millionen von ihnen, die sich bisher wohl noch apathisch verhielten, zur Erkenntnis dessen, was ihnen not tut, zu erwecken.

Kein Tag ohne neue Hiobsposten aus bäuerlichen Gegenden. Selbst der offiziöse Wolffsche Draht kann sie nicht verschweigen. So z. B. in folgendem Telegramm:

Petersburg, 6. Juni. In den letzten Wochen blieb kaum ein Gouvernement von Agrarunruhen verschont, die besonders in den Gouvernements Saratow, Woronesch und Grodno einen bedrohlichen Charakter annehmen. Aus verschiedenen Orten gehen Meldungen darüber ein, daß die Bauern den Beschluß gefaßt haben, das Land der Gutsbesitzer aufzuteilen, falls die Reichsduma die Regelung der Agrarfrage nicht durchzusetzen vermag. Wie die Blätter melden, hat die Regierung anderthalb Millionen Desjätinen Kronland auf dem rechten Wolgaufer im Gouvernement Samara vermessen lassen, damit diese landlosen Uebersiedlern aus den südlichen und zentralen Gouvernements zugeteilt werden sollen.

Einer unserer eigenen Korrespondenten schreibt uns über die Agrarunruhen:

Aus verschiedenen Gegenden der Gouvernements Rjäsan, Tula, Saratow Ssamara und vielen anderen wird von mehr oder weniger bedeutenden „Uebergriffen" der Bauern, „eigenmächtiger Aufteilung von Gutsland" usw. berichtet.

Viele Gutsbesitzer des Südwestgebietes haben — der „Now. Wr." zufolge — sich an Vermittelungsbureaus mit dem Ersuchen gewandt: ihre in den Gouvernements Wilna, Minsk und Grodno belegenen Güter fast zum halben Preise gegen Ratenzahlung im Laufe von 50 Jahren an die Bauern zu verkaufen! —

Auch die Regierung sucht den Bauern Konzessionen zu machen, und zwar hat sie, wie die „Retsch" meldet, folgendes „Agrarprogramm" ausgearbeitet: Die Krone tritt aus ihrem Landbesitz 4 Millionen Desjätinen urbaren Landes und $2^1/_2$ Millionen Desjätinen Wald ab. Außerdem werden der Krone von Privatgroßgrundbesitzern $3^1/_2$ Millionen Desjätinen zum Kauf angeboten. Aus diesen Ländereien soll ein Agrarfonds gebildet werden, der durch Vermittelung der Bauernbank an die Bauern verkauft wird....

Wie wenig aber die urplötzliche „Fürsorge" der Regierung auf die Bauern wirkt, das beweist uns folgende Mitteilung:

Die bäuerlichen Deputierten haben bekanntlich ihren Wählern über den Konflikt mit dem Kabinett telegraphisch Bericht erstattet, und daraufhin haben die Bauern überall Versammlungen abgehalten. Nun treffen bereits die Antworten der Wähler ein. Eine Versammlung von 1500 Einwohnern der Pokrowskaja Ssloboda (Gouvernement Saratow) sandte ihrem Vertreter im Reichstage nachstehendes Telegramm: „Mit dem Gefühl tiefster Enttäuschung i[illegible] die

Antwort der Minister und die Ablehnung der Befriedigung der vom Reichstage aufgestellten Fragen aufgenommen worden. **Die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung sind vernichtet!"**

Daß unter diesen Umständen die russische Regierung schüchterne

Annäherungsversuche an die Bauern

zu machen beginnt, ist schließlich kein Wunder.

Je weiter nämlich die Reichsdumadebatten über die Agrarfrage geführt werden, um so nervöser wird man in den russischen Regierungskreisen, zumal die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei ja mit bewunderungswürdiger Zähigkeit an ihren Forderungen festhalten und trotz aller Hindernisse, die ihnen seitens der Regierungsorgane in den Weg gelegt werden, ihre Mitteilungen an ihre Wähler auf dem flachen Lande übermitteln. Vergebens bemühen sich die Post-, Telegraphen-, Gendarmerie- und sonstigen Beamten, die an die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei gerichteten Sympathiekundgebungen und die für die Bauern bestimmten Aufklärungen zurückzuhalten oder gar zu unterdrücken. Die Bauern bedienen sich jetzt der sogenannten chodoki („Boten"), die von verschiedenen Dorfgemeinden nach Petersburg entsandt werden, um so eine ununterbrochene und ungestörte Verbindung zwischen der Reichsduma und dem flachen Lande aufrecht zu erhalten!

Da aber der russischen Regierung an einer Annäherung an die Bauern und vor allem an einer baldigen „Verständigung" mit ihnen sehr gelegen ist, so werden jetzt verschiedene Versuche gemacht, darunter auch solche, die nach dem alten russischen Rezept ausgeführt werden und lediglich ein negatives Resultat ergeben können. Es tauchen nämlich in den Wandelgängen der Reichsduma verdächtige Personen auf, die sich in ziemlich plumper Weise an die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei herandrängen, diese in ein Gespräch ziehen, sie von der „Zwecklosigkeit ihrer Agrarbestrebungen zu überzeugen und sie für die von der russischen Regierung zur Durchführung beabsichtigten „Agrarreform" umzustimmen suchen. Da diese Agitatoren immer zudringlicher werden, — besonders ein gewisser Jefremow (Ministerialbeamter) — so wollen einige Reichsdumamitglieder der Bauernpartei sich beim Reichsdumapräsidenten beschweren.

Wittes Mission.

Von Graf Wittes Sendung ins Ausland haben wir bereits Mitteilung gemacht. Dieser Tage erhielt das russische Finanzministerium von Witte eine Depesche, über deren Inhalt augenblicklich noch der Schleier des Geheimnisses gebreitet wird. — Nach „Informationen", die trotzdem — wie gewöhnlich — durchgesickert sind, soll Witte in jener Depesche dringend vor einem Konflikte mit der Duma gewarnt haben, **„da — sonst allen russischen Papieren und Werten eine Katastrophe drohe!** Ferner soll der so liebreich um den Kredit seiner Regierung besorgte Mann empfohlen haben, in der Agrarfrage auf jeden Fall eine Verständigung herbeizuführen. — —

Gärung in der Armee!

Petersburg, 6. Juni. (B. H.) In der Kaserne der Wyborgschen Festungsartillerie wurden mehrere Soldaten wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet.

Pobjedonoszew.

Die Meldungen über Pobjedonoszew erinnern nun bald an die Gapon-Komödie. Erst hieß es, der alte Knabe wolle sich jetzt — nach seinem 80. Geburtstage — „bestimmt" ins Privatleben zurückziehen und die schöne Krim mit seiner holden Anwesenheit beglücken. Jetzt heißt es wieder, Pobjedonoszew bleibe „einem Wunsche höheren Ortes entsprechend" in der Nähe von Petersburg!

Sollte man „höheren Ortes" wirklich so naiv sein, zu glauben, daß man den alten Sünder „für vorkommende Fälle" doch noch einmal gebrauchen könnte? —

Herr Struve!

Wie wir der „Lodzer Zeitung" und anderen russischen Blättern entnehmen, hat „Freund Struve" kürzlich einen wenig feinen Streich gegen die russische Sozialdemokratie geführt. Bekanntlich hatte der Petersburger Stadthauptmann unseren Genossen dort eine kurze Zeit lang erlaubt, Versammlungen abzuhalten. Daraufhin hatte P. Struve in seinem Blatte „Duma" einen Artikel gebracht, in dem er darauf hinwies, daß der Stadthauptmann „den friedfertigen Kadetten gegenüber ungerecht verfahren" sei und ihre Versammlungen stets zu verhindern gesucht hätte, während er den S.-D. gegenüber, **die die Revolution wünschten**, sich viel kulanter verhalte.

Nun, die Freude mit der Veranstaltung von Versammlungen in Petersburg hat nicht lange gedauert. Aber die kleine Episode charakterisiert so recht den Kampf, den unsere Genossen drüben noch mit Herrn Struve, dessen „Duma" und „Kadetten" auszufechten haben werden. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juni.

Ein Sommernachtstraum.

In diesen sommerlichen Zeiten, wo die Hitze mählich zu steigen und der bürgerlichen Presse der Kopf zu schwinden beginnt, werden allerlei Träume wieder ernsthaft zu nehmen versucht, die man wirklich längst als abgetan betrachten zu können meinte. In den letzten Tagen spukt so wieder einmal die „Abrüstungsfrage" in der Presse. Nun hat diese „Frage" zwar in dem wachsenden Wahnsinn der Rüstungen und in den ihm parallel laufenden Bankrotten der Staatsfinanzen einen sehr realen Hintergrund, und die Macht dieser Tatsachen beginnt je länger je mehr sehr deutlich zu sprechen, so daß selbst in einigen Parlamenten in letzter Zeit energischer wie früher über diese Frage diskutiert wurde, vor kurzem im englischen Unterhause und gestern im schweizerischen Nationalrat. Hier regte nach einer Meldung der „Voss. Ztg." Dr. Gobat (Bern) an, der Bundesrat solle Schritte tun, damit die Abrüstungsfrage auf die Geschäftsliste der zweiten Haager Friedenskonferenz gesetzt werde. Der Bundespräsident Forrer antwortete, die Schweiz müsse die Sache reiflich überlegen; an einer Abrüstung wäre die Schweiz allerdings schon insofern interessiert, als durch Verminderung der Militärlasten das Schutzzollsystem geschwächt würde. Die Abrüstungsfrage auf die Tagesordnung der zweiten Haager Konferenz zu setzen, ist auch sonst in diesen Tagen in der bürgerlichen Presse wiederholt angeregt worden.

Nichts charakterisiert nun das neue Abrüstungsgeschrei der bürgerlichen Welt besser als dieser letzte Wunsch. Man braucht nur daran zu erinnern, wie gerade auch die erste Haager Konferenz von dem „Friedenszaren" einberufen wurde, um über die — Abrüstung zu beraten und wie diese Puppe auf dem Throne dann in den russisch-japanischen Krieg hineintanzte. Es ist nützlich, sich an die Dokumente jener Zeit zu erinnern. — In der Note vom 24. August 1898 hatte Graf Murawiew im Namen des Zaren gesagt, es sei vor allem nötig, nach den wirksamsten Mitteln zu suchen, um „der fortschreitenden Entwickelung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen."

Dann hieß es weiter:

„Da die finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswohlfahrt an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital zum großen Teile von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt. Hunderte von Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und schon morgen dazu verurteilt sind, jeden Wert zu verlieren, infolge irgend einer neuen Entdeckung auf diesem Gebiet. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werten sehen sich in ihrer Entwickelung gelähmt und irregeführt. Daher entsprechen in dem Maße, wie Rüstungen einer jeden Macht anwachsen, diese immer weniger und weniger dem Zweck, den sich die betreffende Regierung gesetzt hat. Die wirtschaftlichen Krisen werden zum großen Teil hervorgerufen durch das System der Rüstungen bis aufs äußerste, und die ständige Gefahr, die in dieser Kriegsstoffansammlung ruht, macht die Armee unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können. Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Katastrophe führen würde, die man zu vermeiden wünscht und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schaudern machen. Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das ist die höchste Pflicht, die sich heutzutage allen Staaten aufzwingt."

Auch in der Note vom 11. Januar 1899 bezeichnete es Graf Murawiew als die wichtigste Aufgabe der Konferenz, „ohne Verzug nach Mitteln zu suchen, den fühlbar fortschreitenden Rüstungen zu Wasser und zu Lande ein Ziel zu setzen". Man sieht an Worten hat es auch damals schon nicht gefehlt. Gerade in den inzwischen verflossenen sechs Jahren aber hätten selbst die bürgerlichen Preßsöldner so viel lernen können, den neuen Worten jetzt erst recht nicht größeren Wert als schönen Träumen beizulegen. Die Abrüstung wird so lange ein Traum bleiben, als die Kapitalisten die Machthaber der politischen Gewalt sind, und die wirtschaftliche Konkurrenz das entscheidende Moment internationaler Beziehungen bleibt; es ist völlig verkehrt, die internationalen Rüstfragen vorwiegend als Bestandteile der auswärtigen Politik zu betrachten und zu beurteilen, ihre entscheidenden Wurzeln stecken in der inneren Politik der feudal-kapitalistischen Staaten. Nur die energische Demokratisierung der inneren Politik und die wirtschaftliche Stärkung der Arbeiterklasse könnten es dahin bringen, die Abrüstungsfrage aus dem Reich der Träume dem Reich der Wirklichkeit zu nähern. —

Eduard von Hartmann †.

Die moderne bürgerliche Philosophie hat wieder einen ihrer fähigsten Köpfe verloren. Eduard von Hartmann, dem weiteren Publikum vornehmlich als „der Philosoph des Unbewußten" bekannt, ist vorgestern in Groß-Lichterfelde bei Berlin gestorben. Er war 1842 in Berlin geboren, trat 1858 in das Garde-Artillerieregiment ein und wurde 1860 Offizier; infolge eines nervösen Knieleidens mußte er 1865 seinen Abschied nehmen und widmete sich nun wissenschaftlichen Studien. Im Jahre 1869 erschien seine „Philosophie des Unbewußten", die seinen Weltruf begründete und es heute über zehn deutsche Auflagen gebracht hat. Später hat er sich dann eigentlich so gut wie mit allen Fragen beschäftigt, auch mit der sozialen und vielfach auch für Wochenschriften ständig gearbeitet.

Seine Philosophie war zunächst ein Ausläufer der großen klassischen Periode und insofern im Gegensatz zu der jetzigen bürgerlichen Eintagsphilosophie wohltuend systematisch; in ihrem Wesen aber blieb sie in den bloßen „Ideen" völlig stecken, als sie der Welten Lauf aus dem Widerstreit von Wille und Vorstellung als den beiden Attributen der „unbewußten" Substanz zu erklären suchte. Daneben hat sich Hartmann freilich nicht unwesentliche Verdienste in der Kritik der Nichts-als-Naturwissenschaftler erworben, im besonderen in seiner Kritik des Darwinismus, ein Verdienst, das man ruhig anerkennen kann, ohne ihm damit in allen diesen Fragen recht geben zu sollen. Bei seiner Tendenz, Schopenhauer mit der Naturwissenschaft, diesen mit Hegel und diesen wieder mit Nitzsche zu verbinden, ist es kein Wunder, daß er in starke eigene Widersprüche geraten mußte; aber er sah weder diese noch diejenigen in der ihm umgebenden politischen Außenwelt. Hier versagte er völlig, weil er weder die immanenten Kräfte des Wirtschaftslebens noch ihre positiven Vertreter in der Politik richtig bewerten konnte; auch hier blieb er Jahrzehnte zurück und über einen seichten Nationalliberalismus ist er in der Politik niemals hinausgekommen. —

* * *

Deutsches Reich.

Vom württembergischen Landtag.

Stuttgart, 5. Juni. (Eig. Ber.)

Die Zweite Kammer des württembergischen Landtags vollzog in der abgelaufenen Woche die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Errichtung von Gewerbe- und Handelsschulen für Arbeiter unter 18 Jahren in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben. Die Dauer der Schulpflicht soll drei Jahre umfassen. Bei der Beratung des Artikels 1 kam es zu einer ausgedehnten Debatte über den Kreis der Arbeiter, für die die neu zu errichtende Schule zuständig sein soll. In dieser Debatte vertrat für die Sozialdemokratie der Abg. Keil den Standpunkt, daß die Schulen eigentlich für alle Arbeiter, nicht nur für die gewerblichen respektive gelernten Arbeiter, sondern auch für Hülfsarbeiter, Landarbeiter usw. da sein sollten. Er sprach sich im allgemeinen gegen die auf dem Gebiet der Fortbildungsschulen bestehende und durch das vorliegende Gesetz noch geförderte Zersplitterung aus. Anstatt eine neue Spezialschule einzurichten, solle man die bestehende allgemeine Fortbildungsschule ausbauen, den Tagesunterricht bei ihr einführen usw. Dieser Anregung wurde indessen keine Folge gegeben. Ebensowenig gelang es, die Schulgeldfreiheit, für die unsere Genossen Schäffler und Keil eintraten, gesetzlich festzulegen.

Festgesetzt wurde, daß der Unterricht in 280 Jahresstunden und zwar Werktags bis spätestens 7 Uhr abends zu erteilen ist. Doch kann auch Sonntags ein zweistündiger Zeichenunterricht erteilt werden. Der Antrag unserer Parteigenossen, den Unterricht am Sonntag ganz auszuschließen, wurde leider mit allen gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Zu einer ausgedehnten Debatte führte ein Antrag des Zentrums, auch den Religionsunterricht in den Lehrplan der neu zu errichtenden Schulen aufzunehmen. Dem Argument des Zentrumsredners, der diesen Antrag begründete, wonach der Geistliche der geeignete Mann sei, um die jungen Leute auf höhere und ideale Ziele hinzuweisen, trat in großer und eindrucksvoller Rede von unserer Seite der Abg. Blumhardt entgegen. Weder der Schule, noch den Schülern, noch der Religion selbst, so führte er aus, würde mit der Annahme des Zentrumsantrages gedient sein. Entschieden wendete sich Blumhardt, der bekanntlich früher selbst Pfarrer war, gegen die enge Auffassung, als ob nur der Geistliche die einzige religiös-sittliche Erscheinung in der Welt sei. Jeder Lehrer müsse in gleicher Weise sittlich auf die Jugend einwirken. Schon die Volksschule habe einen gefährlichen Schwanz am Religions- und kirchlich-konfessionellen Unterricht. Der werde so erteilt, wie die Kirche ihn brauche, und da werde bis zum 14. Jahre schon zur Genüge im Einpauken kirchlicher Dogmen geleistet. Das sei dann wohl Erziehung zum religiösen Kultus, aber nicht zur Religion, zur Sittlichkeit. Die religiös-sittliche Anschauung, die heute auf der Kenntnis der Wirklichkeit, auf der Kenntnis der Naturwissenschaften beruhe, ziehe er bei weitem der Anschauung jener früheren Zeiten vor, wo die Religion im Sinne des Zentrums die ganze Gesellschaft beherrschte, und wo doch eine Verrohung und Entsittlichung bestand, vor der wir heute Grauen empfinden und deren Wiederkehr unsere ganze Kultur vernichten würde. Die sittlich-religiöse Empfindung sei unabhängig vom konfessionellen Zwang und sie spreche, auch wenn sie auf dem Boden der Naturwissenschaft und der modernen Weltanschauung beruht, gerade so des Menschen Herz an, wie kirchliche Lehren. Wenn es außerhalb der Kirche keine Religion geben könne, müßte man an der Religion überhaupt verzweifeln. Eines aber sollten sich unsere Gegner vor allem merken, daß auch derjenige, den sie nicht in ihrer Hand, unter ihrer Gewalt haben, eine sittlich-religiöse Erscheinung sein kann. Der Geist der Wahrheit, von dem unser geistiges Leben getragen sein müsse, werde vom Laien oft in schönerer und größerer Weise vertreten als vom Geistlichen. Und darum bekämpfe er den Antrag besonders, weil er den Geistlichen und somit die konfessionelle Trennung in die Schule einführen wolle.

Im weiteren Verlaufe der Debatte sprach von unserer Seite noch Abg. Hildenbrand, der nachwies, daß der Antrag nur dem Streben nach Machterweiterung des Zentrums dienen solle.

Der Antrag des Zentrums wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 53 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Volkspartei ein Antrag angenommen, wonach die Schulvorstände den „freiwilligen Veranstaltungen zur sittlich-religiösen Förderung" ihrer Zöglinge ihre Unterstützung leihen sollen.

Bei der weiteren Beratung gelang es, gegen den Widerspruch des Kultusministers, den Städten ein Vorschlagsrecht bei der Anstellung der Lehrkräfte zu sichern. Das Zentrum versuchte sodann noch, den Ortsschulinspektor, der stets ein Geistlicher ist, zum obligatorischen Mitglied des Gewerbeschulrats zu machen, fand aber auch hierbei keine Gegenliebe. —

Eine „Informationsreise" des Erbprinzen zu Hohenlohe. Der stellvertretende Kolonialdirektor Erbprinz zu Hohenlohe trägt sich, nach dem „Tag", mit der Absicht, eine Informationsreise nach den afrikanischen Schutzgebieten zu unternehmen, „um sich, wie es in der inspirierten Notiz heißt, auf Grund eigener Anschauung ein Urteil über den gegenwärtigen Stand der Entwickelung und über die Aussichten dieser unserer wichtigsten Kolonialgebiete zu bilden."

Was aus solchen zeitig genug ammonzierten und lediglich von interessierten Beamten unterstützten „Informationsreisen" schließlich herauskommt, ist seit den Zeiten des seligen Potemkin und seiner Dörfer hinlänglich erwiesen. —

Die preußische Seehandlung als agrarische Pumpstation findet eine neue amtliche Bestätigung in einem Erlaß des preußischen Finanzministers, den er als Erwiderung auf Monita der Oberrechnungskammer soeben veröffentlichen läßt. Es heißt darin über diese preußische Staatsbank u. a.:

„Es entspricht durchaus ihrer Aufgabe als Staatsinstitut, wenn sie beispielsweise bei den früheren Meliorationsdarlehen niedrigere Zinssätze bewilligte, als sie bei ihren sonstigen Geschäften erzielen konnte und erzielte, wenn sie in neuerer Zeit dieselbe Politik befolgte und fortgesetzt befolgt bei den Darlehen, die sie in Mißjahren — wie im Jahre 1901 — an notleidende Kreise gewährt hat, oder mit denen sie ergänzend mit ihren eigenen Fonds bei dem Zwischenkredit für Rentengutsgründungen eintritt . . ."

Das heißt aber nichts anderes, als daß dieses Finanzinstitut, das aus allgemeinen Mitteln der gesamten preußischen Steuerzahler erhalten wird, in erster Linie für agrarisch-junkerliche Pumpversuche zur Verfügung zu stehen hat, auch wenn es dabei auf Kosten der übrigen Staatsbürger sehr zweifelhafte oder direkt verlustbringende Geschäfte macht! —

Schutz der weißen Autorität! Zur Haftentlassung der Kameruner Häuptlinge erfährt die „Tägl. Rundsch.", daß es sich keineswegs um eine Einstellung des Verfahrens handelt. Die Untersuchung gegen „King Akwa" und seine Freunde sei überhaupt noch nicht geschlossen. Für die Gründlichkeit, mit der der neue Richter, Assessor Dr. Hetzel, die ganze Angelegenheit behandele, spreche der Umstand, daß die Erhebungen über die Beschwerden der Häuptlinge nunmehr bereits zwei Monate dauern, ohne zum Abschluß gelangt zu sein. Die Haftentlassung sei lediglich deswegen verfügt, weil das bisherige Ergebnis der Untersuchung erwarten lasse, daß für die Verleumdungen und Beleidigungen, deren sich die Häuptlinge schuldig gemacht haben, eine geringere Bestrafung für ausreichend erachtet werden dürfte, als das erste Verfahren sie erkannt hatte.

Also soll Jesko noch ein Pflaster bekommen; eine geringere Bestrafung der Häuptlinge. Denn sonst ginge ja die Autorität flöten und Jesko und Brauchitsch wären allzusehr blamiert. —

Der Breslauer Handabhacker ist noch immer nicht gefunden, wohl aber ist die Justiz fleißig an der Arbeit, um die Anklage gegen die angeblichen Exzedenten zusammenzustellen. Die Justizaktion hat ihre ganz besonderen Schönheiten. Die „Breslauer Zeitung" weiß, anscheinend vom Justizrat Mamroth inspiriert, zu berichten, daß in den Reihen der Verteidiger der Angeklagten große Mißstimmung darüber herrscht, daß ihnen vom Untersuchungsrichter Firle der Verkehr mit ihren Mandanten ganz ungemein erschwert wird. Nach wie vor ist es den Verteidigern verwehrt, die Angeklagten, welche sich in Untersuchungshaft befinden, unter vier Augen zu sprechen, trotzdem beim gegenwärtigen Stand der Untersuchung ein Grund für diese Maßnahmen kaum mehr erfindlich sein dürfte.

Daß gegen Biewald bereits Anklage erhoben sei, soll nicht zutreffen; er hat nur seine verantwortliche Vernehmung gehabt. Was die Entschädigungsfrage betrifft, so hat der Magistrat der Stadt Breslau, welcher gemäß der Bestimmungen des preußischen „Tumultgesetzes" vom 11. März 1850 eventuell zum Schadenersatz verpflichtet sein würde, auf das diesbezügliche Anschreiben des Anwalts erwidert, daß er vorläufig zu der Angelegenheit keine Stellung nehmen könne, weil die Akten noch dem Untersuchungsrichter vorlägen und er daher der materiellen Grundlagen für seine Entscheidung entbehre. Da jedoch Biewald der nötigen Existenzmittel bedarf und andererseits das Gesetz zur Geltendmachung derartiger Ansprüche eine gewisse Präklusivfrist vorschreibt, wird in Kürze gegen den Magistrat Klage auf Zahlung einer lebenslänglichen Rente und einer namhaften einmaligen Entschädigung an Biewald eingereicht werden.

Der „Volkswacht" wird noch mitgeteilt, daß am Morgen des Pfingstsonntages bei Biewald zwei Kriminalbeamte erschienen, die ihn fragten, ob er Mütze oder Hut trage. Als Biewald erklärte, er trage beides, nahmen sie die vorgewiesenen Kopfbedeckungen, ohne zu sagen zu welchem Zwecke und in wessen Auftrage, an sich, und nur einen Hut ließen sie ihm auf seinen Protest hin. Danach scheint man doch immer noch nach irgend welchen Anhaltspunkten zu suchen, um auch Biewald auf die Anklagebank zu bringen. Als Zeuge würde er danach natürlich ausscheiden. Dem Verbande der Handelshülfsarbeiter hat Justizrat Mamroth übrigens mitgeteilt,

daß seine anderweitigen Ermittelungen sich Wort für Wort mit der Biewaldschen Darstellung des Herganges bei seiner Verwundung decken. —

Zur Reichstagswahl in Hannover.

Herr Matthias Erzberger hat dem hannoverschen Zentrumswahlkomitee mitgeteilt, daß es ihm unmöglich sei, unter den gegebenen Verhältnissen die Kandidatur in Hannover anzunehmen. In völliger Uebereinstimmung mit dem Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages müsse er vielmehr dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, wie es ganz natürlich ist, daß die Zentrumswähler in Hannover ihre Stimme sofort im ersten Wahlgange auf den Kandidaten der deutsch-hannoverschen Partei, Herrn v. Dannenberg, abgeben.

So meldet die „Germania", die am 31. Mai auch die Mitteilung brachte, daß Herr Erzberger die ihm angebotene Zählkandidatur für den 8. hannoverschen Wahlkreis angenommen habe! Beides, sowohl die Annahme als die jetzt erfolgte Ablehnung der Kandidatur erfolgte unter Zustimmung des Vorstandes der Zentrumsfraktion. Der plötzliche Umschwung hat seine guten Gründe. Als bekannt wurde, daß Herr Erzberger die Kandidatur annehmen wolle, erklärten die welfischen Abgeordneten im Reichstage dem Zentrum, daß sie dann aus der Zentrumspartei, der sie als Hospitanten angehörten, austreten würden. Die protestantischen Welfen sind bekanntlich für das Zentrum als Parteianhang deshalb wichtig, weil sie den Charakter der konfessionellen Partei etwas verwischen helfen. Inzwischen hat aber das Zentrumswahlkomitee bereits Wahlversammlungen abgehalten, auch ein Flugblatt — das alle bisher üblichen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie überbietet — für Erzberger verbreitet. Darin heißt es: „Heran vor allem ihr Katholiken des Wahlkreises! Keiner bleibe zurück! Bedenket, was das Zentrum für euch getan hat in den schweren Tagen des Kulturkampfes! Windthorst euer glorreicher Führer ruft euch von seinem Grabe in der Marienkirche!"

Die Kornackersche Zeitung in Hildesheim rüffelt nun Herrn Erzberger, und nennt sein Verhalten wenig taktvoll. Wie sich die hannoverschen Zentrumsleute verhalten werden, ist abzuwarten. Der Zentrumskandidat war ihnen nur im Kampfe gegen die Sozialdemokratie wichtig, da sie sicher sind, daß die katholischen Arbeiter statt den welfischen Baron und Rittergutsbesitzer doch lieber den sozialdemokratischen Arbeiter wählen. Im übrigen kann der Streit zwischen Zentrum und Welfen uns nicht im geringsten schaden, wir bauen auch darauf nicht die mindeste Hoffnung. Die Wahlagitation der Sozialdemokratie wird rüstig und eifrig weitergeführt und der 22. Juni wird beweisen, daß der Wahlkreis Hannover der Sozialdemokratie nicht entrissen werden kann. —

Vor der rechten Schmiede.

Der Baum der sächsischen Justiz zeitigt von Tag zu Tag wunderbarere Blüten. Da begehrt der Untersuchungsrichter in Leipzig gar, daß der anzuklagende Redakteur Anklagematerial beschaffe und Insterburger Richter stellen an die Leipziger Richter das Ersuchen, ihnen zu bescheinigen, daß sie keine Klassenjustiz üben! Es erhielt nämlich der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", Genosse F. Seger, der auch den politischen Teil der „Altenburger Volkszeitung", ein Kopfblatt der „Leipziger Volkszeitung", verantwortlich mitzeichnet, zum letzten Dienstag eine Vorladung auf das Amtsgericht, um sich da über den in Nr. 98 der „Altenburger Volkszeitung" befindlichen Artikel „Deutsche Klassenjustiz" vernehmen zu lassen. Auf der Vorladung war das Verlangen gestellt, der Redakteur solle weiteres Anklagematerial zu den Akten überreichen. Denn es hieß dort:

„Sie werden ersucht, die Nummer der „Leipz. Volkszeitung", in der jener Artikel enthalten war, zu den Akten zu überreichen."

Die erste Frage des vernehmenden Richters an den Genossen Seger war: „Haben Sie die „Leipz. Volksztg." mit, wo das drin steht?" Auf die verneinende Antwort Segers wurde erwidert: „Ja, ich habe Ihnen doch geschrieben, daß Sie sie mitbringen sollen! Steht denn überhaupt der Artikel drin?" Auf die als Antwort gegebene bescheidene Anfrage des Genossen Seger: „Hat man hier wirklich geglaubt, daß ich die „Volkszeitung" mitbringen werde, damit die Anklage auch darauf ausgedehnt werden könne?" folgte beredtes Schweigen.

Es wurde Genossen Seger nun eröffnet, daß er durch den Artikel „Deutsche Klassenjustiz" die Richter einer Strafkammer des Insterburger Landgerichts beleidigt haben solle, weil an einen Bericht, wonach ein Gutsinspektor, der einen Arbeiter erschossen hat, freigesprochen wurde, eine kritische Frage angehängt wurde.

Ein Urteil gilt als „wissenschaftliche Leistung". Die an das Insterburger Urteil geknüpfte Frage enthält ein tadelndes Urteil über den Insterburger dem Rechtsbewußtsein widersprechenden Freispruch. Mithin kann dies Urteil nach § 193 St.-G.-B. keine Beleidigung sein. Fühlen sich Insterburger Richter dennoch beleidigt, so kritisieren sie selbst ihre Leistung dahin, daß sie keine wissenschaftliche Leistung sei. Wird ihr damit der Charakter einer rein handwerksmäßigen Leistung aufgeprägt, so bleibt das tadelnde Urteil über solche einer gewerblichen Leistung gleichgestellte Freisprechung doch immer im Rahmen des § 193 St.-G.-B., kann also keine Beleidigung sein. Kurios ist es, daß just die Leipziger Richter ein Urteil über wissenschaftliche oder handwerksmäßige Leistungen und über Klassenjustiz fällen sollen.

Freiherr Heyl zu Herrnsheim, M. d. R., schreibt uns:

„In Nr. 123 des „Vorwärts" vom 30 Mai d. J. finden sich in einem Artikel „Geistige Waffen der Ordnungsparteien" die Worte: ... „der Journalist Hannemann, Vertreter der „Wormser Ztg." in Darmstadt, also Soldknappe des Freiherrn von Heyl" ... Im Interesse des durch die Bezeichnung Soldknappe in seiner Berufsehre herabgesetzten Herrn Hannemann sehe ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß derselbe weder direkt noch indirekt in irgend welchem Abhängigkeitsverhältnis zu mir sich befindet und seine journalistische Tätigkeit ohne jegliche Einwirkung von meiner Seite ausübt.

Für die in dem angezogenen Artikel gegen Herrn Hannemann angewendete geringschätzige Bezeichnung fehlt daher jede tatsächliche Unterlage.

Ueber den Fall Berthold selbst ist mir außer durch ihren Artikel nichts bekannt geworden."

Der Reichstagsabgeordnete für Worms schickt uns dieses Schreiben als Berichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes. Wir hätten daher nicht nötig gehabt es zu veröffentlichen, denn Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim ist nicht befugt, für Herrn Hannemann zu berichtigen. Wir veröffentlichen indes das Schreiben, weil es uns scheint, daß es dem Herrn v. Heyl weniger um die Ehre des Herrn Hannemann zu tun ist, als darum, darzutun, daß er mit dem Bubenstück gegen den Genossen Berthold nichts zu tun habe. Uns ist es übrigens sehr gleichgültig, ob der Hannemann direkter Angestellter des Wormser Lederkönigs ist. Durch die Bezeichnung Soldknappe des Freiherrn v. Heyl haben wir lediglich ausdrücken wollen, daß er für das Blatt arbeitet, das das Organ des Freiherrn v. Heyl ist. Und diese Tatsache wird nicht bestritten. —

Für Herrn Oberstaatsanwalt Böhme-Leipzig. Das Bureau des „Deutschen Redakteurtages" (eine Vereinigung bürgerlicher Journalisten) teilt uns folgende Resolution mit, die auf der Tagung der Vereinigung gefaßt wurde:

„Der Pfingsten 1906 in Braunschweig versammelte 5. deutsche Redakteurtag (auf dem zirka 1400 Stimmen vertreten waren) bedauert, daß der Herr Oberstaatsanwalt Dr. Böhme in Leipzig sein Plaidoyer dazu benutzt hat, das verantwortungsreiche Amt eines Redakteurs herabzusetzen, indem er von einer „bloß handwerksmäßigen Tätigkeit" des Angeklagten gesprochen hat.

Dagegen hält der „Redakteurtag" die Abwehr des Redakteurs Herrn Kroessin, daß er seine angebliche handwerksmäßige Tätigkeit zum mindesten so hoch einschätze, wie die handwerksmäßige Tätigkeit des Herrn Oberstaatsanwalts, für durchaus angebracht und spricht ihm für die im Interesse der Standesehre gebotene Erwiderung seine Anerkennung aus." —

Ausland.

Schweiz.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

tagte am Pfingstsonntag in Thun. Der Vorort wurde von Interlaken nach Bümpliz, einer Vorgemeinde von Bern, verlegt. Die Berichterstattung aus den verschiedenen Kantonsteilen ergab, daß unsere Bewegung trotz aller Hetzereien von seiten der Bourgeoisie auch in ländlichen Gegenden anfängt zu wachsen. Nach einem Referat des Genossen Horrisberger-Bern **gegen das Lebensmittelgesetz**, das am 10. Juni dem Schweizervolk zur Abstimmung vorgelegt wird, wurde einstimmig dessen Verwerfung beschlossen. Einem Antrag der Sektion Ostermundigen (bei Bern) auf Schaffung geeigneter Agitationsbroschüren wurde nach einer lebhaften Diskussion zugestimmt und eine fünfgliedrige Spezialkommission eingesetzt, die populär gehaltene Schriften zur Massenverbreitung ausarbeiten soll. In diese Kommission wurden gewählt die Genossen Altherr, Baumgartner, Münch und Scherz in Bern und Tschabold in Bümpliz.

Als Delegierte ins schweizerische sozialdemokratische Parteikomitee wurden ernannt die Genossen Gemeinderat G. Müller in Bern und Tschabold in Bümpliz.

Als Delegierte für den schweizerischen sozialdemokratischen Parteitag wurden 10 Genossen aus den verschiedenen Kantonsteilen gewählt.

Gegen die Lex Silvestrelli wurde eine scharfer Resolution gefaßt; in derselben wird hervorgehoben, daß dieses angeblich gegen die Anarchisten, in Wirklichkeit aber gegen die ganze moderne Arbeiterbewegung gerichtete Schandgesetz von der schweizerischen Arbeiterschaft mit aller Kraft bekämpft werden müsse.

Nach Annahme dieser Resolution brachte Genosse Altherr einen Antrag ein, dem eine allgemein schweizerische Bedeutung zukommt. Dieser Antrag ging dahin, die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei zu ersuchen, bei Referendumskampagnen je drei Wochen vor Abschluß der Unterschriftensammlung jede Woche über die bis zu dem betreffenden Datum eingegangenen Unterschriften in der Parteipresse Bericht zu erstatten, damit die Parteigenossen über den Stand der Unterschriftensammlungen genau orientiert sind und notwendigenfalls noch in den letzten Tagen die fehlenden Unterschriften beibringen können. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beim letzten Nationalbankreferendum z. B., wo nur zirka 1000 Stimmen zum Zustandekommen einer Volksabstimmung fehlten (29 000 anstatt 30 000), wäre es ein leichtes gewesen, die Unterschriften auf die notwendige Zahl zu ergänzen, wenn man über den Stand der Sammlung vorher Klarheit gehabt hätte. Bei Befolgung jenes Beschlusses dürften unserer Partei in Zukunft derartige Blamagen erspart bleiben.

Sonntagsruhe in der Schweiz.

Der Berner Stadtrat hat entgegen den Anträgen des Gemeinderats den Beschluß gefaßt, daß Spezerei- und Kolonialwaren- sowie Zigarrenhandlungen und Friseurläden an Sonntagen gänzlich geschlossen bleiben. — In Basel ist den Bäckergehülfen eine je 24stündige Ruhezeit an den **fünf** hohen Festtagen: Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Karfreitag und Himmelfahrt zugestanden worden. Der Ruhetag hat an den Vorabenden der genannten Festtage zu beginnen.

Frankreich.

Die unruhige Marine.

In Brest veranstaltete die Mannschaft des Panzerschiffes „Admiral Aube", das dieser Tage nach Norwegen abgehen soll, am Dienstag aus Verdruß darüber, daß sie seit der Rückkehr des Schiffes aus Amerika keinen Urlaub erhalten hat, gegen den Kommandanten eine lärmende Kundgebung, bei der die Internationale gesungen wurde. Die Rädelsführer sind in Arrest gesetzt worden. —

Am selben Tage veranstalteten in Brest die Mannschaften des Panzerschiffes „Jeanne d'Arc" lärmende Kundgebungen. 32 Matrosen waren ohne Erlaubnis an Land gegangen und weigerten sich, an Bord zurückzukehren. —

Schließlich wurden noch auf dem Kreuzer „La Marseille", der sich auf der Fahrt von Toulon nach Brest befand, 50 Mann wegen Unbotmäßigkeiten verhaftet. —

Paris, 6. Juni. (B. H.) **Die Kammer** prüfte gestern über 500 Mandate. Man glaubt, daß nur 15 ernstlich beanstandet werden, so daß die Kammer bereits am Freitag oder Sonnabend ihr definitives Bureau wählen kann. Montag erfolgt alsdann die große Debatte über das Programm der Regierung. —

Spanien.

Vom Attentat. Die Leiche des Mateo Morales wurde am Dienstag seinem aus Sabadell in Madrid eingetroffenen Onkel gezeigt, der die Identität des Toten bestätigte. Womit natürlich über die Motive des Täters, seine Parteizugehörigkeit usw. einstweilen noch gar nichts gesagt ist.

Augenblicklich beschäftigt sich die Oeffentlichkeit damit, schauernd Berichte über die Einzelheiten der Konstruktion der verhängnisvollen Bombe entgegenzunehmen: sie soll gar — vergiftet gewesen sein, da bei allen Verwundeten der Brand aufgetreten sei.

Nach einer Herold-Meldung haben die Madrider Anarchisten am Dienstag eine Versammlung abgehalten, in der sie gegen die Anschuldigung protestierten, daß sie das Komplott zur Ermordung des Königs organisiert hätten.

Auch die Katalanen schütteln in einem pathetischen Aufrufe den Täter von ihren Rockschößen ab.

Die internationale Polizei konferiert und arbeitet fieberhaft, um alles, was mit dem Attentat zusammenhängt, aufzuklären und für ihre Zwecke zu verwenden. Auf dem merkwürdigen Umwege über London wird denn auch schon aus Paris gemeldet, daß der Abschluß internationaler Maßregeln gegen die Anarchisten „ventiliert" und wohl zustande kommen werde. Dem guten König Eduard von England wird nachgesagt, er hätte sich Sir Campbell-Bannerman gegenüber dahin ausgesprochen: dieser solle nicht verhindern, daß England seine Zustimmung zur Abhaltung eines internationalen Anarchistenkongresses verweigere! Allerdings wird diese Nachricht gleich hinterher dementiert. —

Am fleißigsten arbeitet die italienische Polizei. Sie hat auf Grund von Beweismaterial, das sie in Ancona gefunden zu haben glaubt, eine Campagne gegen die Anarchisten in ganz Italien eingeleitet. Eine Menge aufreizender Schriften und Photographien wurde beschlagnahmt. In Neapel wurden zwei verdächtige Personen verhaftet. Der Besuch König Viktor Emanuels in Neapel ist unbestimmt. Ob der König dorthin kommt, hängt anscheinend von den Ergebnissen der gegenwärtig geführten Untersuchung ab, wenn auch angeblich kein Zweifel bestehen soll, daß ein Anschlag gegen ihn geplant war. —

Asien.

Neue Verwickelungen auf Korea.

Wie aus Korea vom 5. d. M. gemeldet wird, beschloß die japanische Regierung, Korea mit zwei Divisionen, der 13. und der 15., zu besetzen, von denen die erstere mit dem Hauptquartier Hoseung die Bewachung der Ostgrenze längs des Tumen überwachen wird, während der letzteren, die zum Hauptquartier Yongsan erhalten wird, der westliche Teil der Grenze längs des Yalu zur Bewachung zugeteilt werden soll. Ausschließlich Port Arthurs werden die Japaner die Mandschurei mit 20 000 Mann besetzt halten, die ihnen auf Grund der im Friedensvertrage bewilligten 15 Mann pro Kilometer zustehen. —

Marokko.

Genugtuung.

Tanger, 6. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Die französische Regierung hat beschlossen, für die Ermordung des Franzosen Charbonnier folgende Genugtuung zu fordern: Der Sultan hat die Mörder ausfindig zu machen, sie mit dem Tode zu bestrafen und auch die Mitschuldigen zu züchtigen. — Er hat ferner eine Entschädigung zu leisten, die in entsprechender Weise festgesetzt werden soll, wie es im Falle des Franzosen Pouzet geschehen ist, der im Jahre 1901 ermordet worden ist und dessen Familie hunderttausend Frank erhalten hat. Förmliche Entschuldigungen sollen ferner in der herkömmlichen Weise ausgesprochen werden. Endlich wird gefordert, daß an der Mordstelle ein Gelände an Frankreich abgetreten und ein Denkstein auf demselben errichtet wird. — Frankreich sieht sich veranlaßt, in der Angelegenheit Charbonnier eine weitergehende Genugtuung zu fordern, als sie für die Ermordung des Franzosen Pouzet und des Deutschen Dr. Genthe zugestanden worden ist, da Charbonnier in einem Teile der Küste ermordet wurde, von dem anzunehmen war, daß er für die Europäer jede Sicherheit biete, während Pouzet und Genthe sich auf Gebiet gewagt hatten, welches noch nicht unterworfen war. —

Natal.

Die Kolonien!

Der „Standard" meldet aus Durban, man befürchte dort, daß Dinizulu mit 600 Anhängern sich den Aufständischen angeschlossen habe. —

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage).

Strafgesetzbuch einer großen Firma.

Ein eigentümliches Strafgesetzbuch kam dieser Tage vor dem Berliner Kaufmannsgericht zur Sprache. Der Verkäufer Erich M. wurde am 16. September v. J. von der Firma P. Raddatz u. Co. gegen ein tägliches Gehalt von 4 M. zur Probe engagiert. Im Januar wurde das Probeengagement in ein festes Verhältnis umgewandelt; es wurde die Frage des Kündigungsmodus dabei nicht berührt. Eines Tages kam M. fünf Minuten zu spät, bei welcher Gelegenheit ihm der Personalchef mitteilte, daß er 30 Pf. Strafe verwirkt habe. Als M. seinem Erstaunen darüber Ausdruck gab, da ihm vorher nie etwas von Strafgeldern gesagt wurde, händigte ihm der Vertreter des Chefs ein Exemplar des Geschäfts-Strafgesetzbuches der Firma Raddatz u. Co. aus und wies ihn auf die in dem Buche einzeln aufgeführten Strafbestimmungen hin. Das Buch ist achtzehn Seiten stark und enthält 32 Paragraphen.

Am 28. Februar wurde M. zum 1. April gekündigt, womit ersterer sich jedoch nicht einverstanden erklärte, da eine vierwöchentliche Kündigungsfrist nicht vereinbart sei. Der Kläger M. verlangt nun das Restgehalt. In der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht wies der Vertreter der beklagten Firma auf den § 26 ihres Strafgesetzbuches hin, in welchem es heißt: „Die Kündigung hat nur dann Geltung, wenn sie schriftlich mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist erfolgt." Der Kläger behauptete demgegenüber, daß ihm bei Aushändigung des Strafgesetzbuches nicht ein Wort davon gesagt wurde, daß auch der Kündigungsmodus darin enthalten sei. Der Vorsitzende veranlaßte den Vertreter des Beklagten, sich mit dem Chef, Herrn Ritter, telephonisch ins Einvernehmen zu setzen. Ritter erklärte per Telephon, er könne beschwören, daß er mit dem Kläger vierwöchentliche Kündigungsfrist vereinbart habe. Das Gericht beschloß, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen, um dann Herrn Ritter zu hören. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erschien der Vertreter — allein. Ritter könne nicht kommen, er hätte „zu viel zu tun", da er „nach dem Orient fahren müßte". Nach kurzer Beratung beschloß das Kaufmannsgericht, auf Vernehmung und eventuelle Eidesleistung des Ritter zu verzichten, dagegen den Kläger zu vereidigen und nach erfolgter Eidesleistung die beklagte Firma zur Zahlung von 250 M. zu verurteilen. Ein so wichtiger Paragraph wie der Kündigungsmodus dürfe nicht im Rahmen einer 28 Seiten umfassenden Geschäftsordnung an einer versteckten Stelle, mitten in 32 Paragraphen, untergebracht werden; er müsse vielmehr an hervorragender Stelle und durch Sperrschrift hervorgehoben, stehen, um Geltung zu haben.

Wenn die Handlungsgehülfen in größerer Zahl die Verpflichtung einsehen würden, sich der Organisation der Handlungsgehülfen, dem „Zentralverband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands" (Bureau in Berlin Neue Friedrichstraße 20) anzuschließen, so würden zaristische Strafgesetzkodexe für Handlungsgehülfen bald unmöglich sein.

Aus der Partei.

Ein sonderbares Enteignungsverfahren versuchte man in Halle an dem Genossen Kretschmann, dem Bevollmächtigten des zu Pfingsten eröffneten Volksparkes. Das Schicksal will es, daß unser Grundstück vis-a-vis dem Grundstück eines „Mitbürgers", des Kommerzienrats Lehmann, liegt. Da Herr Lehmann als der wohlhabendste Mann Halles gilt, forsches Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, und da im Volkspark der größte Saal Halles erstehen soll, in dem die „Umsturzideen" propagiert werden sollen, so dürfte Herrn Lehmann sein prächtiges Gegenüber nicht allzugroße Freude bereiten. Mag schon sein, daß die Herren Reichsverbändler sich beunruhigt fühlen, wenn sie bei ihren Beratungen immer die Hydra der Revolution vor Augen haben. — Es fiel uns daher nicht auf, als sich kürzlich ein unbekannter Herr an unseren Genossen Kretschmann herammachte und sich erbot, ihm unser Grundstück mit einem riesigen Preisaufschlag abzukaufen. Unser Genosse sollte „nur" 100 000 M. dabei „verdienen". Natürlich ging er auf den Verrat nicht ein. Der Unbekannte hatte es abgepaßt, unseren Genossen unter vier Augen zu sprechen. Als sich aber unser Genosse bemühte, die Personalien des sonderbaren Käufers zu ermitteln, da verschwand der Unbekannte.

Das 25jährige Jubiläum seines Bestehens feierte am 3. Juni der Brünner „Volksfreund", der an diesem Tage des Jahres 1881 zum erstenmal erschien. Aus dem unscheinbaren, monatlich zweimal erscheinenden Blättchen ist ein auch von den Gegnern respektiertes Arbeiterblatt geworden, das zurzeit zweimal wöchentlich erscheint und das auf dem besten Wege ist, zu einem Tageblatt zu werden. Die prächtig ausgestattete Jubiläumsnummer bringt ein herrliches Titelbild von Walter Crane und literarische Beiträge von früheren und jetzigen Mitarbeitern, denen sich auch Grüße von auswärts anschließen. Solche senden Bebel, Kautsky, Keir Hardie, Robert Seidel u. a. —

Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer hat sich konstituiert und die Genossen Dejeante, Deröze und Groussier zu ihren Sekretären, den Genossen Delory zum Kassierer und Archivar ernannt. In den Nationalrat der Partei werden entsandt: Allemane, Brousse, Custano, Groussier, Guesde, Jaurès, Pressensé, Rouanet, Sembat, Vaillant, Weber, Willm. — Beschlossen wird, die Regierung zu interpellieren über ihre allgemeine Politik, insbesondere über ihre Haltung zur Arbeiterklasse.

Der Nationalrat hat zu Pfingsten eine Vollversammlung in Paris abgehalten, zu der die Vertreter der Federationen in der Zahl von 150 erschienen waren; auch der englische Genosse Macdonald wohnte der Sitzung bei. Nachdem die Delegierten Bericht über die letzten Wahlen gegeben, wurde die Wahl zweier Kommissionen vorgenommen; die eine hat die Taktik der Partei zu diskutieren und eine Prinzipienerklärung auszuarbeiten, die andere erhielt den Auftrag, die Organisationsverhältnisse im Loirebecken zu untersuchen, wo zwei verschiedene Parteifraktionen den Eintritt in die geeinte Partei fordern.

Eine Tageszeitung der englischen Arbeiterpartei wird, wie wir der „Justice" entnehmen, vom 26. Juni ab in London herausgegeben werden. Herausgeber und Chefredakteur soll der Journalist Mortimer Holden werden. Holden war bei den letzten Wahlen Kandidat der Arbeiterpartei für Accrington; früher leitete er 17 Jahre lang die „Lancashire Arbeiterzeitung" und war jetzt der parlamentarische Korrespondent für Arbeiterfragen für die „Daily Mail". Seitdem er vor 20 Jahren zum erstenmal Hyndman und Morris in einer Versammlung hörte, gehört er der Arbeiterbewegung an; da er ein begabter Journalist ist, scheint er der richtige Mann zu sein, um ein so schwieriges Unternehmen zu leiten. „The Majority" — Die Mehrheit, wie das neue Blatt heißen soll, wird, um mit dem großkapitalistischen Zeitungsunternehmen konkurrieren zu können, auf breitester Grundlage errichtet. Die englischen Sozialisten und Gewerkschafter sollen durch Gewinnbeteiligung an dem Unternehmen interessiert werden. Für 1000 Leser der „Majority" soll dem Parlamentarischen Fonds der Arbeiterpartei 1000 M., für 100 000 Leser 100 000 M. zugeführt werden usw. Gelingt es dem neuen Organ, die englische Arbeiterschaft auch unabhängig von der kapitalistischen Presse — ob konservativ oder liberal — zu machen, so wäre das ein immenser Fortschritt zur Selbständigkeit der Arbeiterklasse.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Mißglückte Staatsrettung. In Danzig hatte der Genosse Voß-Danzig ein Strafmandat von 50 M. nebst 8 M. Kosten — billiger macht man es in Danzig nicht — erhalten, weil er im Monat Januar in einem Dorfe eine geheime Versammlung abgehalten haben sollte. Voß war jedoch von seiner Unschuld so fest überzeugt, daß er gerichtliche Entscheidung beantragte, und vor dem Schöffengericht wurde durch die Zeugenaussage die ganze Haltlosigkeit der Anschuldigung bewiesen. Der Gastwirt, in dessen Lokal das Verbrechen begangen sein sollte, bekundete, daß er dem Voß das Lokal verboten habe. Der Sozialdemokrat sei auch sofort gegangen. Der Gendarm, der die Anzeige gegen Voß erstattet hatte, mußte dem Gericht sagen, daß er aus eigener Kenntnis nichts wisse, sondern nur durch Hörensagen (! !) etwas erfahren habe. (Da sieht man, wie Strafmandate zustande kommen.) Natürlich mußte der Genosse Voß auf Grund solcher Aussagen freigesprochen werden.

Gewerkschaftliches.

Zur Buchbinderaussperrung

liegt ein Dokument vor, das so charakteristisch sowohl die wahren Absichten der Arbeitgeber als auch die Natur des heutigen Klassenstaates widerspiegelt, daß es verdient, im vollen Wortlaut wiedergegeben zu werden. Dasselbe lautet:

C. H. Schwabe
Buchbinderei
Stuttgart.
Telephon Nr. 3.

Stuttgart, den 30. Mai 1906.
Tübingerstr. 83.

Herrn (folgt Name und Ort).

Höflich bezugnehmend auf Ihr Geehrtes vom 27. cr. an die Vereinigung der Arbeitgeber der Buchbindereien Stuttgarts teile ich Ihnen hierdurch mit, daß Sie sowie Ihre zwei Kollegen sofort in meine Großbuchbinderei eintreten können.

Wegen des Streiks brauchen Sie keine Sorge zu haben, denn erstens arbeiten sowieso einige Leute schon bei mir, 2. habe ich für den nötigen Schutz (durch Polizei) gesorgt, 3. werden die Rädelsführer und Hetzer (Agitatoren) in allen Städten (Stuttgart, Berlin, Leipzig) nicht wieder eingestellt. Sie haben also von diesen nichts zu befürchten!

Die Hauptsache ist die, daß Sie sich von den Streikposten nicht abhalten lassen; dann haben Sie in meinem Geschäft, wenn sie gute Arbeiter sind, bestimmt dauernde und gutbezahlte Beschäftigung.

Fahrgeld 3. Klasse vergüte ich gerne, sobald Sie 4 Wochen lang in meinem Geschäft sind.

Sollten Sie also geneigt sein, bei mir eintreten zu wollen, so bitte ich Sie um gefälligen sofortigen Bescheid.

Achtungsvoll
C. H. Schwabe.

Glück hat ja Herr Schwabe mit seinem heißen Werben nicht gehabt, köstlich ist aber die Naivität, mit welcher er über die Polizei zum „nötigen Schutz" für die Streikbrecher verfügt.

„Meine Herren! Wir arbeiten ja nur für Sie" — sagte bekanntlich Herr v. Bötticher, weiland preußischer Minister, zu den Unternehmervertretern im Reichstage. Ganz so rechnet Herr Schwabe auch auf die Polizei in Stuttgart und — verrechnet sich bei solcher Kalkulation durchaus nicht, denn vor allen Aussperrungsbetrieben in Stuttgart steht stramm ein Schutzmann — der Unternehmerinteressen — kann man hinzufügen.

So gebietet es das „Staatsinteresse". In der Stadt der abgehackten Hand das vergebliche Suchen nach dem „umsichtigen" Schutzmann und in Stuttgart, Berlin und Leipzig die Schutzwachen vor den Aussperrungsbetrieben, damit die „Rädelsführer, Hetzer und Agitatoren nicht wiedereingestellt zu werden brauchen."

Und der Kollegenschaft in der „Provinz" wird die unwürdige Rolle zugedacht, als Verräter ihrer Berufsangehörigen schimpflichen Streikbruch zu verüben.

Das alles wird und soll den Herren aber nicht gelingen!

Ein neuer Unternehmer-Trutzverband.

Der in Göttingen tagende Hannoversche Handwerkertag faßte eine Resolution, überall die Bildung von Arbeitgeber-Fachverbänden vorzunehmen zwecks Gründung eines allgemeinen Schutzverbandes gegen Streiks.

Wenn die Herren ihre Aufgabe so auffassen, daß sie durch Entgegenkommen gegenüber berechtigten Arbeiterforderungen Streiks verhindern wollen, dann werden Erfolge die Früchte ihrer Wirksamkeit sein.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Lithographen und Steindrucker. Am Mittwoch waren die Berliner Ausgesperrten im Gewerkschaftshause versammelt, um den Bericht über den Stand des Kampfes entgegenzunehmen. Der Referent Bartels kennzeichnete die gegenwärtige Lage folgendermaßen: Noch vor kurzem gaben die Unternehmer und deren Organe kund, daß 8-, 10-, ja 16 000 Berufsangehörige in Deutschland ausgesperrt werden sollten. Auch jetzt noch spricht das Organ des Unternehmerverbandes von 5000 Steindruckern und Lithographen, die zurzeit ausgesperrt sein sollen ohne die Streikenden, die außerdem noch hinzugerechnet werden müßten. Nach einer von den Arbeitnehmern gemachten Aufnahme, die sich auf alle in Frage kommenden Städte erstreckt, kann dagegen festgestellt werden, daß gegenwärtig in ganz Deutschland 2790 Berufsangehörige ausgesperrt sind. Dazu kommen noch 850, die schon vor der jetzigen Aussperrung im Streik standen oder ausgesperrt waren, so daß die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten insgesamt 3640 beträgt. Das ist etwa ein Fünftel aller organisierten Lithographen und Steindrucker. Diese Zahlen beweisen, daß die Aussperrung bei weitem nicht den Umfang angenommen hat, den sie nach den Absichten der Scharfmacher annehmen sollte. Auch in Berlin hat die Zahl der Ausgesperrten bei weitem nicht die erwartete Höhe erreicht. Während man damit gerechnet hatte, daß am Sonnabend 1500 Arbeitnehmer in Berlin ausgesperrt werden würden, sind nur 880 Lithographen und 400 Steindrucker von der Aussperrung betroffen. 20 Firmen sind an der Aussperrung beteiligt. In einer Anzahl von Lohndruckereien und bei Privatlithographen ist es zu Arbeitseinstellungen gekommen, weil die Arbeiter verhüten wollten, daß in diesen Betrieben Streikarbeiten für die aussperrenden Firmen angefertigt werden. Es ist aber bereits in den meisten Fällen eine Verständigung darüber erzielt worden, daß alles, was als Streikarbeit zu betrachten ist, zurückgestellt wird und nur einwandsfreie Arbeiten angefertigt werden. — Unter den bei den aussperrenden Firmen beschäftigten Kollegen herrscht volle Einmütigkeit. Bis auf einzelne Abtrünnige hat keiner sich den Bedingungen der Unternehmer unterworfen. Einmütig haben die Kollegen die Betriebe verlassen. Die wenigen, die sich den Unternehmern unterworfen haben und stehen geblieben sind, können den Kampf nicht zuungunsten der Arbeiter beeinflussen.

In Augsburg und in Elberfeld haben die Unternehmer die Kündigungen zurückgezogen, dort ist also keine Aussperrung erfolgt. In Heilbronn, Solingen und Dresden hat je eine Firma den Aussperrungsbeschluß nicht ausgeführt. — Die Lage des Kampfes ist nach alledem für die Arbeiter äußerst günstig, sie können deshalb mit der Gewißheit des Sieges dem weiteren Verlauf der Dinge entgegensehen.

Deutsches Reich.

Der Lohnsklaven Empörung. Druck erzeugt Gegendruck! Das erleben nun auch die Stummlinge im Saarrevier. Hier glaubt man in altgewohnter Willkür den ungezügelten Herrenstandpunkt aufrecht erhalten zu können. Nicht einmal die den Harmoniestandpunkt vertretende christliche Organisation fand vor den Herrschern in Saarabien Gnade. Und lange, lange Zeit waren die Berg- und Hüttensklaven geduldig und gehorsam jedem Machtgebot. Aber schließlich mußte die verhaltene Wut, der in der Tiefe wirkende Groll gleich einem Naturgesetz in offene „Widersetzlichkeit" sich geltend machen. Und das ist geschehen. Unterm 6. Juni wird aus Saarbrücken gemeldet:

Eine stark besuchte Versammlung der Burbacher Hüttenleute beschloß die Arbeit niederzulegen, nachdem den Arbeitern vom Direktor der Hüttenwerke ihre Forderungen abgelehnt worden waren. So wurde den Arbeitern unter anderem die Erlaubnis verweigert, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten. Infolgedessen werden **1300 Hüttenarbeiter heute die Arbeit niederlegen.**

Wie auch diese Widersetzlichkeit gegen Unternehmerwillkürherrschaft auslaufen mag, der Bann ist gebrochen, der Anstoß zu einer weitergreifenden Bewegung ist gegeben. Einmal zum Bewußtsein der Menschenwürde, der Gleichberechtigung und der Kampffähigkeit erwacht, werden die Lohnsklaven in das alte Joch nie mehr sich zurechtfinden.

Dekorierte Streikposten.

Bei der Aussperrung der Lithographen und Steindrucker sind in Dresden einige ältere Arbeiter mit auf die Straße gesetzt worden, die das von der sächsischen Regierung gestiftete Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit haben, das nach 30jähriger ununterbrochener Arbeitsdauer bei einer Firma verliehen wird. Die für ihre Treue in der Arbeit jetzt ausgesperrten Arbeiter wollen die Medaille bei dem Streikpostenstehen tragen, um so zu veranschaulichen, wie das Unternehmertum Treue in der Arbeit lohnt.

Kampf im Baugewerbe. In Düren (Rheinl.) hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe am 2. Juni zirka 100 Maurer und Bauhülfsarbeiter ausgesperrt, um die Aufhebung einer Sperre zu erzwingen, die verhängt war, weil von den Maurern Putzerarbeit (Streikarbeit) verlangt wurde. Die organisierten Maurer und Hülfsarbeiter beschlossen, bei allen Unternehmern, welche jetzt die im Frühjahr aufgestellten Forderungen nicht bewilligen, gleichfalls die Arbeit einzustellen. Dadurch kam es bereits zu weiteren Arbeitsniederlegungen. Die Zahl der Ausgesperrten resp. Streikenden hat bereits 150 überschritten. Die Arbeitgeber wollten am Sonnabend, den 2. Juni, den Stukkateuren die Forderungen bewilligen. Diese Genossen haben jedoch die Aufnahme der Arbeit von dem Kampfe der Maurer und Bauhülfsarbeiter abhängig gemacht.

In einer Tarifbewegung stehen die in den Kunstanstalten usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderbranche Nürnbergs. Eine Kommission erhielt den Auftrag, die Tarifvorlage für Nürnberg und Fürth möglichst einheitlich zu gestalten und demnächst einer Versammlung vorzulegen, die dann definitiv Stellung nehmen soll.

Die Aussperrung in den gesamten Betrieben der dem Verbande deutscher Kachelofenfabrikanten angeschlossenen Unternehmer ist mit dem 2. Juni perfekt geworden. Bis jetzt sind der Zentralleitung 41 Orte gemeldet, in denen die Aussperrung proklamiert worden ist. Der Verband der Töpfer hat den Kampf mit frischem Mute aufgenommen. Zu unterstützen sind mit den im Streik befindlichen Kollegen zirka 2700 Mann. Der Verband ist imstande, diesen Machtkampf völlig aus eigener Kraft führen zu können.

Eine Beendigung der Aussperrung ist nur möglich, wenn der Streik in Breslau beendet wird. Eine am 1. Juni kurz vor Torresschluß in Breslau stattgefundene Sitzung vor dem dortigen Gewerbegericht verlief völlig resultatlos, da den Breslauer Unternehmern durch das schneidige Eingreifen des Ofenprotzentums jetzt der Kamm geschwollen ist. Die Herren waren in jener Sitzung sogar so fr—ivol, das Ansinnen zu stellen, daß die Breslauer Töpfer jetzt zu ungünstigeren Bedingungen die Arbeit aufnehmen sollten, als vorher von ihnen bereits zugestanden. Unter solchen Verhältnissen war eine Beendigung des Kampfes unmöglich. Es soll nun am 11. Juni ein Schiedsgericht zusammentreten, zusammengesetzt aus je drei Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Diesem Schiedsgericht sollen auch die Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes und des Zentralverbandes der Töpfer angehören. Der Schiedsspruch soll nicht bindende Kraft erhalten. Möglich, daß diese Verhandlung den Frieden bringt. Dieser aber ist nur möglich, wenn das Unternehmertum den Arbeitern in weitgehendem Maße entgegenkommt. Der Verband der Töpfer fühlt sich stark genug, den Kampf auf der ganzen Linie führen zu können. Zustatten kommt, daß die beiden Arbeitgeberorganisationen im Töpfergewerbe sich einander nicht grün sind, andererseits haben viele Fabrikanten dem Aussperrungsbeschlusse nur in der Hoffnung zugestimmt, daß aus der Aussperrung nichts wird. Diese leiden nun an Warenmangel und haben große Geschäftseinbußen. Ein erheblicher Teil der Fabrikanten gehört der Organisation nicht an und hat gar nicht ausgesperrt. — Weiterhin brennt den Breslauer Unternehmern der langwierige Streik bereits stark auf den Nägeln.

Andererseits ist die Haltung der Breslauer Streikenden sowohl wie die der Ausgesperrten einfach mustergültig. Wie ein Mann halten die Streikenden fest, wie ein Mann haben die Ausgesperrten die Betriebe verlassen! Unter solchen Umständen kann der Organisation um den Erfolg nicht bangen. Sie steht einig und geschlossen da und wird dem brutalen Machtspruch der Kachelprotzen zu begegnen wissen!

Aussperrung. Die Maschinenfabrik Recke in Rheydt hat von ihren Arbeitern, da die Arbeiter der Maschinenabteilung im Streik beharren, 90 Proz. ausgesperrt.

Zum Straßenbahnerstreik in Dortmund. Nicht Uebermut hat die Leute zum Streik getrieben, sondern die bittere Not. Sie waren immer sehr bescheiden und „gesinnungstüchtig", sie wachten ängstlich darüber, daß jeglicher äußere Einfluß von gewerkschaftlicher Seite ferngehalten blieb. Bisherige Organisationsversuche waren noch immer vergebens. So war's, bis das Regiment Schmieding anbrach, d. h. bis die Straßenbahn in städtische Regie überging. Verlängerung der Arbeitszeit, rigorose Strafen und eine fast unmenschliche Behandlung hat nun die Leute zu dem verzweifelten Schritte des Streiks getrieben, nachdem die Verwaltung auf die Beschwerden der Leute mit Maßregeln geantwortet hatte. Daß es soweit kommen mußte, ist einfach ein Skandal. Die Forderungen der Leute sind so bescheiden, daß kein Mensch den ablehnenden Bescheid der Verwaltung begreifen wird. Damit sich die Welt überzeugen kann, in welch bescheidenen Grenzen sich die Forderungen der Straßenbahner bewegen, seien sie hier angeführt. Sie sind geteilt in a) allgemeine Forderungen, b) Lohnforderungen. Allgemeine Forderungen: 1. zehnstündiger Arbeitstag; gemachte Ueberstunden werden mit dem Lohnsatz gleichgestellt; 2. angefangene Stunden müssen voll bezahlt werden; 3. als Ruhetag ist jeder achte Tag anzunehmen; 4. das Kleidergeld soll fortfallen; 5. den Wagenführern müssen Regenmäntel kostenlos gestellt werden; 6. die Kilometergelder sollen nach dem früheren Satz bestehen bleiben, anfangend nach einem halben Jahre; 7. die einbehaltenen sechs Schichten müssen zurückgezahlt werden; 8. die Tage, welche durch den Streik verloren sind, müssen nachgezahlt werden. Lohnforderungen: Anfangsgehalt 95 M., nach einem halben Jahre 100 M., nach einem Jahre 105 M., nach zwei Jahren 110 M. und dann von zwei zu zwei Jahren um 5 M. steigend bis zum Höchstgehalt von 1600 M. Ferner wünscht das Personal die Einrichtung einer Pensionskasse.

Die Verwaltung hat die Forderungen abgelehnt und damit den öffentlichen Skandal heraufbeschworen.

Die sonst so bescheidenen Straßenbahner besannen sich auf ihre Menschenwürde und legten voller Entrüstung die Arbeit nieder. Sie ernteten damit den ungeteilten Beifall der Arbeiterschaft Dortmunds. Der Betrieb ruhte auf allen Linien, die Verwaltung suchte jedoch baldmöglichst Ersatzkräfte heranzuziehen. Zum Teil haben sich solche in den Werkstattarbeitern der Straßenbahn gefunden, außerdem fungierten eine Anzahl Schutzleute als Fahrer. Trotz aller Bemühungen ist es aber nicht gelungen, mehr als 18 Wagen fahren zu lassen, während sonst an gewöhnlichen Wochentagen etwa 70—75 Wagen verkehren. Der Unwille der Bürgerschaft ist bedenklich hoch gestiegen, was der Verwaltung aber gänzlich gleichgültig zu sein scheint. Denn anstatt eine Verständigung mit den Leuten zu suchen, hat sie am Sonnabend sämtliche Streikende entlassen.

Die Straßenbahner selbst bezeichneten die Ankündigung der Entlassung als einen Schreckschuß und beschlossen, nur die Arbeit aufzunehmen, wenn die Forderungen anerkannt würden. Nichtsdestoweniger muß das brutale Verfahren der Verwaltung vor aller Welt gebrandmarkt werden. Es muß auch festgenagelt werden, daß solche Zustände in einer Kommunalverwaltung möglich sind, wo zwar die Nationalliberalen die Mehrheit haben, das Zentrum aber infolge eines Kompromisses entscheidenden Einfluß ausübt.

Ausland.

Einen glänzenden Sieg haben die Innsbrucker Tischler errungen. Nach einem Vertrag, der durch Vermittelung des Statthalters zwischen ihnen und den Meistern nach vorausgegangenen Streik zustande kam, ist folgendes festgelegt: Neunstundentag mit 1½stündiger Mittagspause und 6 Uhr abends Arbeitsschluß; Minimallohn von 3 Kronen 40 Heller (3 Mark) und vom 1. Juli ab 3 Kronen 60 Heller. Die Niederlage der Scharfmacher drückt sich aber noch deutlicher aus in dem Umstand, daß sich die Meister gezwungen sahen, von Organisation zu Organisation zu verhandeln. Die von den Scharfmachern des Baugewerbes inszenierte allgemeine Bauarbeiteraussperrung mußte schon nach 14tägiger Dauer wieder aufgehoben werden.

Die Aussperrung der Wiener Bauarbeiter wächst sich zu einer allgemeinen Aussperrung aller in den Baugewerben beschäftigten Arbeiter, als Stukkateure, Tischler, Schlosser, Dachdecker, Anstreicher, Maler, Bildhauer, Steinmetzer, Glaser usw., aus. Wenigstens haben die Baumeister den Unternehmern dieser Branchen, mit denen sie zusammen den „Zentralverband der Baugewerbebetriebe" bilden, diese Order gegeben. Dadurch glaubt man die Bauarbeiter und Maurer mürbe zu machen. Ob sich dem Befehl der Scharfmacher die Mehrzahl der Meister fügen wird, bleibt freilich abzuwarten. Bis jetzt läßt sich der Umfang der Aussperrung noch nicht genau feststellen.

Ein Zimmererstreik in Holland. Die Zimmerer in Leiden sind vor ungefähr acht Tagen in den Streik getreten. Anfangs beteiligten sich nur 84 Mann; inzwischen ist die Zahl der Streikenden auf 200 angewachsen, so daß der Streik sowohl in der Stadt selbst wie in der Umgebung allgemein ist. Gefordert werden statt des 11stündigen der 10stündige Arbeitstag und 23 Cent Stundenlohn. Die Arbeitskammer sucht zu vermitteln.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sympathie für die Duma.

Paris, 6. Juni. (Privatdepesche unseres Pariser Korrespondenten.) Die sozialistische Kammergruppe bereitet eine Sympathiekundgebung für die russische Reichsduma vor. Indessen hat die Fraktion noch nicht darüber entschieden, ob sie auch die Kammer zu solcher Kundgebung veranlassen wird.

Streikfortsetzung.

Breslau, 6. Juni. (W. T. B.) Die ausständigen Former und Gießer sowie die ausgesperrten gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter haben in einer heute vormittag abgehaltenen Versammlung beschlossen, weiter im Kampf auszuharren, da die Verhandlungen mit der Breslauer Maschinenbauanstalt wegen Beilegung des Former- und Gießerausstandes dortselbst ergebnislos geblieben sind.

Die russischen Agrarunruhen.

Petersburg, 6. Juni. (B. H.) Nach hier eingetroffenen Meldungen sind **in fast allen Gouvernements Agrarunruhen ausgebrochen.** In verschiedenen Orten kam es zu Zusammenstößen, **wobei viele Personen verletzt wurden.**

Vom internationalen Bergarbeiterkongreß.

London, 6. Juni. (W. T. B.) Der internationale Bergarbeiterkongreß nahm in seiner heutigen Sitzung einen Antrag der deutschen Delegierten an, wonach die **Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren im Bergwerksbetriebe gesetzlich verboten werden soll.** Die englischen und französischen Delegierten enthielten sich der Abstimmung, da sie von ihren Verbänden keinen Auftrag hatten.

Erdbeben.

Tanger, 6. Juni. (W. T. B.) Ein Erdbeben in Fez am 1. Juni wurde in dem deutschen Konsulat um 3 Uhr 29 Minuten morgens örtlicher Sonnenzeit durch einen starken Stoß wahrgenommen. Das Haus schwankte zwei- bis dreimal von Südwesten nach Nordosten und zurück. In der tiefer gelegenen Altstadt wurde das Beben weniger, dagegen in der oberhalb des Konsulats gelegenen Judenstadt stärker verspürt. Der Stoß soll dort so stark gewesen sein, daß Kinder umfielen, Türen aufsprangen und Wanduhren stehen blieben. Eingeborene versichern, daß ein leiser Stoß etwa um 2 Uhr nichts vorangegangen sei.

Anarchistendeportation.

New York, 6. Juni. (B. H.) Hiesigen Blättern zufolge ist der Regierung der Plan unterbreitet worden, **eine Insel zur Internierung gefährlicher Anarchisten aller Länder herzugeben. Diese soll von Kriegsschiffen bewacht werden,** welche ein Entweichen der Internierten unmöglich machen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

XII. Schlesischer Provinzialparteitag.

Am Pfingstsonntage fand in dem Dorfe Polsnitz bei Freiburg, der schlesischen Uhrenstadt, der Parteitag der schlesischen Sozialdemokratie statt, auf dem 36 Delegierte 19 schlesische Wahlkreise vertraten. Außerdem waren Vertreter der Agitationskommissionen und der Parteipresse, die Parteisekretäre und der Reichstagsabgeordnete Tutzauer anwesend. Aus den Berichten der Agitationskommissionen Breslau, Görlitz, Langenbielau und Kattowitz, die vom letzten (Liegnitzer) Parteitage an die Stelle der allgemeinen schlesischen Agitationskommission gesetzt worden sind, ist zu entnehmen, daß die Zahl der organisierten Genossen in Schlesien, die auf dem vorigen Parteitage mit 8500 angegeben war, nunmehr über 16 000 beträgt, von denen rund 8400 auf den Breslauer, auf den Görlitzer 3300, den Langenbielauer 4000 und 800 auf den Kattowitzer Bezirk entfallen. In fast allen Wahlkreisen, höchstens mit Ausnahme der oberschlesischen und des zum Teil wendischen Wahlkreises Hoyerswerda-Rothenburg sind erfreuliche Fortschritte in bezug auf die Zahl der Organisierten als auch der Leser unserer Parteipresse gemacht worden. Die Breslauer Organisationsform, besonders aber die Agitation von Haus zu Haus, hat vorzügliche Erfolge gehabt, so wurden in Breslau an einem Sonntage über 700 Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein gewonnen, in der kleinen Stadt Brieg an demselben Tage nicht weniger als 81 Mitglieder. An Lesern gewann man auf diesem Wege nicht selten in Breslau an einem Tage über 1000, in Liegnitz konnten an einem Sonntage in kurzer Zeit 140 Abonnenten gewonnen werden. Die Anstellung eines Parteisekretärs für Niederschlesien, mit dem Sitze in Görlitz, hat sich vortrefflich bewährt, wenn auch leider noch darüber zu klagen ist, daß von den einzelnen Orten zu wenig Anregungen an die Parteisekretariate ergehen. Hatte die Presse, besonders die „Volkswacht“, auf der einen Seite einen fastunübertroffenen Erfolg zu verzeichnen, so waren die Verfolgungen geradezu ungeheuerliche. 1905 zwar hatte die „Volkswacht“ nur 600 Mark Geldstrafe zu verzeichnen; in den ersten fünf Monaten dieses Jahres aber zählt sie bereits ein Jahr, drei Monate und zehn Tage Gefängnis und 710 Mark Geldstrafe. Sehr viel hat Schlesien unter seinem alten Erbübel, der Lokalabtreiberei zu leiden. Der kräftig einsetzende Boykott, der schon in Breslau und Görlitz zu großartigen Erfolgen geführt hat, wird auch bei Beobachtung der Breslauer Taktik an den anderen Orten gute Früchte tragen, und vor allem in der Lokalfrage Schlesien von der Hauptparteikasse emanzipieren.

Bedauert wurde, daß der Parteivorstand die Provinz Schlesien so wenig mit Referenten bedenke. Man werde auch hier daran denken müssen, sich auf eigene Füße zu stellen.

Was die Abführung der Beiträge an die Parteikasse anlangt, so kamen aus dem Görlitzer Bezirke an die Agitationsleitung Anträge von verschiedenen Orten, die von der Abführung befreit bleiben wollten, auf der anderen Seite wieder war es dem Langenbielauer Bezirk möglich, sogar 25 Proz. abzuführen.

Die Verhältnisse in Oberschlesien sind nicht besonders erfreuliche; wir werden uns dort auf Rückschläge gefaßt machen müssen. Die überaus schwierige Nationalitätenfrage ist durch die Einigung mit der P. P. S. ein wenig erleichtert worden. Es sei nötig, der oberschlesischen Industriebevölkerung die Ueberzeugung beizubringen, daß selbst dann, wenn ihre nationalen Forderungen in Erfüllung gehen, ihre wirkliche Befreiung nur durch die Sozialdemokratie erreicht werden könne. Wenn wir erst so weit sein werden, dann wird auch Oberschlesien, dem noch in wirtschaftlicher Beziehung eine ungeahnte Entwickelung bevorstehe, unser sein. Der Parteivorstand tue für Oberschlesien sein möglichstes, auch die Generalkommission, die zu den drei Versammlungslokalen im Industriebezirk noch zwei hinzuwerbe. Mit Referenten müsse Oberschlesien mehr als bisher versorgt werden.

Die Notwendigkeit, die Organisationsform von Breslau mit ihrem Distrikts- und Bezirksführersystem, allgemeiner anzunehmen, wurde anerkannt, nur vor der Gefahr der Schablonisierung gewarnt. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, beim Parteivorstande für Mittelschlesien — 12 Wahlkreise ohne die drei Breslauer — die Anstellung eines Parteisekretärs zu beantragen, ferner ein Antrag, der den Parteivorstand auffordert, Schlesien mehr als bisher mit Referenten zu versorgen. Abgelehnt wurde ein Antrag, die Parteitage in Zukunft regelmäßig nur vor den Reichstagswahlen abzuhalten; es bleibt bei dem zweijährigen Turnus und zwar findet der nächste schlesische Parteitag im Januar 1908 in Breslau statt. Eine Resolution, welche lebhafte Agitation für die Frauenbewegung und die Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen verlangt, wurde ebenfalls angenommen.

Zum Punkte Presse wurde nach einem einleitenden Referate des Genossen Heimann, des Geschäftsführers der „Volkswacht“, der als besonders wichtig für die Abonnentengewinnung die Anlegung der Abonnentenliste und das enge Zusammenarbeiten der Verlage mit den Organisationen bezeichnete, beschlossen, beim Parteivorstande zu beantragen, daß auf die Tagesordnung des nächsten deutschen Parteitages auch der Punkt „Presse“ gesetzt werde. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach der Parteivorstand zur Heranbildung von Agitatoren und Redakteuren eine Bildungsschule errichten soll.

Der letzte Punkt, der verhandelt wurde, betraf die Gemeindewahlen. Ein Antrag auf Ausarbeitung eines prinzipiellen Kommunalprogramms wurde wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen schlesischen Gegenden abgelehnt, dagegen der Abhaltung von Gemeindevertreterkonferenzen in den einzelnen Agitationsbezirken zugestimmt.

Deutsche Lehrerversammlung.

Hg. München, 4. Juni.

(Schluß des Berichts vom ersten Verhandlungstage.)

Der Referent über die **Lehrerinnenfrage**, Lehrer **Laube-Chemnitz**, fährt fort:

Es ist auch fraglich, ob die Lehrerin imstande ist, die Doppellast als Hausfrau und Lehrerin zu tragen. Trotz hervorragender Qualifikation für einzelne Gebiete der Erziehung ist die Lehrerin für das ganze Gebiet der Erziehung nicht so befähigt wie der Lehrer. Nur zur Ergänzung soll der Frau die Schule offen bleiben. Auch die pädagogischen Talente der Frau, die zur Bereicherung und Differenzierung des Unterrichts führen, soll die Schule nicht entbehren. Wie weit diese Grenzen der Ergänzungstätigkeit der Frau gesteckt werden sollen, ist hier nicht zu erörtern, das würde schulmeisterliche Pedanterie sein. — Uebrigens ist auch noch die **politische Seite der Lehrerinnenfrage** ins Auge zu fassen. Auf die Frau setzen die Klerikalen, welche allezeit gute Menschenkenner waren, ihre größte Hoffnung. Es kann sich daher möglicherweise die Lehrerinnenfrage zu einer **klerikalen Gefahr auswachsen.** (Beifall.) — Außerdem ist noch zu berücksichtigen **der Anteil der Lehrerinnen an der Frauenbewegung.** Mit der zunehmenden Anstellung weiblicher Lehrkräfte wächst die Gefahr, daß die extremen Frauenbestrebungen in Kreise getragen werden, denen sie bisher glücklicherweise fern geblieben sind. **Die Verweiblichung der Lehrkräfte trägt somit eine Gefahr für unseren ganzen Volkscharakter in sich.** Bei aller Bereitwilligkeit, die Frau zur ergänzenden Tätigkeit in der Schule heranzuziehen, muß die Frau der Leitung der Schule fernbleiben! Die Schule bedarf eines ganzen Mannes und dieses Mannes bedarf sie ganz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Für die Diskussion ist die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Fräulein **Sumper**, Vorsitzende des Münchener Lehrerinnenvereins, von einem Teil der Versammlung mit Händeklatschen empfangen, tritt den Ausführungen des Referenten entgegen. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß Frau und Mann besondere Eigenarten haben, aber ebenso sind Knaben und Mädchen ihrer Eigenart entsprechend besonders zu behandeln. Den Maßstab für das Empfinden des Mädchens hat nur die Frau, für die Beurteilung des Knaben der Mann. Auf die Gemütsbildung des Mädchens läßt sich in der Schule durch die Frau ein größerer Einfluß ausüben.

Dr. **Brückmann**-Königsberg hält die Lehrerin in den unteren Klassen auch an Knabenschulen für unentbehrlich. (Ohol und Widerspruch.) Die natürliche Vertreterin der Mutter bei kleinen Kindern ist in der Schule die Lehrerin, sie ist bis zur Konfirmation die mütterliche Beraterin der Kinder. (Unruhe und Schlußrufe.) Redner empfiehlt eine These, in der er für die Knabenschulen in der Oberstufe männlichen, für die Mädchenschulen in der Oberstufe weiblichen Einfluß verlangt. Ueber die Befähigung der Schulleitung soll nicht das Geschlecht, sondern die Persönlichkeit entscheiden. (Widerspruch, Zischen und Beifall.)

Fräulein **Helene Lange**-Berlin, Vorsitzende des allgemeinen deutschen Frauenvereins: Gestatten Sie mir als einer „alten, unverheirateten, verbitterten und verkümmerten Lehrerin“ auch das Wort zu nehmen. Sie können uns Lehrerinnen nicht verargen, wenn wir im Laufe der Verhandlungen das Gefühl bekommen, daß man uns nicht gerecht wird. (Ohol und Widerspruch.) Man hätte doch wenigstens einer Lehrerin das Korreferat übergeben sollen. Sollten aber die Herren Kollegen die Thesen, die eine Beleidigung für uns sind, (lebhafter Widerspruch) ja, ich wiederhole es zwei- und dreimal, die eine Beleidigung sind, annehmen, dann wird der allgemeine deutsche Lehrerinnenverein eine Protestversammlung einberufen, zu der wir Sie einladen und auch zehn Minuten Redezeit bewilligen werden. (Heiterkeit.) Mir fehlt es an Zeit, die große Fülle von Einseitigkeiten, Ungerechtigkeiten und Unrichtigkeiten der Referats zurückzuweisen. (Widerspruch.) Was der Referent über die Frauenfrage gesagt hat, war fast in jedem Satz eine Unrichtigkeit. Wo gibt es einen Lehrerinnenverein, der verlangt, die Lehrerin solle allein an Mädchenschulen lehren? Wir verlangen nur, daß der weibliche Einfluß dominiert. (Beifall.)

Bürgermeister **Matting**-Charlottenburg spricht zunächst die Hochachtung der Verwaltung für den Lehrerstand und sein Streben aus. (Beifall.) Der Kampf, den die Städte Seite an Seite mit den Lehrern gegen das Volksschulgesetz geführt haben, hat gezeigt, wie eng Stadtverwaltung und Lehrerstand zusammengehören. (Lebhafter Beifall.) Redner ist mit den Ausführungen des Referenten zum großen Teil einverstanden, muß jedoch in einzelnen Punkten widersprechen. In Charlottenburg gelte die Parität an Mädchenschulen als fester Grundsatz seit 15 Jahren und man habe gute Erfahrungen damit gemacht. Ebenso sei der vor zwei Jahren gemachte Versuch, eine Lehrerin als Leiterin einer Schule einzusetzen, geglückt. Redner will dann noch auf die Frage des **Zölibats der Lehrerinnen** eingehen. Der Vorsitzende bemerkt aber, daß die Redezeit abgelaufen sei. Redner erwidert: Es ist das auch ein so schwieriges Thema, daß ich ganz gern aufhöre. (Stürmische Heiterkeit.)

Oberlehrer **Käfert**-Chemnitz nimmt Lehrer Laube in Schutz gegen den Vorwurf, einseitig gewesen zu sein.

Lehrer **Schuman**-Hamburg bedauert die geringe Würdigung des Kulturwertes der Frauenbewegung. Die Behauptung von der physischen und psychischen Minderwertigkeit der Frau müsse zurückgewiesen werden.

Dr. **Barth**-Stuttgart erkennt im Gegensatz zu Fräulein Lange den männlichen Ernst der Thesen an. In den Kreisen unserer Fräulein Lehrerinnen machen sich Anschauungen bemerkbar, wie zum Beispiel die von Fräulein Lischnewska auf dem Gebiet der sexuellen Pädagogik vertretenen, die eine schwere Gefahr für unser Volksleben werden können.

Fräulein **Siegel**-München verweist gegenüber dem Vorwurf extremer Bestrebungen der Lehrerinnen auf die Programmforderungen des bayerischen Lehrerinnenvereins, die unter anderem Verbesserung der Gehalts- und Anstellungenverhältnisse der Lehrerinnen, namentlich auf dem Lande, erstreben.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird **angenommen.**

Nachdem Referent Lehrer **Laube**-Chemnitz kurz den Ausführungen der Lehrerinnen, namentlich des Fräulein Lange, in scharfer Weise entgegengetreten ist, einigten sich die stimmberechtigten Vertreter an Stelle der Thesen auf eine Resolution, welche besagt:

„Die deutsche Lehrerschaft hält das Mitarbeiten der Lehrerinnen an der Volksschule für geboten, lehnt aber aus wichtigen pädagogischen Gründen die Forderung ab, nach welcher die Mädchenschule ganz oder überwiegend unter den Einfluß der Lehrerinnen gestellt werden soll.“

Die nächste Tagung wird 1908 in Dortmund stattfinden.

Hg. München, 6. Juni.

(Telegr. Bericht.)

Die heutige zweite Hauptversammlung war fast noch stärker besucht wie die gestrige. Stand doch auch heute eine Frage zur Beratung, die die Lehrerschaft seit langer Zeit auf das lebhafteste bewegt: Die Frage der

Simultanschule oder Konfessionsschule.

Das erste Referat über die Simultanschule hatte Oberlehrer **Gaertner**-München übernommen, der seinen Ausführungen folgende auf Grund der Stellungnahme der Landesvereine beschlossenen Leitsätze zugrunde legte:

1. Unter Simultanschulen sind Bildungsanstalten zu verstehen, in denen Kinder aller Konfessionen gemeinsam unterrichtet werden, den Religionsunterricht jedoch nach Konfessionen getrennt erhalten. Die Zusammensetzung des Lehrkörpers an einer Simultanschule soll möglichst dem zahlenmäßigen Verhältnis der Konfessionen unter den Schulkindern entsprechen.

2. Die von Gegnern der Simultanschule an ihre Einführung geknüpften Befürchtungen in religiös-sittlicher Beziehung sind durch die Erfahrung widerlegt. Die Simultanschule fördert vielmehr die sittlich-religiöse Erziehung, indem sie ihre Schüler zur Achtung gegenüber fremden Ueberzeugungen erzieht und so zu einer Pflegstätte der Religion, der Liebe und der gegenseitigen Duldung wird.

3. Die Frage der Errichtung von Simultanschulen ist weniger eine religiöse, als eine nationale, soziale und pädagogische. Durch die Simultanschule kommt die nationale Einheit unseres Volkes am treffendsten zum Ausdruck; sie ist das getreue Abbild des paritätischen Staates und der modernen sozialen Gemeinschaften und entspricht daher ihrem Wesen und ihren Anforderungen in erhöhtem Maße.

4. In allen Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung bietet die Simultanschule wesentliche pädagogische Vorteile, indem sie

a) die Errichtung vollentwickelter Schulsysteme;

b) eine bessere unterrichtliche Versorgung der Kinder der konfessionellen Minderheit selbst bei geringeren finanziellen Aufwendungen;

c) die Erfüllung berechtigter Forderungen der Schulhygiene durch den Besuch der nächstgelegenen Schule ermöglicht.

5. Für alle Staaten, in denen die Simultanschule noch nicht durch Gesetz anerkannt ist, ist daher mindestens die Gleichberechtigung der Simultanschule mit der Konfessionsschule zu fordern.

6. Die Voraussetzung der Simultanschule bilden konfessionell gemischte Lehrerbildungsanstalten und eine vom Staate ausgeübte fachmännische Schulaufsicht.

Die Wahl dieses Themas, führte der Redner aus, ist keine zufällige. Die Frage der Simultanschule bildet die Fortsetzung der Verhandlungen des letzten Lehrertages über die allgemeine Volksschule. Sucht jene bei aller Achtung der historisch gewordenen Stände die **sozialen Gegensätze** zu mildern, so hat diese die Aufgabe, **zwar die religiösen Anschauungen als ein unantastbares Gut zu achten, aber zur Beseitigung der allzu scharfen konfessionellen Kanten beizutragen.** (Beifall.) Außerdem aber bildet die **Simultanschule eine wichtige pädagogische Zeit- und schulpolitische Streitfrage,** die im Vordergrunde der öffentlichen Besprechung steht. Alle politischen Parteien stehen heute in **Gefechtslinie für oder gegen die Simultanschule.** In Bayern hat man die Schulbedarfsfrage und in Preußen den sogenannten Kompromißantrag mit der Simultanschulfrage verquickt, da die reaktionären Parteien die Gepflogenheit haben, nur mit der einen Hand etwas zu geben, wenn sie mit der anderen dafür etwas empfangen. Angesichts dieser Tatsachen haben auch die Lehrer die Pflicht, zu der Simultanschule öffentlich Stellung zu nehmen, wenn es sich auch um eine

in Ungnade gefallene Schulform

handelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Gegner der Simultanschule beschuldigen selbst die mildeste Form derselben, daß sie den Eingang zur konfessionslosen und religionslosen Schule bildet. Diese Behauptung ist durch die Geschichte der Simultanschule widerlegt. (Zustimmung.) In Nassau besteht sie bald 100 Jahre, ohne daß der Religionsunterricht gestrichen worden ist. (Sehr richtig!) Eine Umfrage im deutschen Lehrerstande würde sicherlich eine erdrückende Mehrheit dafür ergeben, daß **der Religionsunterricht der Schule erhalten bleibt.** (Stürmischer Beifall.) Die Schule darf auf die religiöse Erziehung nicht verzichten. Die erste These fordert den gemeinsamen Profanunterricht mit getrenntem Religionsunterricht. Damit wird den einzelnen Konfessionen in der weitgehendsten Weise entgegengekommen. (Beifall.) Wenn die Gegner trotzdem behaupten, die Simultanschule zeitige den religiösen Indifferentismus, so verwechseln sie Religion und Konfession. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade die Simultanschule soll zur Versöhnung konfessioneller Gegensätze beitragen. In einer Simultanschule kann es religiöser zugehen als in einer Konfessionsschule. (Stürmischer Beifall.) Andererseits ist eine zeitgemäße Reform des Religionsunterrichts notwendig. Weshalb ruft keine andere Schulfrage die Leidenschaften so wach wie die Simultanschulfrage. **Die Konfessionsschule wird als Wahrzeichen der rückschrittlichen, die Simultanschule als Symbol der fortschrittlichen Tendenz angesehen.** Jene gilt als Eckpfeiler der bisherigen Schule unter geistlichem Regiment, diese als der Grundstein der **künftigen einheitlichen Nationalschule.** (Lebhafter Beifall.)

Es ist daher ein heißer Prinzipienkampf. Das Schlagwort: „Hie christliche Weltanschauung, hie Atheismus“ ist ein Ausfluß dieses Streites. Aber in Wirklichkeit stehen sich hier Kirchenpolitik und Schulpolitik gegenüber. (Lebhafter Beifall.) Die Kirche will nicht nur den Religionsunterricht, sondern das ganze Schulwesen beaufsichtigen, die Schule dagegen will nicht unter der Kirche stehen, sondern neben ihr ein selbständiger Organismus sein, der mit ihr die Erziehung des künftigen Geschlechtes besorgt. (Beifall.) Die Gegner der Simultanschule gehen von dem Grundsatz aus, daß der Religionsunterricht den Mittelpunkt des gesamten Unterrichts zu bilden hat, und die übrigen Gegenstände wie Radien von dem religiösen Zentrum auslaufen, von ihm durchdrungen sein müssen. Wo das nicht geschieht, stellen sie den Charakter einer Schule als Erziehungsanstalt in Frage. Der Religionsunterricht darf bei all seiner Bedeutung nicht auf alle übrigen Unterrichtsgegenstände bestimmend einwirken. In einer deutschen Volksschule muß doch auch dem **deutschen Unterricht** ein hervorragender Platz eingeräumt werden; oder die Schule verdient ihren Namen nicht. (Stürmischer Beifall.)

Es ist sehr bequem, die Schule für alle sittlichen Auswüchse haftbar zu machen. Wir haben durchweg die Konfessionsschule mit geistlicher Leitung, und doch wird gerade von dieser Seite am lautesten über die Verrohung und Verderbtheit der Jugend von heute geklagt. Würde das zutreffen, so wäre das ja eine vernichtende Kritik der bisherigen Konfessionsschule unter geistlicher Leitung. (Lebhafter Beifall.)

Weiter wendet man ein, daß in der Simultanschule zwei Weltanschauungen nebeneinander bestehen und der Schule mithin der einheitliche Geist fehle. Das ist unzutreffend, ebenso wie die Behauptung, daß die Simultanschule den **religiösen Frieden** störe und eine Brutstätte der konfessionellen Verhetzung sei. Gerade im Gegenteil aber werden in ihnen Gleichberechtigung, Achtung und Duldung aller gepflegt. Das könnte doch nur vorkommen, wenn im Religionsunterricht andere Konfessionen lieblos behandelt werden würden. Dann aber trifft nicht die Schule, sondern den betreffenden Geistlichen die Schuld. (Zustimmung.) Wir bleiben dabei: Die Simultanschulen sind Heimstätten des Friedens, Anstalten der Erziehung zur Toleranz. Aus den Urteilen der Eltern über den Wert der Simultanschule können wir den Schluß ziehen, daß sie sich durchaus bewährt hat.

Die Simultanschule bietet auch wesentliche Vorteile zunächst in nationaler Beziehung. Der paritätische Staat und die sich immer mehr ausdehnende Anschauung von der sozialen Gemeinschaft bedarf der Schule mit simultanem Charakter.

Redner bespricht dann die Simultanschulfrage in bezug auf hygienische, finanzielle und pädagogische Vorteile. Die conditio sine qua non für die **Simultanschule sind die simultanen Bildungsanstalten und die Fachaufsicht.** Man sollte meinen, daß ein Lehrer, welcher nur mit einem Tropfen pestalozzischen Oeles gesalbt ist, beim Anblick eines Kindes sich nicht erst die Frage vorlegt: Ist dasselbe katholisch, protestantisch oder israelitisch. (Beifall.) Wenn die Staatsbeamten und selbst die Geistlichen Mittelschulen mit simultanen Charakter durchlaufen, ohne daß ihre religiöse Gesinnung darunter leidet, warum müssen dann die Volksschüler allein in konfessioneller Einseitigkeit erzogen werden? (Stürmischer Beifall.) Die Verhältnisse drängen zur Simultanschule. Sie kommt daher so sicher als der Frühling auf den Winter folgt. Sie muß kommen, denn sie ist und bleibt die **Schule der Zukunft.** (Anhaltender Beifall.)

Vom allgemeinen deutschen Schullehrerinnenverein wird für morgen Abend eine Protestversammlung gegen die gestrigen Beschlüsse des Lehrertages veranstaltet.

Hierauf ergriff Lehrer **Lütgemeier**-Haiden (Lippe) das Wort zu seinem Vortrage über:

Die Konfessionsschule.

Er leitet sein Referat ein mit den Worten: „Laßt uns unseren Kindern leben!“

Die staatliche Schule kann das Glück der einzelnen und das Wohl der Gesamtheit gleichzeitig ins Auge fassen, wenn ihre Grundlage der Glaube an eine sittliche Weltordnung ist. Auf der Grundlage des Glaubens soll sie tüchtige Staatsbürger erziehen. Der Staat bedarf der starken Charaktere, die Widerstand leisten gegen die eigenen Begierden und Schwächen, dann aber auch **gegen äußere und innere Feinde.** Der Staat bedarf der sittlichen Persönlichkeiten. Durch diese Aufgaben wird die Schule auf ein dem Staate fremdes Gebiet gewiesen: auf die Religion.

Auch die Kirche bedarf der Schule nicht minder wie der Staat. Redner wendet sich dann zugunsten der konfessionellen Staatsschule gegen die reinen Kirchenschulen. Wer die Kirchenschule nicht wünscht, muß für die staatliche Schule die Forderung erheben, daß sie billigen Ansprüchen der Kirche genügt, daß sie dem religiösen Leben eine ihm entsprechende Pflege nicht versagt. Die Anhänger der Simultanschule jammert der konfessionelle Riß, und sie wollen diesen Riß nicht allzusehr hervortreten lassen. Sie machen daher mitten durch die Schularbeit einen Schnitt. Wir aber sind der Meinung,

daß die nun einmal vorhandene konfessionelle Trennung, die aber unsere nationale Einheit nicht hat hindern können, zum Ausdruck kommen muß in der Differenzierung unseres nationalen Schulwesens, damit der **einzelnen Schule die geschlossene Einheit erhalten bleiben kann.** Die Kinder schon sollen es fühlen, daß die ganze Erziehungsarbeit ein einheitliches Ziel hat. Muß nicht anders das Kind das Gefühl bekommen, die Schule sei eine Fabrik, welche verschiedene „Fächer" des Geistes mit Wissensstoff anzufüllen hat? Ich bin nicht für eine starke Hervorhebung des Konfessionellen im Unterricht, meine aber doch, daß es eine Unnatur ist, wenn man es außerhalb des Religionsunterrichts ganz ausschalten will. Ich denke da an den Geschichtsunterricht. Die objektive Ruhe mag dem Hochschullehrer wohlanstehen, wenn mir auch die Treitschkesche Subjektivität mehr zusagt. In der Volksschule muß der Geschichtsunterricht die Begeisterung wecken.

Die staatliche Schule mit konfessioneller Grundlage fordert ihrem Wesen nach Schulaufsichtsbeamte, die zugleich treue Staatsbürger und **lebendige Glieder ihrer Religionsgemeinschaft sind.**

Auf dem Wege des allgemeinen Religionsunterrichts an der Simultanschule müßte man konsequenterweise fortschreiten, bis man zu einem „ganz allgemeinen" kommt, in dem den Kindern nur die „allgemein verständlichen Grunddogmen der Religion" geboten werden dürfen, wie ein Kämpfer im preußischen Schulkampf sich ausdrückte. Ja, man wird sie schließlich auf einen bloßen Moralunterricht beschränken müssen.

Der Vortragende legt der Versammlung zum Schluß folgende

Leitsätze

vor: 1. Unter Simultanschulen sind Bildungsanstalten zu verstehen, in denen Kinder verschiedener Konfessionen gemeinsam unterrichtet werden. Es sind zwei Erscheinungsformen der Simultanschule zu unterscheiden: Schulen mit konfessionell getrennten und Schulen mit einem allgemeinen Religionsunterricht.

2. Der Simultanschule der ersten Art fehlt die zentrale Stellung des Religionsunterrichts und die Einheit der ganzen Erziehungsarbeit. Die Simultanschule der zweiten Art muß entweder wertvolle Stoffe des Gesinnungsunterrichts ausscheiden oder auf die Bildung einer neuen Konfession hinarbeiten. Jene ist darum der konfessionellen Schule nicht gleichwertig, diese hat erst dann ein Existenzrecht, wenn die „neue" Konfession in ähnlicher Weise gemeinschaftbildend gewirkt haben wird.

3. Die Scheidung unserer Nation in Konfessionen wird durch die Simultanschule der ersteren Art den Kindern ebenso zum Bewußtsein gebracht wie durch die konfessionelle Schule. Die nationale Einheit kommt treffender als durch irgend eine Schulform durch national gesinnte Lehrer und durch national wertvolle Unterrichtsstoffe zum Ausdruck.

4. In Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung kann unter Umständen die Simultanschule mit getrenntem Religionsunterricht als Notbehelf gestattet werden. Vollentwickelte Schulsysteme haben der einfachen Schuleinrichtung gegenüber nicht nur Vorzüge, sondern auch Nachteile.

5. Eine vom Staate ausgeübte fachmännische Schulaufsicht wird durch das Wesen der konfessionellen Schule nicht ausgeschlossen. Die Simultanschule mit getrenntem Religionsunterricht bringt den ihr selbst eigenen Zwiespalt auch in die Schulaufsicht hinein.

Hierauf tritt eine Pause ein.

Zunächst beantragte der Vorsitzende **Röhl**-Berlin, noch den Vertreter der Hamburg-Bremer Richtung, welche eine einheitlich geregelte Staatsschule verlangt, in welcher die Religionsgeschichte ein integrierender Bestandteil des Geschichtsunterrichts ist, und ferner den Schulrat **Scherer**-Büdingen (Hessen) als Vertreter der Richtung, welche eine Schule mit gemeinsamen allgemeinem Religionsunterricht verlangt, noch als Referenten mit 20 Minuten Redezeit das Wort zu gestatten. — Dem Antrage wird stattgegeben.

Der erste Diskussionsredner **Holzmeier**-Bremen führt aus: Unser Antrag wendet sich gegen den Einfluß der Kirche auf den Staat und auf die Schule. Professor Ziegler hat gestern aufgefordert, wir sollten uns an den Römern ein Beispiel nehmen. Haben die Römer sich etwa auf Halbheiten eingelassen und mit Hannibal verhandelt? Nein, im Gegenteil! Sie haben jede Verhandlung abgelehnt, so lange ein Punier in Italien ist. Ja, sie haben sogar Karthago vernichten wollen. So weit wollen wir ja nicht gehen. (Heiterkeit.) Wir wollen die Kirche nicht ausrotten. Ihren Unterricht mag die Kirche erteilen wie sie will. Aber sie soll nicht die Machtmittel des Staates beanspruchen. Wir wollen die Kirche nicht bekämpfen, wir wollen nur unsere Provinz, das heißt die Schulprovinz, die Pädagogik des freien Geistes, für uns haben. (Stürmischer Beifall.) Die Schule soll in ihrem Ringen nach Luft und Freiheit nicht unter dem Drucke der Kirche und des Christentums stehen. (Oho! Das ist zweierlei!) Nein, das ist nicht zweierlei! Hinter der Kirche steht das organisierte Christentum! Die Volksschule soll nicht christlich sein. (Großer Lärm. Stürmische Zwischenrufe.) Niemand soll das Recht haben, im Namen des Christentums in die freie Entwickelung der Schule einzugreifen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Sie haben an dem Satz, die Volksschule soll nicht christlich sein, Anstoß genommen. Aber ist das etwas Unerhörtes, gilt dieser Satz nicht auch bei den Universitäten, in der Philosophie, in der Kunst, Wissenschaft? Hätten Goethe, Schiller und Lessing schaffen können, wenn sie unter der Zensur der Kirche gestanden hätten? Nein, eher wären sie gestorben und mit Recht! (Stürmische Ohorufe.) Es ist kein freier Geist möglich, wo sich die Kirche heraus nimmt, dem freien geistigen Leben seine Ziele zu weisen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Dieser Geist soll nicht bloß herrschen auf der Universität, sondern auf der letzten Dorfschule. (Stürmischer Beifall.) Es ist nicht wahr, daß die Simultanschule die Zukunftsschule sei, das ist überlebt. (Oho!) Die Zukunft hat allein die weltliche Schule. Sehen Sie nach Frankreich, sehen Sie, wie das Papsttum Anstalten macht, sich mit der weltlichen Schule auszusöhnen. Sie sehen, wie man sich zu fügen weiß, wenn man mutig Widerstand leistet. (Stürmischer Beifall.) Aber um etwas durchzusetzen, dazu gehört Macht, die Lehrerschaft muß einig sein. Ob das Volk an der Religion festhält, das gehört gar nicht hierher. Wir wollen niemandem seine Religion nehmen. Mit der Bibel kann der neue Sittenunterricht nicht erteilt werden. (Schlußrufe.) Die Bibel ist nicht die Quelle, die für die neue Sittengeschichte notwendig ist. Fürchten wir nicht den Haß und die Wut der Gegner, denn die erregen wir, mögen wir tun, was wir wollen, sobald wir nur den Mund gegen die Kirche auftun. Wir haben die Götter der Zukunft an Bord. (Beifall und heftiger Widerspruch.)

Schulrat **Scherer**-Büdingen: Gegenüber der schon vor 13 Jahren geforderten einheitlichen nationalen Simultanschule ist die heutige Forderung Gaertners ein Rückschritt. Die Lehrerschaft wird allerdings angesichts der Reaktion in Nord und Süd für die Schule Gaertners eintreten müssen. Die konfessionslose Religion muß mit in die Simultanschule aufgenommen werden. Wir haben nicht in Deutschland eine konfessionslose Religion? Wenn alle Gebildeten offen bekennen würden, welche Religion sie haben, diese konfessionslose Religion hätte die Mehrheit! (Lang anhaltender Beifall.) Diese konfessionslose Religion hat kein Bekenntnis, sie ist nicht in Worte niedergelegt, aber ausgedrückt durch alle führenden Geister, wie Kant, Fichte, Lessing, Herder, Goethe, Schiller. (Beifall.) Die konfessionslose Religion wurzelt im Christentum. Hat Christus Dogmen gelehrt? Nein! Hat er eine Kirche gegründet? Nein! Er hat gelehrt: Liebet Gott und eure Nächsten! (Stürmischer Beifall.) Das ist der Kern der christlichen Religion und Sittenlehre, diese ist durch Christus gelehrt worden. An derartigem christlichen Religionsunterricht würden auch die jüdischen Kinder teilnehmen können. (Sehr richtig!) Kein Jude würde konfessionellen jüdischen Unterricht verlangen. (Oho!) Wenn nicht die Herren Rabbiner dasselbe tun sollten, wie unsere Geistlichen tun. (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Grundsatz: Wahrheit, Liebe! kann nur zur Geltung kommen in einer freien deutschen, von allem Bureaukratismus befreiten Schule. (Stürmischer Beifall.)

Lehrer **Betzel**-Berlin bestreitet, daß in der konfessionslosen Schuleinheit allein eine sittlich vollkommene Erziehung möglich sei, wie der zweite Referent behauptet habe. Dann würde es sehr schlecht um unsere Nation stehen. Dann würden aus Baden, Hessen, Westpreußen, Posen wenig sittlich gefestigte Menschen hervorgehen, da dort überall die Simultanschule vorherrsche. Die Bremer wollen eine unserer wichtigsten Provinzen preisgeben. Der Religionsunterricht ist eine der wichtigsten Seiten der Geistesausbildung. (Stürmischer Beifall.) Diese sollen wir nicht einer Macht überlassen, von der wir überzeugt sind, daß von ihr diese Seite der Geistesbildung nicht in geeigneter Weise gepflegt werden wird. (Beifall.) Die Schule hat nie auf ihren Einfluß verzichtet. In Frankreich hat die religionslose Schule seit Jahrzehnten bestanden, aber wie viele Väter haben ihre Kinder hingeschickt? Hat doch sogar der sozialistische Führer Millerand seine Tochter in eine Klosterschule geschickt. (Hört! hört! und Heiterkeit.) In Holland besuchen zwei Drittel der Kinder die Konfessionsschule und nur ein Drittel die weltliche Staatsschule. Wenn im deutschen Reichstag abgestimmt werden sollte, ob die Schulen Religionsunterricht haben sollen oder nicht, ich glaube eine erhebliche Mehrheit würde für den Religionsunterricht stimmen. Machen wir einen Schritt vorwärts und nehmen wir die Thesen Gaertners an. (Stürmischer Beifall.)

Langermann-Barmen begründet einen Antrag, in dem es heißt: Der Lehrertag lehnt nicht nur die Konfessionsschule, sondern auch die Simultanschule ab und fordert die nationale Schule von Pestalozzi-Stein. Der Kuhhandel in Berlin hat gezeigt, daß es sich bei der Simultanschule um eine Machtfrage handelt. Wir müssen fordern: Heraus mit der Hierarchie aus dem Tempel der Schule! (Beifall.) Ich schließe mit den Worten Schillers: „Wir glauben an einen Gott und wollen uns nicht fürchten vor der Macht der Pfaffen." (Beifall.) — Vorsitzender **Röhl**: Ich weiß nicht, ob ich mich verhört habe. Mir war aber so, als ob der Kollege Langermann sich versprochen hätte. Meines Wissens heißt es in dem Zitat: „Wir wollen uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen." (Stürmische Heiterkeit.)

Professor Dr. **Ziegler** steht auf dem Standpunkt Pretzels. Der Bremen-Hamburger Antrag sei eine Art Vogel-Strauß-Politik und eine Kur a la Dr. Eisenbart. (Heiterkeit.) Es sind opportunistische Gründe, die mich gegen diesen Antrag sprechen lassen. Ich will nicht erörtern, ob uns nicht der Radikalismus von Bremen-Hamburg in den Kämpfen, die hinter uns liegen, geschadet hat. Aber ich weiß, daß es uns in Zukunft schaden würde, wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen wollten. Wenn die Herren im Süden lebten, würden sie wissen, daß sie dem Klerikalismus und dem Konfessionalismus keinen größeren Gefallen tun könnten, als mit ihrem Standpunkt. (Stürmischer Beifall.) Beschwören Sie nicht die klerikale Gefahr durch radikale Forderungen herauf! Ich bitte Sie deshalb, aus opportunistischen Gründen: Stimmen Sie für die Simultanschule! (Stürmischer Beifall.)

Ich habe gestern ausgeführt, warum ich für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes eintrete. Ich weiß nicht, wie die Schule der Zukunft aussieht. Was uns aber in der Gegenwart bitter nottut, das ist für unser konfessionell getrennt lebendes Volk ein Modus vivendi zum Zusammenleben. (Stürmischer Beifall.) Die Simultanschule ist eine Forderung sozialer Gerechtigkeit. Was den Kindern der höheren Stände nichts schadet, soll auch denen der niederen nichts schaden. Es ist ja gar nicht wahr, daß unsere Universitäten religionslos sind, sie sind katholisch, protestantisch und simultan. Aber daß sie simultan bleiben und daß der Konfessionalismus nicht auch noch auf andere Fächer übergreift, das müssen wir wünschen. Die Solidarität aller Schulen, von der Volksschule bis zur Universität, muß zum Ausdruck kommen. Vereinigen wir uns deshalb auf der mittleren Linie der Simultanschule. (Stürmischer Beifall.)

Pautsch-Berlin: Der Satz: Die Schule soll unchristlich sein, wird dem Lehrerverein in der nächsten Woche in jedem Kaplanblättchen vorgehalten werden. (Zuruf: Fürchten wir nicht!)

Guttmann-Berlin: Die Gewissensfreiheit ist ein sehr wichtiges Gut im modernen Staat. Er habe sich über den Mut der Bremer Kollegen gefreut, aber deren Resolution sei nicht für die praktische Politik des Lehrervereins geeignet. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es sind noch 25 Redner gemeldet, unter ihnen Reichstagsabgeordneter Kopsch.

Im Schlußwort bemerkt **Lüttgemeier**, er habe gewußt, daß er nicht die Mehrheit finden werde, aber er habe sich für verpflichtet gehalten, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben. (Beifall.) Jedenfalls sei er nicht Einspänner in der Versammlung. Es gibt eine Anzahl Lehrer, die die Simultanschule nicht mehr für mehrwertig, sondern für minderwertig halten. Alle aber seien darin einig, daß man den Eltern nicht die Schulform aufzwingen soll und sie nicht hindern soll, Konfessionsschulen zu gründen. (Beifall.)

Gärtner führt in seinem Schlußwort aus: Auf dem deutschen Lehrertag sind alle Richtungen zu Worte gekommen. Zu derselben Zeit tagt aber in Berlin der katholische Lehrerverein. Dort dürfte man es nicht wagen, anders zu reden als es das Programm vorzeigt. (Stürmischer Beifall.) Die Bremer spielen mit ihrer Resolution va banque. Wir stehen an einem Kreuzwege: ein Arm weist rückwärts zur kirchlichen Schule, der andere vorwärts zur nationalen Schule. Hüten wir uns, Beschlüsse zu fassen, mit denen wir im Volke keinen Resonanzboden haben. Wenn Sie meine Resolution annehmen, können wir mit Befriedigung aus dieser Versammlung scheiden. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Es entsteht eine sehr lebhafte Geschäftsordnungsdebatte über den Abstimmungsmodus. Schließlich werden die Gärtnerschen Thesen gegen eine ganz geringe Minorität (etwa 10 bis 12 Stimmen) unter stürmischem Beifall en bloc angenommen.

Hierauf nimmt zum Schlußwort Reichstagsabgeordneter Oberlehrer **Schubert**-Augsburg das Wort: Wir stehen am Schluß einer denkwürdigen Tagung. Die Lehrerinnenfrage hat eine gewisse Dissonanz hervorgerufen. (Sehr richtig!) Aber nicht der Referent hat den Mißklang in die Versammlung gebracht. (Zustimmung.) Würde die Dame, die heute die Einladung zur Protestversammlung an uns ergehen ließ (Fräulein Helene Lange), in so ruhiger sachlicher Art gesprochen haben, wie der Referent (stürmischer Beifall), ich bin fest überzeugt, die Dissonanz wäre nicht eingetreten. Wenn aber eine Rednerin die vom Referenten aufgestellten Thesen als Beleidigungen bezeichnet und das dreimal wiederholt, so kann man sich nicht wundern, wenn eine gewisse Erregung entsteht. Die verehrte Kollegin wird sich sagen müssen, daß die Forderungen des Referenten nichts Verletzendes enthalten. Die Schuld liegt an den staatlichen und städtischen Verwaltungen, die sich nicht genug daran tun können, alte verdiente Kollegen hinauszuschieben, und die Lehrerinnen an die besten Orte zu stellen. (Stürmischer Beifall.) Glauben Sie nicht, daß wir nicht wissen, daß die Lehrerinnenfrage ein Teil der großen sozialen Bewegung ist; aber wir haben ein Recht, im gewissen Sinne unseren Besitzstand zu wahren. Gleiches Recht für Alle! Dann werden wir auch Frieden auf dem Erziehungsgebiete haben. (Stürmischer Beifall.) Redner wendet sich dann in der Simultanschulfrage gegen die radikalen Forderungen der Bremer. (Unterbrechung und Schlußrufe. Zur Sache!) Sie haben Ihre Meinung geäußert, gestatten Sie, daß ich auch im Schlußworte mich im Namen der Mehrheit der Kollegen äußere. (Stürmische Unterbrechung. Rufe: Unerhört: Großer Lärm.) Man ruft: Unerhört! Es ist unerhört, wenn Sie nicht ein freies Wort dulden wollen. (Unerhört! Wir protestieren! Das ist eine Wiederaufnahme der Debatte! Das ist geradezu eine Maßregelung! — Großer Lärm. Rufe: Hinaus mit den Ruhestörern!) Meine Herren, nehmen Sie doch Rücksicht auf den Ort, an dem Sie tagen. (Stürmischer Beifall.) Ich stehe seit Jahren im Kampf gegen die klerikale Macht. (Minutenlanger Beifall.) Es gehört kein Mut dazu, nach Hause zu gehen und zu sagen, man sei vergewaltigt. Wir haben hier die Aufgabe, in dem katholischen Lande Bayern die Mehrheit der katholischen Lehrer zusammenzuhalten im Lehrerverein. (Stürmischer Beifall.) Wir haben in Bayern die geistliche Aufsicht. Wenn nicht von unserer Seite gegen die hier gesprochenen Worte aufgetreten wird, so sind unsere Kollegen den schwersten Anfeindungen ausgesetzt. (Stürmischer Beifall.) Wir erkennen voll das freie Wort an, aber im Interesse der Lehrer Bayerns war es nötig, das hier zu sagen. Scheiden wir in Frieden! (Stürmischer Beifall und Lärm.)

Auf Antrag des Vorsitzenden wird, um den Mißklang zu beseitigen, dem Vertreter der Bremenser Lehrer, **Lüdekind**, das Wort zu einer kurzen Erklärung gegeben. Dieser erklärt: Der Antrag sei aus langjähriger Erfahrung heraus gestellt. Seine Kollegen nähmen für sich das Recht in Anspruch, frei ihre Meinung zu äußern. Sie achteten das freie Wort der Bayern, stellten aber auch für sich die Forderung des freien Wortes. Es stände besser um Deutschland, wenn jeder den Mut seiner Ueberzeugung hätte. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf schloß der Vorsitzende **Röhl** den Lehrertag.

Fünfte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands.

Chemnitz, 4. Juni.

Erster Verhandlungstag.

Um 11 Uhr eröffnet der Vorsitzende M. Josephsohn die Generalversammlung, begrüßt die Delegierten und erschienenen Gäste und konstatiert mit Genugtuung, daß der Verband in recht erfreulicher Weise sich entwickelt habe, was schon die erhöhte Zahl der Delegierten auf dieser Generalversammlung beweise. Diesmal sind 38 Delegierte anwesend, darunter 5 weibliche. Ferner ist vertreten die Generalkommission durch Sassenbach-Berlin, der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter durch Rettich-Berlin, das Gewerkschaftskartell von Chemnitz durch Haubold-Chemnitz, der Verband der Bureauangestellten durch Müller-Chemnitz und die österreichische Bruderorganisation durch die Kollegen Hirsch und Pollack-Teplitz.

Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, der zwei Jahre umfaßt, macht der Berichterstatter M. Josephsohn noch einige ergänzende Bemerkungen. Die Einnahme betrug in dieser Zeit 82 990,14 M., die Ausgabe für Agitation belief sich im Jahre 1904 auf 4742,94 M. und stieg im Jahre 1905 auf 8561,08 M. Das Verbandsorgan verursachte im Jahre 1904 eine Ausgabe von 4078,22 M., im Jahre 1905 5201,23 M. An Gemaßregeltenunterstützung wurden 150,55 M. ausgegeben. Die Stellenlosenunterstützung erforderte im Jahre 1904 871,10 M. Diese Summe steigerte sich im Jahre 1905 auf 1707,60 M. An Rechtsschutz wurden 1904 616,32 M., 1905 348,82 M. verausgabt. Im Jahre 1904 wurden 1079 Mitglieder und im Jahre 1905 3576 Mitglieder neu gewonnen. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1905 5815, davon sind 3074 weibliche. Die Fluktuation war während dieser Geschäftsperiode besonders groß.

Ferner gibt Redner einige Erläuterungen zu der Wahl der Kaufmannsgerichte. Redner verurteilt die Haltung der Fraktion, die diese zu dieser Frage eingenommen hat. Wenn bei den Kaufmannsgerichten auch nicht viel herausgesprungen ist, so sind doch etliche günstige Bestimmungen durch die Einführung derselben für die Handlungsgehülfen geschaffen.

Die Debatte gestaltet sich äußerst lebhaft. 16 Delegierte sprechen zu diesem Punkt. Eine ganze Anzahl Redner verurteilt die Haltung des Vorstandes, der die Fraktion bestimmen wollte, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der die weiblichen Mitglieder entrechtete. Diese Redner sind der Meinung, die Fraktion habe so gehandelt, wie sie mußte. Ein Hamburger Redner vertritt die Meinung, daß die Fraktion wohl eine Verbeugung vor den bürgerlichen Damen machen wollte.

Nach einem kurzen Schlußresümee seitens des Vorsitzenden wurde auf Antrag eines Revisors dem Vorstand Decharge erteilt.

Auf Wunsch der österreichischen Delegierten wurde der Punkt „Internationaler Kongreß" vorweg genommen. Josephsohn gibt den Bericht und betont, daß die Beschickung der internationalen Kongresse für die Gewerkschaftsbewegung von nur geringer Bedeutung sei, da die Vereinbarungen von den klassenbewußten Arbeitern aller Kulturländer hier getroffen würden, sich meist auf politische Fragen beschränken. Da aber in Deutschland durch die gesetzlichen Bestimmungen eine Teilung der Arbeiterbewegung notwendig ist, so haben die Gewerkschaften nicht den Nutzen davon, wie die Partei. Anerkannt müsse werden, daß durch die dort gegebenen Anregungen bereits auch in anderen Ländern klassenbewußte Handlungsgehülfen-Organisationen entstanden sind. Es wird beschlossen, daß im Anschlusse an den internationalen Kongreß in Stuttgart eine Konferenz der Handlungsgehülfen stattfinden soll.

Die Statutenberatung wird in der Spezialdebatte beraten und zum Teil erledigt. Im § 4 wird folgender Absatz angegliedert: „Mitgliedern, welche beim Eintritt nachweisen, daß sie bis dahin einer freien Gewerkschaft angehört haben, wird die Dauer der Zugehörigkeit zu derselben angerechnet. Voraussetzung hierfür ist, daß das betreffende Mitglied sich bei der früheren Gewerkschaft ordnungsmäßig abgemeldet und die Beiträge bis zum Tage der Abmeldung bezahlt hat". Ferner wird beschlossen, daß bei künftigen Generalversammlungen die Ortsgruppen von 50 Mitgliedern einen Delegierten entsenden. Die Tagesordnung und Anträge zur Generalversammlung sollen möglichst 8 Wochen vorher bekannt gemacht werden.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen werden ½9 Uhr aufgenommen. Von den im ganzen 54 zur Beratung stehenden, die Abänderung des Statuts betreffenden und sonstigen Anträgen wurde eine große Anzahl durch Ablehnung, zum Teil in namentlicher Abstimmung, erledigt, einige fielen und wieder andere wurden zurückgezogen. Annahme fanden folgende Anträge (außer anderen, die mehr interne Verbandsangelegenheiten betreffen): Antrag Leipzig: Die Stellenlosenunterstützung wird von der zweiten Woche (bisher von der dritten) nach Eintritt der Stellenlosigkeit ab auf die Dauer von zehn Wochen (bisher acht) gezahlt. Mit dem letzten Satzteil ist auch der Antrag Stuttgart angenommen. Die Anträge bezüglich des Fachblattes wurden zum größten Teile dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Unter den abgelehnten Anträgen befindet sich auch der, der den Sitz des Verbandes von Hamburg nach Berlin zu verlegen als Ziel hatte. Es fand eine Resolution Annahme, durch die der Vorstand beauftragt wird, Kartellverhältnisse anzubahnen mit verwandten Berufsvereinigungen (Handelsangestellte und Transportarbeiter, Bureauangestellte).

Es wurde beschlossen, daß die neuen Aenderungen des Statuts am 1. Juli 1906 bereits in Kraft treten sollen.

Es folgten hierauf die Wahlen.

Zum Verbandsvorsitzenden wurde Josephsohn wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses verbleibt in Berlin.

Dann hält Julian Borchardt ein Referat über: „Lehrzeit und Frauenarbeit im Handelsgewerbe". Folgende Resolution wurde von ihm vorgelegt:

Resolution.

„Die wirtschaftliche Entwickelung des Handels hat es dahin gebracht, daß weder die männlichen noch die weiblichen Gehülfen durch die sogenannte Lehre etwas Wesentliches lernen können. Unter den heutigen Verhältnissen ist eine „Unterweisung" in allen beim Betriebe des Geschäfts vorkommenden kaufmännischen Arbeiten und gar noch „in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung" (§ 76 des H.-G.-B.) unmöglich. Daher ist die sogenannte Lehrzeit längst keine Lehre mehr, sondern weiter nichts als eine Zeit unerhörter Ausbeutung durch niedrige oder selbst gar keine Entlohnung.

Die Fachbildung, die der junge Mensch braucht, um ein tüchtiger Kaufmann zu werden, kann er sich unter heutigen Verhältnissen nur selbst erwerben durch geeignete praktische Tätigkeit im Berufe und durch geeigneten öffentlichen oder privaten Fachunterricht. Um ihn jedoch hierzu zu befähigen, ist die Grundlage einer gediegenen allgemeinen Bildung unentbehrlich, welche zu vermitteln Aufgabe der Schule ist.

In Erkenntnis dieser Sachlage fordert die fünfte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen:

1. die völlige Beseitigung der sogenannten Lehrzeit und die Anstellung und Entlohnung der jungen Leute beiderlei Geschlechts als das, was sie sind, nämlich als jugendliche Handlungsgehülfen;

2. die Umgestaltung und Hebung unseres gesamten Schulwesens, insbesondere des Volksschulwesens, dergestalt, daß jeder junge Mensch, wenn er die Schule verläßt, mit Wissen ausgerüstet ist, hinreichend, um ihn für unseren Beruf zu befähigen."

Diese Resolution verursachte eine große Debatte.

Der Vorsitzende dankt den Vertretern der Arbeiterschaft für ihr Erscheinen und den Chemnitzer Kollegen für die freundliche Aufnahme und schließt den Verbandstag mit einem Hoch auf den Verband.

Sechster Gautag des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands, Gau Osten (vormals Brandenburg).

Berlin, den 3. Juni 1906.

Vertreten waren 20 Filialen durch 26 Delegierte. Die Bureauwahl ergab Höppner als ersten, Hegebart-Magdeburg als zweiten Vorsitzenden, Mehrlein und Teikner als Schriftführer. Aus dem Bericht des Gauvorstandes ging hervor, daß seit dem letzten Gautag in Stettin 1905 2 Filialen eingingen. Neu gegründet wurden 11. Hinzu kamen von Schlesien 5, von Sachsen 3, von Braunschweig und Provinz Sachsen je 1 Filiale. Die Gesamtzahl der Filialen beträgt 37 gegen 18 im Vorjahre, die Mitgliederzahl 1395 (960). Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 1719,42 M. und eine Ausgabe von 1491,82 M. Im allgemeinen war man mit dem Bericht zufrieden, wünschte jedoch, daß der Gau in Zukunft mehr wie bisher vom Zentralvorstand berücksichtigt würde. — Aus den Situationsberichten der Delegierten ging hervor, daß die Arbeitszeit im Gebiete von 5 Filialen 11 Stunden, in 24 Filialen 10 Stunden, in 5 Filialen 10½ Stunden und in 3 Filialen 9 Stunden beträgt. Die Löhne schwanken zwischen 30—40 Pf. resp. 60—75 Pf. In 12 Orten bestehen Tarifverträge, welche zum größten Teil am 1. April 1907 ablaufen. Der Bauarbeiterschutz ist in den meisten Orten miserabel. — Ueber Agitation im Gau referierte Mehrlein. Er wies auf die Erfolge des Gaubeamten hin, ferner auf die Entwickelung des Gaues und begründete kurz den Antrag des Gauvorstandes auf Ernennung von drei Hülfskräften im Gau. Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen. — Nunmehr erstatteten die Revisoren Bericht, worauf dem Vorstande Decharge erteilt wurde.

Das Referat über Bauarbeiterschutz hielt Nemnitwich-Breslau. Er führte aus: Von der Regierung sei vorläufig nichts zu erwarten. Unsere Aufgabe müsse es sein, tatkräftig für den Bauarbeiterschutz zu agitieren, dafür zu sorgen, daß in allen Orten, wo Organisationen bestehen, Lokalkommissionen für Bauarbeiterschutz gebildet werden, welche Material über Mißstände auf Bauten zu sammeln und den Bauarbeitern Aufklärung über die Notwendigkeit genügender Schutzvorschriften zu geben hätten. Bei dem heutigen Stande der Technik der Dachkonstruktionen sei Gurt und Leine nicht als genügende Sicherheitsmaßregel zu betrachten. Der Dachneigung entsprechende, gut angebrachte Fanggerüste seien zu fordern. Nachdem der Referent die Frage des Bauarbeiterschutzes von der hygienischen und sanitären Seite behandelt hatte, begründete er eingehend die Forderung auf Anstellung von Arbeiterkontrolleuren, welche aus den Reihen der Berufsgenossen gewählt werden müßten. Es wurde beschlossen, sämtliche Mängel an Schutzvorrichtungen dem Gauvorsitzenden behufs Meldung an die Berufsgenossenschaft bekannt zu geben, ferner die Delegierten zu beauftragen, in ihren Orten mit Hülfe der Kartelle zu versuchen, Lokalkommissionen für Bauarbeiterschutz zu errichten. — Beschlossen wurde, über den Antrag Frankfurt a. O., pro Mitglied vierteljährlich 10 Pf. zu erheben, um einen Fonds zu sammeln, aus welchem die Kosten für die Delegation zu den Gautagen bestritten werden sollen, durch Urabstimmung im Gau entscheiden zu lassen. Es folgt der Antrag des Gauvorstandes: Jede Filiale bis 100 Mitglieder entsendet einen Delegierten, für je weitere 50 Mitglieder kann ein Delegierter mehr gewählt werden. Hierzu wurde folgender Zusatzantrag angenommen: Sendet eine Filiale darüber hinaus noch Delegierte, so hat sie für diese die Kosten zu tragen. — Der nächste Gautag findet Ostern 1907 in Frankfurt a. O. event. in Wittenberg statt. — Janell fordert die Delegierten noch auf, in den einzelnen Filialen Stellung zu nehmen zu der Differenz zwischen Ausschuß und Preßkommission. Als Vorsitzender wurde Kollege Höppner wiedergewählt. Die Wahl der beiden anderen Vorstandsmitglieder bleibt der Filiale Berlin überlassen. Nach einem kurzen Schlußwort des Gauleiters wurde der Gautag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Siebenter Verbandstag des Zentralverbandes der Konditorgehülfen, Pfeffer- und Lebküchler und verwandten Berufsgenossen.

Hamburg, 5. Juni.

In der Sitzung am Dienstagvormittag wurde in der Statutenberatung fortgefahren. Nach reger Aussprache wurde beschlossen, daß den Lokalkassen 20 Proz. der Einnahmen verbleiben sollen.

Bezüglich der Anstellung von Orts- und Gaubeamten liegt ein Antrag Berlin vor: „Die Kosten trägt die Zentralkasse; Mitgliedschaften, welche einen Beamten anstellen, behalten von den Beiträgen nur 5 bezw. 2½ Pf.; das Vorschlagsrecht haben die Mitgliedschaften, in Streitfällen entscheidet der Ausschuß." Der letzte Passus fand scharfe Anfechtung, weshalb er zurückgezogen wurde. In Verbindung mit dieser Angelegenheit wurde die Frage der Anstellung von Gauleitern erörtert.

Nur die Delegierten aus Nürnberg erhoben gegen die Anstellung von besoldeten Gauleitern Widerspruch; sie erklärten, daß ihre Mitglieder dafür nicht zu haben seien. Der Vertreter der Generalkommission wies diese Bedenken zurück und trat, auf die Erfolge anderer Verbände verweisend, lebhaft für die Anstellung von Gauleitern ein, weil nur dadurch die Agitation in die rechten Bahnen gelenkt und die Fluktuation unter den Mitgliedern eingedämmt werden könne. Gegen die Stimmen der Nürnberger Delegierten wurde die Anstellung von zwei Gauleitern, je einer für Nord- und Süddeutschland, beschlossen.

Eine lebhafte Debatte riefen die zur Regelung der Beamtengehälter gestellten Anträge hervor. Es waren die alten Gründe, die gegen eine angemessene Besoldung ins Feld geführt wurden: Rücksichtnahme auf die Mitglieder, die nicht verstehen könnten, daß die Verbandsbeamten über eine höhere Einnahme verfügten als die im Gewerbe tätigen Kollegen, Leistungsunfähigkeit des Verbandes usw.

Da der Vertreter der dänischen Bruderorganisation heute abzureisen gedenkt, wird zunächst hinsichtlich der Unterstützung der reisenden Mitglieder beider Verbände der Anbahnung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses das Wort geredet. Ein dahin zielender Antrag wird angenommen. Die Ausführungsbestimmungen sollen zwischen den Vorständen beider Verbände geregelt werden.

Es werden sodann die zur Statutenberatung noch vorliegenden Anträge erledigt. Der Antrag Berlin auf Einbehaltung von 5 bezw. 2½ Pf. pro Mitglied für die Besoldung der Ortsbeamten findet Annahme. — Das Gehalt der Gaubeamten wird auf 1800 M. bemessen, das Gehalt der Lokalbeamten soll den örtlichen Verhältnissen entsprechend geregelt werden.

Der Punkt „Streiks und Lohnbewegungen" gibt Anlaß zu einer längeren Diskussion. Von mehreren Rednern wird hierzu ausgeführt, daß unter keinen Umständen höhere Unterstützungssätze gezahlt werden dürfen, als der Lohn an den betreffenden Orten beträgt. Um der Ausbeutung der Verbandskasse vorzubeugen, schlägt der Vertreter der Generalkommission, Sabath, vor, die vollen Unterstützungssätze nur an diejenigen streikenden Mitglieder zu gewähren, die mindestens 6 Monate dem Verbande angehören. Beschlossen wird, die Unterstützungssätze bei Streiks und Lohnbewegungen nach den örtlichen Verhältnissen zu regeln. Die Streikunterstützung gelangt vom ersten Tage ab zur Auszahlung. Der volle Unterstützungssatz wird nur an diejenigen Mitglieder gewährt, die 26 Wochen dem Verbande angehören. Von Mitgliedern, die am Streikort in geregelten Betrieben arbeiten, kann während der Streikdauer eine Extrasteuer bis zur Höhe des 10. Teiles vom Wochenlohn erhoben werden. Eine längere Debatte entspinnt sich über die zu den Ausführungsbestimmungen des Streikreglements gestellten Abänderungsanträge.

Aus Industrie und Handel.

Eine Gewerkschaftsbank.

Eine interessante Neuerung in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist die Gründung einer Gewerkschaftsbank in Chicago. In der Lassallestraße 92 öffnete die „Commonwealth Trust and Savings Bank" am 19. Mai ihre Pforten. Das Aktienkapital beträgt 500 000 Dollar, eingeteilt in Fünfdollar-Aktien. Von dieser Summe ist die Hälfte subskribiert. Kein Teilhaber kann über mehr als 5000 Dollar Aktien erlangen. Die Bank ist unter den Staatsgesetzen von Arizona organisiert, die nicht die Einzahlung eines bestimmten Aktienkapitals vor der Eröffnung verlangen. In Illinois, also für Chicago, wird ein Mindestbetrag von 200 000 Dollar verlangt. Der Präsident, George W. Dreblow, ist ein erfahrener Bankier, ebenso der Kassierer, der 15 Jahre bei der Illinois Trust Company angestellt war. Nach den Statuten müssen von den elf Direktoren wenigstens sechs den organisierten Arbeitern angehören. Es wird erwartet, daß alle Gewerkschaften von Chicago ihre Gelder bei der Bank deponieren werden, wodurch dem neuen Unternehmen eine große Geldquelle eröffnet würde, denn auf mehrere Millionen Dollar könnte man diese Gelder veranschlagen. Schon lange hat man in den Kreisen der organisierten Arbeiter den Plan einer Bankgründung erwogen und man fand immer mehr Ermutigung in Gewerkschaftskreisen, bis man endlich an die Verwirklichung der Idee ging. Zahlreich beteiligten sich die Mitglieder der Gewerkschaften durch Entnahme von je 6 Aktien a 5 Dollar. Mancher kleine Arbeiterverband beteiligte sich an dem Unternehmen, aber es bleibt abzuwarten, wie weit die großen Unionen sich dabei engagieren werden und ob sie ihre wohlgefüllten Kassen dem Institut zur Verwaltung übergeben werden. Eine vorsichtige Zurückhaltung wäre ganz natürlich und berechtigt. — Auf den ersten Blick hat die Sache viel Bestechendes. Erfüllt sich die Erwartung der Gründer der Bank, haben die organisierten Arbeiter genug Selbstvertrauen, übertragen sie die Verwaltung ihrer großen Vermögen mehr und mehr der eigenen selbstgegründeten Bank, die unter ihrer Aufsicht und Leitung steht, so würde diese Bank bald ein mächtiges Finanzinstitut werden und den Gewerkschaften eine größere Gewähr und Sicherheit bieten als die Banken, denen sie bisher ihre Gelder anvertrauten und auch ihre Zinsen würden bedeutend größere werden. Für Produktions- und Konsumgenossenschaften würde eine eigene Bank noch von manchem besonderen Vorteil sein. Nun ist aber zu bedenken, daß eine Bank die Gelder anlegen, also festlegen muß, um damit Geschäfte als Finanzinstitut zu treiben. Das Vermögen einer Gewerkschaft aber ist der Kriegsschatz, der in barem Gelde jederzeit vorhanden sein muß, um in dem Kampfe mit dem Riesen Kapital nicht den kürzeren zu ziehen. Eine gefüllte Streikkasse, über die man frei disponieren kann, ist fast bei jedem Streik die Vorbedingung des Sieges. Stehen einige große Arbeiterverbände im Streikkampfe, so kann die Bank in Bedrängnis kommen. Greift der Kampf um sich, so wird das Bankproblem verwickelt und leicht können die Rücksichten auf die Bank Niederlagen im wirtschaftlichen Kampfe herbeiführen.

Wer bezahlt die Biersteuer? In dem aufregenden Wettlauf um das Nichtbezahlen der Biersteuer ist das wahrscheinliche Endresultat noch wenig berücksichtigt worden, allerdings nicht ganz ohne Schuld derjenigen, welche schließlich die Leidtragenden sein werden. Die Gastwirte stehen zunächst vor einer vollendeten Tatsache. Die Brauereien haben den Bierpreis um einen Betrag erhöht, welcher den der Steuer ganz enorm übersteigt, und es ist damit zu rechnen, daß die Brauereien den gefaßten Beschluß rücksichtslos durchführen werden.

Die im Gastwirtsberufe immer noch zahlreich vorhandenen, meist nur vegetierenden Kleinbetriebe werden dadurch in ihrer Existenzmöglichkeit zweifelsohne schwer getroffen, und suchen sie vorläufig noch vergeblich nach einem angemessenen „Ausgleich". Sehr naheliegend ist dabei der Gedanke, durch „angemessene" Erhöhung der Preise für Speisen den Ausfall wett zu machen. Soweit dadurch die Allgemeinheit betroffen wird, hat sich die Presse ja auch schon mit dieser „angenehmen" Perspektive befaßt. Die Gastwirte verabfolgen aber nicht nur gegen Entgelt Speise und Trank, mit verschwindenden Ausnahmen sind ihre Angestellten auf „Kost im Hause" angewiesen. Es ist nun naheliegend, daß die Angestellten im Gastwirtsgewerbe diejenigen sein werden, auf deren Kosten mit die „Gesundung des Küchenetats" vollzogen wird. Bei den Konkurrenzverhältnissen der Unternehmer unter einander werden diese immer wieder mit der Tatsache rechnen, daß gute und möglichst wohlfeile Küche die beste Reklame für das Geschäft ist.

Um die für den Betrieb notwendigen Gehülfen zu bekommen, hat der Unternehmer aber nicht nötig, in irgend einer Weise Reklame zu machen. Die industrielle Reservearmee stellt große Scharen Dienstwilliger zur Verfügung.

Nun gibt es allerdings Leute in den Gehülfenkreisen, welche meinen, die jetzt gewährte Kost sei zumeist schon so miserabel, daß durch noch weitere Verschlechterung der Unternehmer nur ganz verschwindend wenig sparen könnte. Das mag sein.

Das Unternehmertum kennt aber auch noch andere Mittel, die Geschäftsspesen zu verringern. Die anderweit übliche Lohnreduzierung ist im Gastwirtsgewerbe oft nicht durchführbar, weil Hausdiener, Kellner und nun schon gar Kellnerinnen sehr häufig gar keinen festen Gehalt bekommen, sondern lediglich auf Trinkgelder angewiesen sind. Was nun? Wo nichts ist . . .! Doch der Mensch muß sich zu helfen wissen! Das Unternehmertum wird immer mehr den nicht ungewöhnlichen Weg wandeln, einen Teil des Trinkgeldes der Angestellten für sich zu beanspruchen, und bei Gehaltszahlung macht man Abzüge. In einem hiesigen größeren Betriebe z. B. soll den 40 Kellnern ein Abzug von 9,50 M. pro Person und Monat gemacht werden. Der Abzug wird „Bruchgeld" firniert. Es könnte ebensogut heißen: Beitrag zur Deckung der Biersteuer!

Ob nun wenigstens die Gastwirtsgehülfen erkennen, wie der Karren laufen wird, und sie zur Einsicht kommen, daß sie durch die Organisation sich der ihnen liebevoll zugedachten Last erwehren können und müssen?

Trotzbuße. Angeblich von einer der Verwaltung der Hannoverschen Maschinenbau-A.-G. nahestehenden Seite wird der Presse mitgeteilt, daß infolge des Streiks für das Ende Juni zu Ende gehende Geschäftsjahr nur 20 Proz. Dividende verteilt werden könnten, gegen 25 Proz. im Vorjahre. Da das Aktienkapital 4 643 100 M. beträgt, stellt sich der Ausfall für die Aktionäre auf 232 155 M. Mit dieser Summe könnte man die Forderungen der Arbeiter erfüllen. Aber nein, es muß Herr im Hause gespielt werden.

Soziales.

Ein pommersches Idyll für untere Beamte.

Ein aus Ueckermünde gebürtiger Parteigenosse benutzte die Pfingstfeiertage zum Besuch seiner Vaterstadt. Er teilt uns über die soziale Rückständigkeit des pommerschen Städtchens, insbesondere der oberen pommerschen Behörden, eine Reihe von Tatsachen mit, die für pommersche und ostelbische Kleinstädte typisch sind und klar zu legen geeignet sind, wie der Mittelstand und die unteren Beamten durch Akte der Obrigkeit selbst unzufrieden gemacht und dadurch zum Nachdenken über die heutigen Zustände veranlaßt werden. Unser Gewährsmann ist der Ansicht, daß das Feld zur Bearbeitung mit sozialdemokratischen Bestrebungen in Ueckermünde überraschend gut durch die Behörde geebnet sei. Aus seinem Bericht seien einige Tatsachen mitgeteilt.

1. Der Arbeiter Bassow war Holzmeister bei der Stadt. Er beschwerte sich über den Ueckermünder Bürgermeister Witt. Vor Entscheidung über diese Beschwerde wurde er nach fünfjähriger Tätigkeit ohne jede Begründung plötzlich entlassen. Der ihm zustehende Lohn wurde nicht gezahlt. Er beantragte darauf bei der Ueckermünder Polizeiverwaltung ein sogenanntes Armenattest, durch welches bescheinigt wird, daß er die zur Bestreitung der Prozeßkosten erforderlichen Mittel nicht besitze. Derselbe Bürgermeister, dessen Verhalten Anlaß zu dem Klagewege gegeben hatte, verweigerte jedoch das Attest. Der bis dahin streng ordnungsparteiliche Arbeiter erhoffte einen gerechteren Entscheid von den vorgesetzten Behörden. Aber auch der Landrat, der Regierungspräsident, ja auch der Minister des Innern bestätigten die ablehnende Entscheidung. Nach ihrer Ansicht könne Bassow die für die Einklagung von 32 M. vom Staat geforderten Kosten nach seinen Einkommensverhältnissen sehr wohl zahlen. Und diese Entscheide ergingen, wiewohl Bassow durch Atteste nachwies, daß er seine Frau und vier Kinder zu ernähren habe, daß er ohne Vermögen sei und jetzt die durch schwere zehnjährige Arbeit ersparten 130 M. verzehren müsse, da er zeitweilig ohne Arbeit sei. In seinen Beschwerden hatte er weiter nachgewiesen, daß er zu einem Einkommen von jährlich 300—420 M. veranlagt sei und daß nach den Ueckermünder Lohnverhältnissen, wenn er ständig Arbeit habe, nach Abzug von Miete und Feuerung ihm pro Kopf und Tag zur Ernährung und Kleidung volle 20, sage und schreibe zwanzig Reichspfennige blieben. Bassow klagte hierauf ohne Armenattest den ihm zustehenden Lohn von 32 M. gegen die Stadt ein. Die Stadt zahlte nunmehr ohne eine Verurteilung durch Erkenntnis abzuwarten. Ob Bürgermeister, Landrat, Regierungspräsident und Minister das Bibelwort kennen: dem Arbeiter den Lohn vorzuenthalten ist eine Sünde, die zum Gott Zebaoth schreit?

2. Dem Stadtförster in Ueckermünde war von dem Bürgermeister Witt untersagt, ohne Urlaub die Stadt selbst in dienstlichen Angelegenheiten zu betreten, da die Dienstinstruktion das Verlassen des Dienstbezirkes ohne Urlaub nicht gestattet. Dies Verbot erging, wiewohl der Förster im Stadtgebiet wohnt. Der Regierungspräsident zu Stettin wies des Stadtförsters Beschwerde zurück. In dem Bescheid gab er der Annahme Raum, der Förster erstrebe bestimmte Dienststunden, obwohl dies tatsächlich nicht der Fall war. Die Dienstinstruktionen legte er dahin aus, daß ein Verlassen des Dienstbezirkes ohne Urlaub in der Regel nicht stattfinden solle. Auch der Oberpräsident wies die Beschwerde zurück, da die Beamten ihre Zeit und Kraft ganz dem Dienste widmen sollten und ihren Wohnort ohne Vorwissen und Genehmigung ihrer Vorgesetzten nicht verlassen dürften. Regierungspräsident und Oberpräsident haben also wohl, ohne die Tragweite ihres Entscheides ganz zu übersehen, das Verbot des Bürgermeisters bestätigt, wiewohl der Wohnort des Försters Ueckermünde ist und das Verbot des Bürgermeisters ja gerade dahin geht, daß der Förster sich nicht zu seinen Lebensbedürfnissen in Ueckermünde frei bewegen darf, der Förster also von allem abgeschnitten ist und ein Verlassen des Wohnortes garnicht in Frage steht. Und doch sind beide hohen Beamten der Ansicht, die Rechte der unteren Beamten werden von oberen Behörden geschützt.

3. Dem Stadtförster wurde die Teilnahme an jeglicher Jagd vom Bürgermeister untersagt. Auch hier war eine Beschwerde erfolglos. Der Regierungspräsident wies die Beschwerde zurück, weil die Verfügung zurzeit begründet sei. Der Oberpräsident gelangte zu der abweisenden Entscheidung durch die Erwägung, daß die Förster, abgesehen von ihren Urlaubszeiten, einen Rechtsanspruch auf Jagd nicht hätten.

4. Der Ueckermünder Jagdpächter hatte wegen Wildschadens den Abschuß von Rotwild durch eine Eingabe an die Polizeiverwaltung unter Beifügung eines Attestes des Stadtförsters beantragt. Die Polizeiverwaltung gab die Sache an den Landrat weiter. Nun schickte der Bürgermeister Witt einen Polizeibeamten zur Untersuchung an den Tatort. Eine etwa 160 Morgen große Holländerei. Der Beamte fand an einer Stelle Wildschaden, dann fuhr der Bürgermeister in Begleitung dieses Beamten hinaus, fand an einer anderen Stelle auch Wildschaden. Der Beamte machte ihn auf den von ihm (an einer anderen Stelle) gefundenen Wildschaden aufmerksam. Der Bürgermeister ging jedoch nach der bezeichneten Stelle nicht hin, untersuchte auch nicht weiter, berichtete aber dann, daß nur einmal im Laufe des Jahres Wildschaden festzustellen gewesen sei. Nach dem Gesetz ist bekanntlich wiederholter Wildschaden festzustellen, um Abschuß zu erlangen. Die Beschwerde des Jagdpächters, daß der Bürgermeister seine Pflicht nicht erfüllt und entgegen den Tatsachen berichtet habe, wurde sowohl vom Regierungspräsidenten wie von den Ministern der Landwirtschaft und des Innern zurückgewiesen. Es wurden zwar die vom Jagdpächter genannten Zeugen vernommen. Diese bestätigten auch die Angaben des Pächters. Aber, heißt es in dem Bescheide, ohne auf das Ergebnis der Beweisaufnahme irgendwie einzugehen, das Verfahren des Jagdpächters habe dem Gesetz nicht entsprochen. Was dem Jagdpächter hier passierte, kann auch jeden durch Wildschaden geschädigten kleinen Bauer treffen.

5. Der Ueckermünder Stadtförster erhielt von der Stadt den Auftrag, sich mit dem Käufer der Tonausnutzung seines Dienstlandes über seine Rechte zu einigen, da der Verkauf der Nutzung für die Stadt sehr vorteilhaft war. Der Förster einigte sich mit dem Käufer, daß dieser bei Abschluß des Vertrages ihm 750 M. zahlen solle. Die Stadt schloß mit dem Käufer ab, verlangte aber auf Veranlassung des Bürgermeisters, daß er die für den Förster bestimmte Entschädigung an die Stadt zahle. Dies geschah mit Billigung der Stadtverordneten. Der Regierungspräsident wies die Beschwerde zurück, da kein öffentliches rechtliches Verhältnis vorliege. Der Oberpräsident lehnte die weitere Beschwerde ab, weil der Förster sein Land nur landwirtschaftlich benutzen könne und daher die städtischen Behörden ihre Befugnisse nicht überschritten hätten, wenn sie ihre Zustimmung zu dem Vertrage, in dem eine Entschädigung für Entnahme von Ziegelerde vereinbart wurde, an Bedingungen knüpften. Der Oberpräsident übersah hierbei: nicht der Förster, sondern die Stadt verkaufte die Ziegelerde und der Förster gab zu diesem Verkauf seine für die Stadt nötige, aber nicht erzwingbare Zustimmung. Die Stadt nahm die mit dem Förster auf 750 M. stipulierte Entschädigung, zahlte hiervon aber nur 300 M. an den Förster.

Das eine kleine Auslese aus dem uns zur Verfügung gestellten Material.

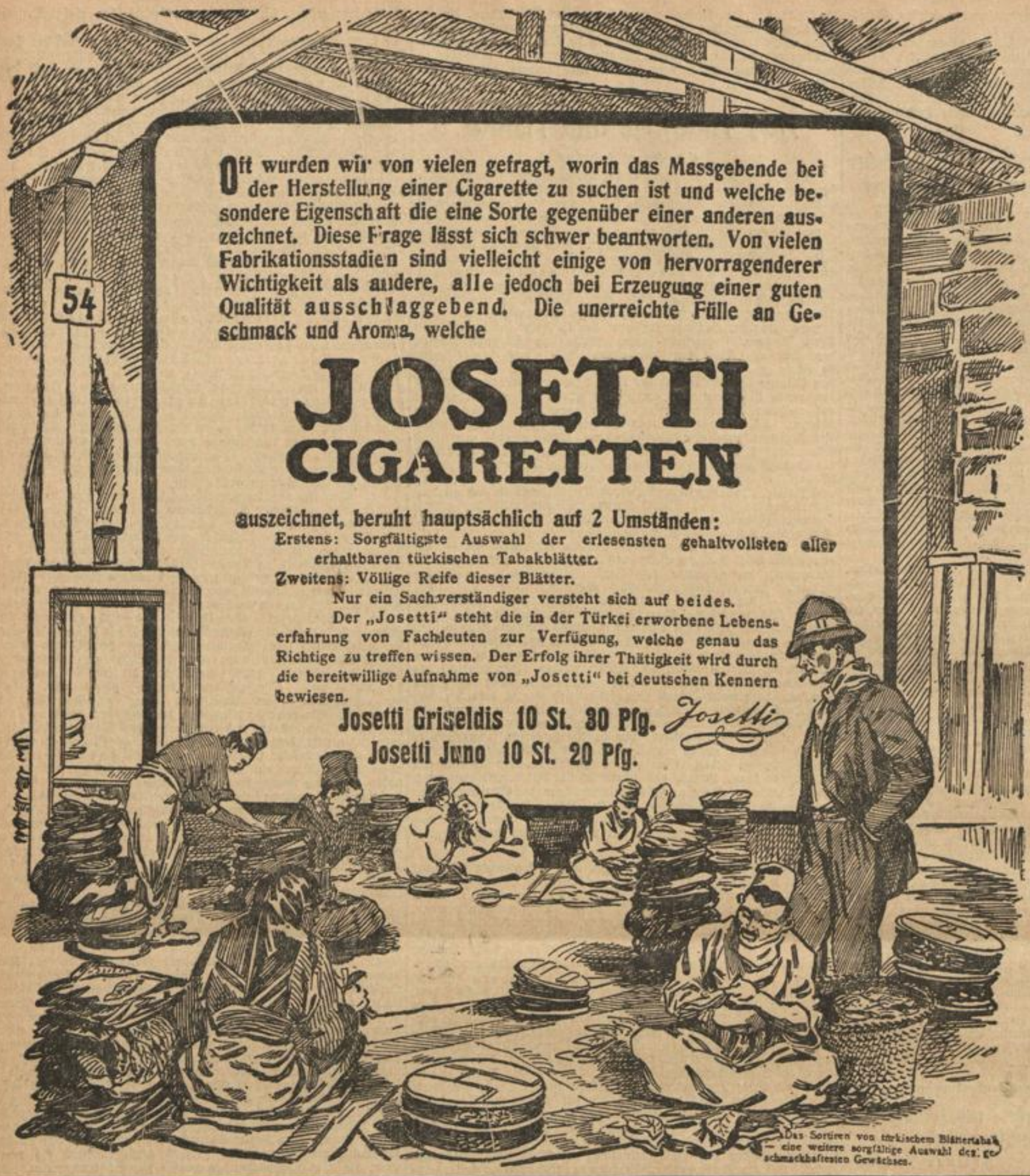
Es muß in der Tat ein erhebendes Gefühl für die kleinen Beamten sein, Ordnungsstützen in Ostelbien zu sein. Hoffentlich werden sie durch die Behandlung, die man ihren Rechten bis in die höchsten Instanzen angedeihen läßt, nicht nur in Pommern aufgeklärt. Den hohen Behörden statten wir für die Revolutionierung der Köpfe der unteren Beamten unseren aufrichtig gefühlten Dank ab.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratische Frauenorganisation in Holland. Ein sozialdemokratischer Frauenklub ist dieser Tage in Rotterdam von weiblichen Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet worden. Der Klub hat sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterfrauen mit dem Streben der Partei bekannt zu machen, und zwar durch Hausbesuche, Verbreitung leicht faßlicher Lektüre und durch Veranstaltung von Zusammenkünften.

Schöneberg. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am Montag, den 11. Juni, abends 8½ Uhr, bei Obst, Martin Lutherstraße 51, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr Weise spricht über: „Was ist Glück und hat die Arbeiterfrau ein Recht darauf?" Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Gäste, Herren und Damen, willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.



Oft wurden wir von vielen gefragt, worin das Massgebende bei der Herstellung einer Cigarette zu suchen ist und welche besondere Eigenschaft die eine Sorte gegenüber einer anderen auszeichnet. Diese Frage lässt sich schwer beantworten. Von vielen Fabrikationsstadien sind vielleicht einige von hervorragenderer Wichtigkeit als andere, alle jedoch bei Erzeugung einer guten Qualität ausschlaggebend. Die unerreichte Fülle an Geschmack und Aroma, welche

JOSETTI CIGARETTEN

auszeichnet, beruht hauptsächlich auf 2 Umständen:

Erstens: Sorgfältigste Auswahl der erlesensten gehaltvollsten aller erhaltbaren türkischen Tabakblätter.

Zweitens: Völlige Reife dieser Blätter.

Nur ein Sachverständiger versteht sich auf beides.

Der „Josetti" steht die in der Türkei erworbene Lebenserfahrung von Fachleuten zur Verfügung, welche genau das Richtige zu treffen wissen. Der Erfolg ihrer Thätigkeit wird durch die bereitwillige Aufnahme von „Josetti" bei deutschen Kennern bewiesen.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg. *Josetti*

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Das Sortiren von türkischem Blättertabak — eine weitere sorgfältige Auswahl des geschmackhaftesten Gewächses.

Steppdecken

1327L*

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2.85

Similiseide / Wollatlas in den Farben rot, blau, oliv 4.85 6.75 / 5.25 7.50

Bunte Normal-Schlafdecken 1.50 2.50 3.50

Wolldecken ganz dick fehlerhaft 3.00 4.00

Spezial-Haus **Emil Lefèvre,** Oranienstraße 158. Berlin S.

Dr. med. Ad. Schlesinger, pr. Naturarzt und **Magnetopath** wohnt jetzt 29619/9* **Belle-Alliancestr. 5** nahe Hallesches Tor (Spr. 11-2, 5-7) Telephon Amt 6a, 14914. Mitglied des Vereins der freigewählten Kassenärzte.

Reichels Universal- **Magenpulver** Magenstärkend, die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend. Stets prompt in seiner Wirkung. Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 frk. Berl. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Alle Wanzen werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Russen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 12392* — Zahlreiche Anerkennungen. —

1000 Mark Belohnung zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 213/29.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 110/9* **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Zwecks Umwandlung meiner Piano-Fabrik in eine G. m. b. H. suche einige Teilnehmer. — Vorhandenes Kapital 10 000 M. — Offerten an A. Lüddemann, Grünauerstraße 19. 22415

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1509R*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00. Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1542R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 263/3

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 1505R*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1506R*

Fahrräder von 40,00 an. Sämtliche Zubehörteile, Reparaturwerkstatt, billig, gut ausgeführt. Köhne, Reichenbergerstraße 17. 1541R*

Fahrräder „National", beste deutsche Marke, billigste Preise, leichte Zahlungsbedingungen. Fabriklager von Fritter & Roßmann, Rosenthalerstraße 19.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Metallbetten, zwei hochelegante, 100,00, abreisehalber Ritterstr. 112, II.

Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 130/19

6,00 gutgeschrieben erhält Selbstkäufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen. Zahle bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Lüsiterstraße 90. †28*

Schankgeschäft billig verkäuflich Mantteuffelstraße 20. †1

Elegantes Plüschsofa, Säulentrumeau, Salongarnitur, Garderobenschrank, hochelegant, 125,00. Invalidenstraße 40/41, hochparterre. 131/1

Restauration mit vollem Schank, Billard und Vereinszimmer, Baugegend, wegen Krankheit zu verkaufen. Näheres Volkmann, Urbanstraße 68. †107

Zigarrengeschäft, flotgehend, verkauft wegen Ueberbürdung sofort billig Julius Stiehm, Wittenberge, Bezirk Potsdam. 2239b

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Naß, Mulackstraße 14. 2247b*

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1429R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2172b*

Aelterer Sparverein nimmt noch neue Mitglieder auf, jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, im Restaurant Volkmann, Urbanstraße 68. †107

Zahnärztliche Poliklinik, Weinbergsweg 11, 1—3 Uhr. Zahnziehen mit Zahnfleischbetäubung umsonst. Künstlicher Zahnersatz, Gold-Porzellanfüllung Klinikpreise. 265/7*

Kleiderspind kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. 130/16*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle Wallstraße 35, vorn III.

Mietsgesuche.

Gesucht zum 1. Oktober Stube, Kammer, Küche, Bad, ruhiger Mieter, pünktlicher Zahler. Offerten „M. 31", Postamt 68. 1610R

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. R. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzendste Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spichernstraße 11/12. 207/19*

Schlosser für Eisen-Hoch- und Brückenbau, Fenster- und Blechtreppenkonstruktionen sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47. 2234b

Sechs Töpfer, nur nüchterne, saubere, verlangt zum Sonnabend Wallnig, Töpfermeister, Marburgerstraße 7. 130/20

Zwei Farbigmacher, Pankstraße 22.

Schlossergesellen auf Fenster, Gitter und Türen verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. *

Zusammensetzer auf Perlmutt verlangt Crosinsky, Köpenickerstraße 154. 2248b

Acht Kolonnen Innenputzer werden verlangt Friedrich Karl-Ufer 2/4. †71

Tischler von Maschinenfabrik gesucht. Knorr-Bremse, G. m. b. H., Boxhagen-Rummelsburg, Neue Bahnhofstraße 11/12. 2243b

Tüchtige Barockvergolderin verlangt Goldleistenfabrik, Reichenbergerstraße 88. 2246b*

Wäschenäherin verlangt, Oberhemden, höchsten Lohn, Buckowerstraße 10. †1*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gemeinsame Ortskrankenkasse Nowawes und Umgegend.

Bei hiesiger Ortskrankenkasse ist die Stelle eines **Kassenbeamten** zu besetzen. Das Anfangsgehalt beträgt 1600 M. jährlich. Geeignete Bewerber wollen bis zum 9. d. M. ihre Eingaben bei dem Vorsitzenden Herrn Schlossermeister Herm. Kabbert, Neuendorf, Blücherstr. 3, einsenden. 274/6

Nowawes, 1. Juni 1906.
Der Vorstand: H. Kabbert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Die Bautischlerei von **Kastner, Münchenerstraße 46,** ist wegen Differenzen **gesperrt.** 86/11*

Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Metschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Puttkamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Naucksche Buchdruckerei, Stallschreiberstraße 5.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
Werner, Lindenstraße 3.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.
Heckendorff, Reichenbergerstraße 36.
Schreiber & Co., Luckauerstr. 7.

Diese Betriebe sind gesperrt!
Vor Arbeitsannahme wird gewarnt!
Zuzug ist streng fernzuhalten!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen **Streik** und **Lohndifferenzen** sind gesperrt:

Für **Tischler, Polierer** und **Maschinenarbeiter**
Franz Schulz, Frankfurter Allee 28.

Für **Korbmacher:**
Stralauer Glashütte.

Für **Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter** und **Bildhauer**
Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstr. 33.
Nähmaschinenfabrik Frister & Rossmann, Skalitzerstraße.

Für **Stellmacher** 85/1
Motorwagenfabrik **Gottschalk** in **Reinickendorf.**

Für **Bürstenmacher:**
Der **Innungsnachweis,** Brunnenstraße 154.

Für **Parkettbodenleger**
Die Firma **Pompluhn,** Zwischenmeister Petsch, Bau **Niebuhrstraße 76, Siebeltstraße,** Parzelle 2.
Bau **Bernd,** Schöneberg, Ebersstr.

Für **Einsetzer**
die Bauten der Firma **Kirchner** in **Großenhain** (Zwischenmeister Zimmermann): **Marsiliusstraße 21; Boxhagen-Kopernikusstr. 5 u. 6; Kurfürstendamm 178; Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraßen-Ecke 12 k; Tempelhof, Dorfstraße,** Ecke Reinhardtstraße.
Ferner die Bauten der Firma **Leibe u. Co.,** Halensee, Johann Georgstraße 19/20.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sechster Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ in München.

In den festlich geschmückten Räumen der „Alhambra“ fanden sich während der Pfingstfeiertage die Delegierten des Bundes zusammen, um die sehr umfangreiche Tagesordnung des Sechsten Bundestages zu erledigen. Vorstandsmitglied Althaus erstattete den Vorstandsbericht, dem wir folgendes entnehmen: Mit der in Erfurt im Jahre 1904 beschlossenen Zentralisation kann man sehr zufrieden sein. Ende 1904 zählte der Bund 24 846, Ende 1905 37 896, zurzeit zirka 43 500 Mitglieder, er ist damit mit an erste Stelle deutscher Radfahrerverbände gerückt. Die Arbeiten im Vorstande haben sich so gehäuft, daß nicht nur eine zweite Kraft angestellt, sondern auch noch eine weitere Hülfskraft zugezogen werden mußte. Das Einkehrstellenwesen verursache manche Mißhelligkeiten, es müsse mit mehr Vorsicht behandelt werden. Der Rechtsschutz wird manchmal mißverständlich aufgefaßt, er werde nur in Fällen prinzipieller Natur, nicht für private Interessen gewährt. Vorstandsmitglied Sachs erstattete den Kassenbericht. Er bezog sich auf den bereits veröffentlichten Bericht für 1905. In den fünf Monaten des Jahres 1906 betrugen die Gesamteinnahmen 43 131,53 M., nach Abzug der Ausgaben verbleiben 8699 M.; das Bankguthaben beträgt 27 364,11 M. Dadurch, daß verschiedene Mitglieder, die das österreichische Zollgebiet überschreiten, die Grenzkarten nicht zur vorgeschriebenen Frist zurückgeben oder diese Frist nicht verlängern lassen, entstehen dem Bunde unnötige, gar nicht unbedeutende Ausgaben, die bei erhöhter Aufmerksamkeit der betreffenden Mitglieder vermieden werden könnten. In der an den Vorstands- und Kassenbericht sich anschließenden Debatte verwahren sich besonders die Berliner Delegierten gegen den Vorwurf, daß sie es an Agitation gegen den Freiheitsbund hätten fehlen lassen, dessen Gründung perfekt war, ehe in Erfurt die Zentralisation beschlossen wurde. Auch von anderen Delegierten wurde betont, daß die Vereinsmeierei schwer zu bekämpfen war, der Gedanke der Zentralisation hat sich aber überall Bahn gebrochen und allgemein wächst das Verständnis für ernstere größere Aufgaben. Der Freiheitsbund sei auch besonders dort, wo man ihm kein Gewicht mehr beilegte, zurückgegangen und im Absterben begriffen.

Eine lebhafte Debatte entspann sich beim Punkt Presse über den später wieder rückgängig gemachten Beschluß des Bundesvorstandes, das Bundesorgan nicht mehr in Halberstadt, sondern in Frankfurt a. M. drucken zu lassen. Der Bundesvorstand unterbreitet dem Bundestage den Antrag, das Publikationsorgan des Bundes, den „Arbeiter-Radfahrer“, in eigene Regie zu übernehmen, das Blatt in Rotationsdruck herstellen zu lassen und Vorstands- und Redaktionssitz zusammenzulegen. Dieser Antrag wird angenommen. Zugleich wird beschlossen, eine Preßkommission zu wählen, die über Beschwerden über den Inhalt des „Arbeiter-Radfahrer“ und mit dem Bundesvorstand und dem Ausschuß über Anstellung und Kündigung des Redakteurs zu befinden hat. Außerdem wurde eine Reihe von Vorschlägen zur besseren Ausgestaltung des Blattes zum Beschluß erhoben. Der Bundestag lehnt es dann in namentlicher Abstimmung ab, den Sitz des Vorstandes (und damit den Redaktionssitz) in Frankfurt a. M. zu belassen, es wird vielmehr nach engerer Wahl zwischen Chemnitz und Offenbach Chemnitz als Sitz des Bundesvorstandes bestimmt. Bis 1. Oktober hat das Organ des Bundes dort zu erscheinen. Der Antrag, eine Krankenunterstützung (außer bei Radunfällen) einzuführen, fand keine Zustimmung. Dagegen wird die Einführung einer allgemeinen Sterbeunterstützung (bisher nur bei tödlichen Radunfällen) beschlossen, dafür aber alle übrigen Anträge, die die Bundeskasse belasten würden, abgelehnt. Bezüglich der Abrechnung wird beschlossen, daß ab 1. Januar 1907 zum Markensystem (bisher Abrechnung nach Mitgliedern) übergegangen wird. Als nächster Kongreßort wird Berlin bestimmt. Die Neuwahlen ergaben: Bundesvorstand C. Fischer-Berlin, Kassierer W. Zimmermann-Dresden, Redakteur Labbe-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfrage.

In **Zehlendorf** führen die Genossen einen Kampf um das der Gemeinde gehörige Lokal „Fürstenhof“. Dieses am Bahnhof gelegene Lokal besitzt außer einem Saal auch eine Stehbierhalle, die die Haupteinnahme bringen muß, und deshalb legen unsere Genossen großen Wert darauf, daß diese streng gemieden wird. Während der Feiertage hatten Parteigenossen die Zehlendorf besuchenden Ausflügler durch Handzettel auf diesen Boykott aufmerksam gemacht. Diese Tätigkeit entsprach aber durchaus nicht den Hoffnungen des Wirtes auf ein gutes Pfingstgeschäft. Der Mann rief in seiner Aufregung nach der Polizei, um seinen bedrohten Profit zu retten. Diese war auch schnell zu diesen Diensten bereit, wie sie ja immer auf dem Plane erscheint, wenn es gegen die Sozialdemokratie den bedrohten Staat zu retten gilt. Und bedroht ist schon der Staat, wenn ein Saalverweigerer von den Arbeitern aufs Korn genommen wird. Was die Polizei an diesem Tage alles geleistet, mögen nur einige Hinweise zeigen. Einem Genossen wurden eine Anzahl Handzettel aus der inneren Brusttasche des zugeknöpften Jacketts herausgerissen; einem anderen Genossen wurde das Auf- und Abgehen in der Nähe des Lokales „Fürstenhof“ verboten; außerdem sollen Passanten belästigt worden sein und eine Anzahl Strafmandate deswegen erfolgen.

Man sieht, die Polizei ist auf dem Posten, und da rufen gewisse Leute noch nach mehr Polizei. Bei solchen Gelegenheiten zeigt sich immer das Gegenteil. Mag sein, daß die Polizei da, wo sie sein sollte, nicht zu finden ist, wir aber haben einen Mangel an diesen Gesetzeshütern noch nicht verspürt.

Natürlich werden unsere Genossen sich in ihrem gerechten Kampfe um ein Versammlungslokal durch polizeiliche Nadelstiche nicht irre machen lassen. In gewisser Beziehung wirken solche polizeilichen Maßnahmen für uns. In allernächster Zeit gedenkt die Zehlendorfer Arbeiterschaft ein kleines Jubiläum zu begehen, indem der Wahlverein sein zweihundertstes Mitglied aufnimmt, und es soll bei dieser Gelegenheit der werbenden Tätigkeit des Amtsvorstehers Milinowski in geeigneter Weise gedacht werden.

Wenn nur besonders auch die Berliner Arbeiterschaft den über den „Fürstenhof“ verhängten Boykott auf das gewissenhafteste beachtet, wird es auch gelingen, das Lokal für uns frei zu bekommen. Ausdauer und Zähigkeit führen auch hier zum Ziel!

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Der Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Gastwirts Otto Pätsch ab. Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Ein Vertreter des Spekulantentums.

In dem Kampf um die Wertzuwachssteuer hatte in der Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordnete Kämpf die Rolle eines Wortführers der Gegner dieser Steuer übernommen. Die Offenheit, mit der er dabei für die Terrainspekulanten eintrat, konnte uns nicht überraschen. Herr Kämpf hat hier nur mal ohne Scheu ausgesprochen, was andere seinesgleichen im geheimen denken und wünschen.

Ueberraschung hat er aber, so scheint es, in den Kreisen der Bodenreformer hervorgerufen. In dem von Herrn Damaschke herausgegebenen „Organ der deutschen Bodenreformer“, das sich „Deutsche Volksstimme“ nennt, veröffentlicht Herr Eschwege eine Betrachtung, die, wenn wir ihren Sinn und Zweck richtig verstehen, Herrn Kämpf nachweisen will, daß er im Rathause — gegen seine Ueberzeugung gesprochen habe. Eschwege findet es verwunderlich, daß Kämpf in der Stadtverordnetenversammlung seine ganze Beredsamkeit aufgeboten hat, um vor der Einführung einer Wertzuwachssteuer zu warnen, während derselbe Kämpf doch in dem von ihm erstatteten Geschäftsbericht einer seiner Terraingesellschaften den durch Aufwendungen der Stadt herbeigeführten Wertzuwachs zugestanden habe. Es handelt sich um den Geschäftsbericht der Bodenaktiengesellschaft Berlin-Nord. Darin zählt Herr Kämpf die günstigen Umstände auf, von denen für die Gesellschaft ein Steigen der Terrainpreise zu erwarten sei: den Bau des Virchow-Krankenhauses, den Bau einer Brücke, den Bau eines großen Schulhauses für die technische Mittelschule, für die 14. Realschule und für eine Doppelgemeindeschule, den Plan der Unterpflasterbahn „Nord-Süd“ usw. usw. Um „die zwei Seelen des Herrn Kämpf“ noch deutlicher und möglichst hüllenlos zu zeigen, führt Eschwege zum Schluß aus, der Geschäftsmann Kämpf gründe Aktiengesellschaften, wobei ihm die Kenntnis der städtischen Pläne wertvolle Dienste leiste, und der Stadtverordnete Kämpf bewillige dann Schulbauten, Krankenhäuser, Brücken, Unterpflasterbahnen, Parkanlagen usw., und hinterher erkläre er sich dagegen, daß die Stadt wenigstens einen bescheidenen Anteil an dem mit ihrem Gelde erzielten Wertzuwachs kriege und durch die Wertzuwachssteuer einziehe.

Offen gestanden: wir begreifen nicht ganz, warum Herr Eschwege sich so sehr ereifert. Herrn Kämpfs Leiborgan „Freie Deutsche Presse“ erwidert auf diesen Angriff durchaus mit Recht, daß es doch keine „Verteidigung“ der Wertzuwachssteuer sei, wenn Herr Kämpf in seinem Geschäftsbericht auf den Profit hinweist, den seine Gesellschaft aus den von der Stadt geschaffenen Schulbauten, Brückenbauten usw. zu erwarten hat. Unseres Erachtens besteht zwischen dem Geschäftsmann Kämpf und dem Stadtverordneten Kämpf keinerlei „Unstimmigkeit“. Kämpf kennt den Profit, der den Terrainspekulanten in den Schoß fällt; er ist der Ueberzeugung, daß er ihnen nicht geschmälert werden darf; und er hat dementsprechend in der Stadtverordnetenversammlung sich gegen die Wertzuwachssteuer gewendet. Auf den anderen Vorwurf, daß der vielseitige Mann erst Terraingesellschaften gründe und dann Schulbauten usw. bewillige, antwortet das Freisinnsblatt, es sei genau umgekehrt. Zuerst habe Kämpf die Schulbauten usw. bewilligen helfen und dann erst sei er in die Terraingesellschaft eingetreten, die jetzt den Profit davon hat. Na also! Wir finden, daß Herr Eschwege, dem das Stöckerblatt „Reich“ eine „allerseits anerkannte Sachkenntnis“ nachrühmt, seinen Angriff mit einer Plumpheit ausgeführt hat, wie sie der naivste Ignorant nicht toller fertig gebracht hätte. Was? Wie steht Herr Kämpf nun da?!

Sehr hübsch ist die Idee der „Freien Deutschen Presse“, ihren Gönner und Schützling Kämpf, der als Geschäftsmann ein Vertreter des Spekulantentums ist, als Stadtverordneten in Parallele zu stellen mit denjenigen Stadtverordneten, die das Hausagrariertum vertreten. In Eschweges Artikel war bemängelt worden, daß Kämpf trotz seiner intimen Beziehungen zu Terraingesellschaften in der Stadtverordnetenversammlung überhaupt zur Wertzuwachssteuer gesprochen habe. Darauf erwidert das Freisinnsblatt, dann dürften ja auch Grundbesitzer in der Stadtverordnetenversammlung bei den den Grundbesitz betreffenden Angelegenheiten nicht mitreden und mitstimmen. Dabei verlange die Städteordnung selber, daß den Grundbesitzern die Hälfte aller Mandate vorbehalten werde. Nun, vielleicht erleben wir's noch, daß die Städteordnung dahin abgeändert wird, die andere Hälfte müsse den Terraingesellschaften vorbehalten bleiben. Die „Freie Deutsche Presse“ würde das gewiß ganz in der Ordnung finden — und Herr Kämpf würde schwerlich widersprechen.

Städtische Verkehrs-Deputation.

In der gestrigen Sitzung der Verkehrs-Deputation wurde zunächst über ein Schreiben des Verlegers H. Scherk, betr. das Ueberhandnehmen des gleisfreien Automobilverkehrs auf den Berliner Straßen, verhandelt. Die Verkehrs-Deputation war einstimmig der Auffassung, daß sie nicht in der Lage sei, dem Antrage des Petenten entsprechend bestimmte Straßen Berlins für den Automobilverkehr zu sperren.

Die Beschlußfassung über einen neuen Fahrplan und Tarifänderungen, die die Große Berliner und die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn infolge eines mit Charlottenburg abgeschlossenen Nachtragsvertrages einführen will, wurde vertagt.

Der Magistratsbeschluß vom 25. Mai 1906 betreffend die Umgestaltung des Wilhelmsplatzes und die Verlängerung der Voßstraße über die Königgrätzer- bis zur Lennéstraße zeitigte eine längere Debatte. Von allen Seiten wurde der Beschluß des Magistrats, der die Verlängerung der Voßstraße zur Lennéstraße hin aus finanziellen Rücksichten abgelehnt hatte, sehr lebhaft bedauert; der Beschluß erschien um so befremdender, als Bau- und Verkehrsdeputation das Projekt aufs wärmste befürwortet hatten. Es wurde einstimmig beschlossen, beim Magistrat vorstellig zu werden, die Angelegenheit noch einmal zu beraten und der beantragten Verlängerung der Voßstraße aus Rücksichten des Verkehrs und zur Entlastung des Potsdamer Platzes die Zustimmung zu erteilen.

Die Anfrage des Herrn Polizeipräsidenten, ob für eine neu einzurichtende Motor-Omnibuslinie Steglitz, Schloßpark—Berlin, Behrenstraße der beabsichtigte 15 Pfennig-Tarif die Zustimmung der Deputation finden würde, soll dahin beantwortet werden, daß diese Zustimmung ausnahmsweise erteilt werden würde, da auch die Westliche Vorortbahn für die gleiche Strecke 15 Pf. nehme. Es wurde davon Kenntnis genommen, daß im Berliner Weichbilde zwei Teilstrecken zu je 10 Pf. vorgesehen sind und es soll der Wunsch ausgesprochen werden, die Linie nicht nur bis zum Schloßpark, sondern bis zum Botanischen Garten bezw. dem Kreiskrankenhause weiterzuführen.

Die Grundzüge für ein Abkommen mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn über Mitbenutzung ihrer Gleisanlagen für den Betrieb der projektierten städtischen Straßenbahnen, die zwischen den Dezernenten der Stadt und der Gesellschaften vereinbart worden sind, gelangten zum Vortrag und wurden mit unbedeutenden Abänderungen und mit der Maßgabe genehmigt, daß diese Genehmigung nur für die Dauer der kommunalen Zustimmung bis 1919 erteilt wird.

Die von der Strombehörde beabsichtigte Errichtung einer öffentlichen Ladestelle vor Hallesches Ufer 23 wurde abgelehnt.

Ein Diner im neuen Kriminalgerichtsgebäude. Eine bemerkenswerte Neuerung bezw. Verbesserung stellen zwei von dem „Verein für Kaffeestuben und Erfrischungskarren“ eingerichtete Büfetts dar, die gestern in dem neuen Gerichtsgebäude eröffnet wurden. An Stelle eines Automaten-Büfetts, wie es im alten Gebäude eingerichtet war, sind nunmehr in den Zimmern 205 und 604 in der ersten bezw. dritten Etage zwei Erfrischungsräume eingerichtet. In diesen werden Bouillon, Kaffee, Kakao, Limonaden sowie mehrere andere alkoholfreie Getränke zu mäßigen Preisen verschenkt. Besonders angenehm dürfte es aber für diejenigen Zeugen u. a. sein, die ohne „einen warmen Löffelstiel“ im Magen zu haben, stundenlang auf den Korridoren warten müssen, daß nunmehr auch die Einrichtung getroffen ist, warme Speisen an das Publikum verabfolgen zu können. Es wird von gestern ab auf vorherige Bestellung sogar ein ganzes Diner zu sehr billigem Preise verabfolgt. Ein Goulasch kostet z. B. nur 30 Pf., ein Kotelett mit Kartoffeln 50 Pf., Wurst mit Salat 25 Pf. Rumsteak und Schnitzel 60 Pf. usw. — Die Küche befindet sich im Kellergeschoß, von dort werden die Speisen mit einem elektrischen Fahrstuhl an die Ausgabestellen geschafft. Eine weitere Neueinrichtung, die insbesondere bei den zahlreichen dienstlich beschäftigten Personen im Gerichtsgebäude großen Beifall finden wird, besteht darin, daß die Küche telephonisch mit den Bureauräumen verbunden ist. Die bestellten Speisen werden durch einen hierzu bestellten „Boy“ an Ort und Stelle geschafft. Trotz dieser erfreulichen Einrichtung dürfte es in den Räumen der Justitia viele geben, denen der Appetit dort von vornherein vergeht.

Der volle Betrieb auf dem Teltowkanal wird kaum vor Anfang nächsten Jahres aufgenommen werden können. Am weitesten zurück sind noch die Arbeiten für den Zollhafen in Tempelhof, woselbst jetzt erst die Quaimauern, welche gleichzeitig die Grundmauern für den 80 Meter langen Zollschuppen bilden, fertig gestellt sind. Gleichzeitig mit den Ausschachtungsarbeiten für den Keller des großen Zollschuppens werden auch die Erdaushebungen für den neuen Zollhafen vorgenommen und gefördert. Die Planierungsarbeiten für den neuen Zollbahnhof, welcher zwischen dem Güterschuppen und der Mariendorferstraße in Tempelhof angelegt wird, sind bereits beendet. Vor kurzem ist auch mit der Gleisverlegung des Anschlußgleises von der Mittenwalder Bahn nach dem Zollbahnhof begonnen worden. Außerdem ist aber noch der Bau einer zweiten Anschlußbahn an der Südseite des Kanals in Aussicht genommen, welche den direkten Güterverkehr nach der Görlitzer Bahn ermöglichen soll. Die Ländereien an den beiden Ufern des Teltowkanals in der Gegend des Zollhafens sind im Besitz von Terraingesellschaften, welche dort die Anlage großer Güterschuppen planen, die ebenfalls an die Mittenwalder Bahn und durch diese an die Staatsbahn angeschlossen werden sollen. Die Schiffahrt auf dem Kanal ist zurzeit noch außerordentlich schwach. Nur wenige Kähne fahren von Grünau aus in den Verbindungskanal ein, um Lasten nach den am Kanal belegenen Fabriken oder nach der englischen Gasanstalt zu befördern. Die volle Durchfahrt durch den Kanal wird voraussichtlich kaum vor Ende August oder Anfang September möglich sein, da die Ausschachtungsarbeiten an der noch fertig zu stellenden Strecke bei Groß-Lichterfelde erhebliche Schwierigkeiten bieten. Der Boden ist an dieser Stelle in hohem Maße morastig, so daß zur Festlegung der Böschungen noch immer Erdnachschüttungen erfolgen müssen. Dagegen ist der Stichkanal, welcher die Verbindung des Teltowkanals mit der Spree bei Baumschulenweg herstellen soll, jetzt fertig und auch die Anlage für die elektrische Treidelei durchgeführt.

Die Schleusenanlage bei Machnow sah am Dienstag schon einen ernstlichen Schiffsunfall. Nachmittags um 1/2 6 Uhr explodierte auf dem von der Schleuse nach Kohlhasenbrück abgehenden Motorboote kurz nach der Abfahrt der Benzinbehälter unter lautem Knall, und die Flammen schlugen aus der Maschine hervor. Die Fahrgäste (etwa 120) wurden von einer Panik ergriffen, sie waren alle kopflos. Selbst die Bemannung des Bootes wußte sich nicht zu helfen und löschte das Feuer viel zu spät. Die meisten Männer sprangen über Bord und kletterten auf die Böschungen. Die Frauen und Kinder wurden an Land getragen. Einige Passagiere haben leichte Verletzungen davongetragen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Zwei Bootsunfälle fanden vorgestern resp. gestern auf dem Müggelsee statt. Am Montagnachmittag kenterte das Boot eines Berliner Seglerklubs, in welchem sich der Besitzer des Fahrzeuges, der Bankbeamte B., mit drei Freunden befand. Alle vier Personen wurden gerettet und nach dem Restaurant Seebad Bellevue gebracht. Einer der Verunglückten, der Techniker L., war bei dem Unfall mit dem linken Fuß zwischen das Tauwerk des Seglers geraten und hatte infolgedessen eine erhebliche Verletzung am Schienbein erlitten, die seine Ueberführung nach Berlin notwendig machte. — Gestern nachmittag kenterte ein von den Schuhmachergesellen Bilger und Lenke geführtes Ruderboot, vermutlich infolge Unachtsamkeit eines der Insassen. Der des Schwimmens kundige B. vermochte sich allein zu retten, während sich L. an dem Fahrzeug festhielt, bis Hülfe zur Stelle kam.

Immer wieder der Unfug mit Schußwaffen. Das unvorsichtige Spielen mit Teschings haben wieder zwei Personen schwer büßen müssen. Der 35jährige Briefträger Hermann Kaiser, Salzufer 2 wohnhaft, hantierte in einer Laubenkolonie in Charlottenburg so unvorsichtig mit der Waffe, daß sich dieselbe entlud und ihm die Ladung in den rechten Unterschenkel drang. — Ebenfalls schwer verletzt wurde durch das unvorsichtige Umgehen mit der Schußwaffe der 28jährige Schuhmacher Walter Lukas aus der Weimarerstraße 31. Er erhielt einen Schuß in den linken Unterarm. Beide Verunglückte fanden die erste Hülfe auf der Unfallstation XI.

Ein neues Kabelwerk in Ober-Schöneweide. In nächster Zeit wird Ober-Schöneweide ein zweites Kabelwerk erhalten. Eine Gesellschaft in Mühlheim a. Rh. wird ein solches errichten und sie hat bereits in der Labbertstraße ein ausgedehntes Terrain angekauft. Mit dem Bau des Kabelwerkes wird noch in diesem Jahre begonnen werden.

Eine bemerkenswerte Amtsniederlegung hat sich in der ersten Sitzung des Ausschusses der Bäcker-Innungen zur Regelung der Frage des Hefekartells vollzogen. Der frühere Obermeister der Bäcker-Innung „Germania“ erklärte seinen Austritt aus dem Ausschuß und begründete denselben mit den gegen ihn gerichteten gehässigen Angriffen. Er schlug vor, an seinerstatt den stellvertretenden Vorsitzenden des „Germania“-Verbandes, Obermeister Milleville, zu wählen. — Aus den Beratungen ist von besonderem Interesse der Beschluß, nach welchem dem Hefesyndikat im Einverständnis mit den Bezirksvereinen die Lieferung von Mischhefe oder Hefe an Warenhäuser und zu Festzeiten an Kolonialwaren- und Mehlhandlungen untersagt werden kann. Dagegen müssen die Bäcker die Verpflichtung übernehmen, eine gleiche Quantität Hefe abzunehmen wie sonst Warenhäuser resp. Mehlhändler beziehen würden.

Ueber ungesunde Zustände in zwei Gemeindeschulen wird folgendes berichtet: Unerträglich sind seit einiger Zeit die hygienischen Verhältnisse in der 135. und 137. Gemeindeschule in der Friedenstraße. Lehrer und Schüler werden oft von Unwohlsein befallen, und die Lehrer tragen sich ernstlich mit dem Gedanken, zu streiken, wenn nicht bald Abhülfe geschaffen wird. Die Unzufriedenheit ist auf die der Schule benachbarte Knochenmühle von O. Cramer zurückzuführen. Diese Anstalt für Abfallverwertung tierischer Rohprodukte verpestet

die ganze Umgegend. Deshalb müssen die Klassenfenster jener Schulen stets geschlossen bleiben, weil Lehrer und Schüler sonst durch die penetranten Gerüche von Uebelkeit befallen werden. Wie unangenehm und gesundheitsschädlich aber namentlich bei heißen Tagen der Aufenthalt in der stickigen Luft der Schulräume ist und wie die unterrichtlichen Erfolge hierunter leiden, bedarf keines Beweises. Der Kreisarzt Sanitätsrat Dr. Jacobsohn und ein Mitglied der Gewerbeinspektion haben nach erfolgter Untersuchung die Mißstände anerkannt und darüber an die Sanitätskommission berichtet, die die Beschwerde an den Bezirksausschuß weitergegeben hat. Auf der Knochenmühle arbeitet ein starker Motor, der das angrenzende Schulhaus in ständiger Vibration hält. Auch hierunter haben Lehrer und Schüler stark zu leiden. Der Schularzt Dr. Semmler und der praktische Arzt Dr. Heß haben übereinstimmend begutachtet, daß Kinder mit schwachen Nerven durch die fortwährenden Erschütterungen dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erleiden können. Daß hier schleunigst Abhülfe geschafft werden muß, liegt auf der Hand. Das Polizeipräsidium verweigert zwar grundsätzlich die Genehmigung zur Errichtung derartiger Anlagen im Innern der Stadt, stößt aber hierbei oft auf den Widerspruch des Bezirksausschusses, wie es auch in diesem besonderen Falle geschehen ist. Hoffentlich nimmt sich die Berliner Schulverwaltung der Angelegenheit in der Friedenstraße energisch an.

Kirchenaustritt und Richter.

Durch die im Flusse befindliche Austrittsbewegung aus der Landeskirche werden die Amtsgerichte erheblich in Anspruch genommen. Fast täglich finden Termine statt, in denen die Austritte vor dem Richter zu Protokoll erklärt werden. Im allgemeinen wickelt sich dieses formale Geschäft glatt ab, über das hiesige Amtsgericht sind uns wenigstens erhebliche Beschwerden nicht zugegangen, obwohl in einigen Fällen auch Schwierigkeiten gemacht wurden. Anders scheinen die Dinge in Rixdorf zu liegen. Ueber das dortige Amtsgericht wird ständig Klage geführt, daß alle möglichen Scherereien gemacht würden. Jetzt wird uns folgender Fall berichtet: Zwei Arbeiter aus Baumschulenweg zeigten dem Amtsgericht ihre Austrittserklärung an, worauf sie die übliche gerichtliche Zuschrift erhielten, innerhalb einer gewissen Zeit sich zur persönlichen Erklärung auf dem Amtsgericht einzufinden. In der gerichtlichen Benachrichtigung steht zu lesen, daß der Austretende seine Erklärung in der Zeit vom 2.—12. Juni von 10—12 Uhr beim Amtsgericht Rixdorf zu Protokoll geben könnte. Gesagt, getan! Am 5. Juni begibt sich der Arbeiter nach dem Rixdorfer Amtsgericht, um seine Erklärung abzugeben, er wurde aber damit zurückgewiesen, weil nur die Montage und Donnerstage zu diesem Zwecke festgesetzt seien. Dagegen protestiert der Genosse unter Hinweis auf die amtliche Aufforderung, vom 2.—12. Juni seine Erklärung abzugeben. Und was war die Antwort auf diesen Protest? Der Richter erklärte: „Sie holen sich doch sonst vom Wahlverein die Auskunft."

Wir halten diese Antwort für eine ganz ungehörige, die mit der Sache gar nichts zu tun hat. Der Richter hat lediglich die Erklärung entgegenzunehmen, oder wenn er Grund hat, sie zurückzuweisen; im übrigen aber geht ihm die Parteistellung des seinen Austritt aus der Kirche Erklärenden gar nichts an. Nach der amtlichen Mitteilung muß jeder vernünftige Mensch ohne weiteres annehmen, daß jeder Tag, der in die Zeit des Austrittstermins fällt, für diesen Zweck frei ist. Sind nur Ausnahmetage angesetzt, so müssen diese auf der amtlichen Benachrichtigung vermerkt sein. Jedenfalls aber kennzeichnet sich die Aeußerung des Rixdorfer Richters als eine solche, die entschieden gerügt werden muß.

Folgende Warnung erläßt der Polizeipräsident: Da mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit die Pilze wiederum in der allgemeinen Ernährung eine Rolle zu spielen beginnen, wird darauf hingewiesen, daß auch anerkannt genießbare und bekömmliche Sorten geeignet sein können, die menschliche Gesundheit zu schädigen, sobald sie eine teilweise Zersetzung erlitten haben. Es ist daher beim Einkauf und beim Sammeln von Pilzen darauf zu achten, daß nur junge, durchaus gesunde Exemplare als Nahrungsmittel Verwendung finden dürfen, während die alten ausgewaschenen, sehr wässerigen oder in Zersetzung befindlichen Pilze zu verwerfen sind.

Ein sicheres Merkmal, giftige Pilze von unschädlichen zu unterscheiden, gibt es außer der genauen Kenntnis der einzelnen Sorten nicht. Die hierfür empfohlenen Mittel, Eintauchen eines silbernen Löffels, Mitkochen einer Zwiebel oder ähnliche, sind nur geeignet, Irrtümer herbeizuführen und daher zu verwerfen.

Es muß deshalb davor gewarnt werden, unbekannte Sorten von Pilzen zu genießen. Besonders wird darauf hingewiesen, daß in der Umgebung Berlins ein dem Wiesen-Champignon ähnlicher Pilz, der „Knollenblätterschwamm", vorkommt, der stark giftig ist, sich vom Champignon aber durch den am Grunde knollig-verdickten Stiel, das Fehlen des würzigen Geruches und die Farbe der Lamellen unterscheidet. Während diese nämlich beim Champignon in der Jugend rosa, später bräunlich und dunkelbraun gefärbt sind, zeigen sie bei dem Knollenblätterschwamm stets eine weiße Farbe. Da dieser Pilz nur wild wächst, besteht die Gefahr einer Verwechselung bei den künstlich gezüchteten Champignons nicht.

Der vielfach verkaufte „Steinpilz" ist in hiesiger Gegend gefahrbringenden Verwechselungen nicht ausgesetzt, doch empfiehlt es sich, alle ähnlich aussehenden Pilze vom Genuß auszuschließen, sobald sie an der Bruchfläche in kurzer Zeit blau anlaufen. Ferner wird bemerkt, daß die Unschädlichkeit der gelegentlich auf den Markt gelangenden sogenannten „Trüffel", eines nuß- bis kartoffelgroßen, knolligen und ungestielten, der echten Trüffel ähnlichen Pilzes, der aber außen gelblich-weiß gefärbt und häufig warzig-schuppig ist, noch nicht erwiesen ist, so daß sein Genuß besser unterbleibt.

Im allgemeinen kann empfohlen werden, alle Pilze — auch die getrockneten — nach dem Reinigen mit kaltem Wasser zunächst einmal mit Wasser aufzukochen, dieses Wasser fortzugießen und die Pilze alsdann erst weiter zu verarbeiten. Vorzüglich gilt dies für die „Morcheln", unter welchem Namen hier fast ausschließlich die „Lorcheln" verkauft werden, die einen gesundheitlich nicht unbedenklichen, aber durch das Abkochen nach bisherigen Erfahrungen zu entfernenden Stoff enthalten.

In einer Schießbude das Auge ausgeschossen. In die königl. Klinik in der Ziegelstraße ist gestern die neunjährige Tochter des Büdners Hagelmann aus Sandkrug bei Eberswalde, die einem bedauerlichen Unglücksfalle zum Opfer gefallen ist, eingeliefert worden. Auf dem Schützenplatze in Eberswalde hatte die Schwester des Schießbudenbesitzers Linke eine mit einem Bolzen geladene Büchse zum Schusse weitergereicht. Die Waffe muß wohl nicht gesichert gewesen sein, denn plötzlich entlud sie sich und das Geschoß drang der in der Nähe stehenden K. direkt ins rechte Auge. Mit einem Aufschrei brach die Kleine zusammen. Als das zahlreiche Publikum das schwere Unglück bemerkte und sah, wie sich das bedauernswerte Mädchen in seinem Schmerze wand, erhob sich ein furchtbarer Tumult. Man wollte den Schießbudenbesitzer lynchen und nur mit großer Mühe gelang es den hinzuspringenden Polizeibeamten, das schlimmste zu verhüten. Die kleine K. wurde nach der königl. Klinik in der Ziegelstraße gebracht. Das rechte Auge ist vollständig vernichtet und auch das linke ist sehr gefährdet.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat Mai nächtigten im Männerasyl 21 274 Personen, wovon 10 053 badeten, im Frauenasyl 4492 Personen, wovon 1200 badeten.

Ein Paket Verbandsbücher vom Verband der Buchdruckerei-Hülfsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin II, ist auf dem Wege von der Alten Jakobstraße bis Ackerstraße verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselben im Bureau, Alte Jakobstraße 5, abzugeben.

Feuerwehrbericht. Wegen eines größeren Brandes wurde der 16. Zug nach dem Kohlenbahnhof in der Fennstr. 22/26 gerufen. Dort brannten Kohlen. Die Feuerwehr mußte längere Zeit kräftig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Während der Nacht blieb eine Brandwache von drei Mann auf der Brandstelle zurück. Gestern früh um 8 Uhr kam in der Großgörschenstr. 38 ein gefährliches Feuer aus. Dort standen bei Ankunft des 12. Zuges Kisten, Holzwolle u. a. in einem Keller in Flammen. Es gelang, den Brand auf den Keller zu beschränken. In der Demminerstr. 7 war nachts die Strohverpackung eines Wasserleitungsrohres durch Unvorsichtigkeit in Brand geraten und in der Wullenweberstr. 9 früh um 3 Uhr Lumpen u. a.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein Kindesmord aus Rache ist in Charlottenburg verübt worden. Dort hat im Hause Eosanderstraße 26 das 16 Jahre alte Dienstmädchen Frieda Schütz aus Rache darüber, daß es wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten seinen Dienst verlassen sollte, das drei Monate alte Söhnchen Kurt des Maschinisten Hegnow mit Zuckersäure vergiftet. Das Mädchen soll nach anfänglichem Leugnen im Untersuchungsgefängnis ein umfassendes Geständnis abgelegt haben.

In der am 30. Mai abgehaltenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, in der besonders die Bauberufe stark vertreten waren, referierte der Genosse Maurer Emil Lehmann über: „Die Schädlichkeit der Akkordarbeit im Maurergewerbe, die Aussperrung der auf dem Neubau des Schiller-Theaters beschäftigt gewesenen 68 Maurer und die Behandlung dieser Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung am 28. März cr."

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Leiter der Versammlung, Genosse Flemming, bekannt, daß die Herren Direktor Loewenfeld vom Schiller-Theater, Oberbürgermeister Schustehrus, Bürgermeister Matting, Stadtbaurat Professor Schmalz, Stadtbauinspektor Winterstein und sämtliche Stadtverordneten zur Versammlung schriftlich eingeladen worden sind, daß aber nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten der Einladung Folge geleistet haben.

Schriftliche Entschuldigungen sind von den Herren Direktor Loewenfeld, Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Rosenberg und von den Stadtverordneten Otto, Protze, Dr. de Grutzter, Bartsch und Hirsch eingegangen. Die anderen Herren haben es nicht für nötig gehalten, der Sache irgend welche Beachtung zu schenken.

In seinen Ausführungen wies der Referent unter anderem nach, daß durch die Akkordarbeit im Maurergewerbe nicht nur das Leben der beteiligten Arbeiter in große Gefahr kommt, sondern auch das Leben der Bevölkerung, die die Häuser bezieht, in erheblichem Maße gefährdet wird. Der Referent führte einige markante Beispiele von Unfällen an: Einstürze von Treppen, Wänden, Bögen usw., die Opfer an Menschenleben gefordert haben, weiter Fälle, wo die Polizei Häuser, die schon bezogen waren, wegen Einsturzgefahr räumen ließ resp. beim Abbruch von Nachbarhäusern besondere Vorsichtsmaßregeln anordnen mußte — wie im Januar d. J. Ansbacherstraße Nr. 15. Diese Beispiele erweckten bei allen Anwesenden die Gewißheit, daß hier die Instanzen, denen die Bauaufsicht untersteht, nicht ihre Schuldigkeit getan haben, aber auch vermöge ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht tun können, da sie nicht praktisch durchgebildete Leute heranziehen, die doch zu einer durchgreifenden Kontrolle notwendig sind. Bis zur Regelung dieser Verhältnisse müsse man aber mindestens verlangen, daß auf städtischen Bauten ein Arbeitssystem beobachtet werde, welches die Gewähr dafür biete, daß das Arbeitsprodukt, das Maurerwerk, an Solidität und Stabilität nichts zu wünschen übrig läßt und daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um Unfällen gründlich vorzubeugen.

Im zweiten Teile seines Referats legte Lehmann folgendes dar: Auf dem Neubau des Charlottenburger Schiller-Theaters wurden am 10. März dieses Jahres sämtliche Lohnmaurer entlassen und durch Akkordmaurer ersetzt! Die Entlassenen führen ihre Entlassung darauf zurück, daß sie — entsprechend den Anordnungen der Bauverwaltung — gute und saubere Arbeit hingestellt haben und den Wünschen des Unternehmers Baetge: etwas mehr zu leisten, „da es nicht genau darauf ankomme", nicht nachgekommen sind. Daß sie wiederholt an den Unternehmer resp. dessen Beauftragten herangetreten sind wegen Instandhaltung der Rüstung und Innehaltung der Unfallverhütungs-Vorschriften, machte ihr Maß noch voll. Fünf erfreulicherweise als leicht zu bezeichnende Unfälle sind passiert, die alle auf die Mängel der Rüstung, der Schutzdächer und Abdeckungen zurückzuführen waren.

Die Organisation der Maurer nahm zu der eigentümlichen Entlassung ihrer 68 Kollegen Stellung und verlangte an der Hand einer Resolution die Behandlung der Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung sowie die Entlassung der Akkordarbeiter, von dem Grundsatze ausgehend, daß die Praktiken der Akkordmaurer — unter Außerachtlassung der technischen Vorschriften — nicht dazu angetan sind, eine gute und solide Arbeit hinzustellen.

Im Zusammenhange mit diesen Vorgängen hatten die sozialdemokratischen Stadtverordneten Charlottenburgs in der Stadtverordnetensitzung am 28. März d. J. folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung möge beschließen: Der Magistrat wird ersucht, erneut die Frage der Anstellung von Arbeitern als Baukontrolleure in Erwägung zu ziehen." Der Antrag wurde abgelehnt! Zu verurteilen ist hierbei das Verhalten der bürgerlichen Vertreter, insbesondere das des Herrn Oberbürgermeisters. Hat dieser doch an der Hand einiger Sachverständigen-Urteile den „Beweis" zu erbringen versucht, daß die Akkordmaurer auf dem Neubau des „Schiller-Theaters" nur solide Arbeit hingestellt haben! Demgegenüber konnte der Referent mitteilen, daß er selber an Ort und Stelle den mit der Verwaltung betrauten Baumeister auf äußerlich sichtbare Schäden aufmerksam gemacht habe! Auch trat er den Beweis an, daß die Rüstung nicht immer in vorschriftsmäßigem Zustande war. (Bemerkt sei hierbei, daß auch später, und zwar am 4. oder 5. Mai, ein Lehrling abgestürzt und erheblich verunglückt ist!)

In der Diskussion sprachen sich Angehörige der verschiedensten Berufe gegen die Akkordarbeit aus und kritisierten die Behandlung, welche die bürgerlichen Vertreter, sowie der Magistrat der Angelegenheit zuteil werden ließ.

Genosse Stadtv. Dr. Borchardt führte unter lebhaftem Beifall aus, daß die Arbeiter zum Teil selbst daran Schuld haben, daß ihnen nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. Das unentschlossene Vorgehen bei den Wahlen, die Zersplitterung der Arbeiter in verschiedene Organisationen trage dazu bei.

Nachdem noch einige auf dem Bau des Schiller-Theaters beschäftigt gewesene Lohnmaurer verschiedene vom Oberbürgermeister aufgestellte Behauptungen widerlegt hatten, wurde folgende Resolution angenommen:

> „Die Versammelten protestieren auf das entschiedenste gegen die Beschäftigung von Akkordmaurern beim Neubau des Schiller-Theaters sowie gegen die Behandlung, die die diesbezügliche Anfrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten seitens der bürgerlichen Stadtverordneten und des Magistrats erfuhr, insbesondere gegen das Auftreten des Oberbürgermeisters Schustehrus, der schwere Beschuldigungen gegen die gewerkschaftlichen Führer erhoben hat. Die Versammelten verpflichten sich, in noch stärkerem Maße als bisher für die Beseitigung der Akkordarbeit zu agitieren, ihre Kollegen über die Schädlichkeit dieses Systems aufzuklären und erheben von neuem die Forderung an die Gesetzgebung: Einführung von Baukontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiter. Sie konstatieren, daß auch bei dieser Gelegenheit die sozialdemokratischen Stadtverordneten die einzigen waren, die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten haben, und geloben, bei zukünftigen Wahlen alles daran zu setzen, damit die arbeiterfeindlichen bürgerlichen Stadtverordneten aus dem Parlament vertrieben und durch Sozialdemokraten ersetzt werden."

Unter „Verschiedenes" wies Genosse Flemming auf die Lohnbewegung der Barbiere und Friseure hin und ersuchte, den Boykott gegen die nichtbewilligenden Firmen streng durchzuführen. Ferner ersuchte er, die Lokalliste streng zu beachten, namentlich die Wilmersdorfer Genossen in ihrem Kampfe gegen die Saalbesitzer zu unterstützen.

Mit einem Hoch auf die gewerkschaftliche und die politische Bewegung schloß die sehr gut besuchte Versammlung.

Köpenick.

Die Stadtverordneten-Ersatzwahlen für die ausgeschiedenen Genossen August Rochlitz und Theodor Hüpenbecker finden an folgenden Tagen statt:

Für die in der Altstadt wohnhaften Wähler am Dienstag, den 5. Juni 1906, nachmittags von 5—8 Uhr, im „Stadt-Theater", Friedrichstr. 6;

für die in der Damm-Vorstadt wohnhaften Wähler am Mittwoch, den 6. Juni 1906, nachmittags von 5—8 Uhr, im Restaurant „Schweizergarten", Lindenstr. 4;

für die in der Kietzer Vorstadt wohnhaften Wähler am Donnerstag, den 7. Juni 1906, nachmittags von 5—8 Uhr, im Restaurant Ludwig, Dorotheenstr. 1;

für die in der Cöllnischen Vorstadt wohnhaften Wähler am Freitag, den 8. Juni 1906, nachmittags von 5—8 Uhr, im Restaurant Scheer, Rudowerstr. 1.

Kandidaten sind: Herr August Tauchert, Gastwirt, Müggelheimerstr. 4, und Herr Karl Lier, Maurer, Grünauerstr. 30.

Am Freitagabend findet eine Wahlvereins-Versammlung im „Kaiserhof" statt, in welcher das Wahlresultat bekanntgegeben wird.

Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf.

Fernsprechdiebstahl in Wilmersdorf. Ein neuer Fernsprechdiebstahl ist jetzt auch in Wilmersdorf entdeckt worden. Am Freitag, den 1. Juni, um 2 Uhr früh sind in der Berlinerstraße daselbst zwischen den Stangen 16 und 18 die Drähte von 92 Fernsprechanschlußleitungen von Dieben durchschnitten worden. Ehe der Draht aufgerollt werden konnte, sind die Diebe von Polizisten überrascht worden. Die Ergreifung der Diebe ist den Polizisten aber nicht gelungen. Für die Ermittelung der Täter hat der kaiserliche Oberpostdirektor wieder eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Teltow.

Zum Ehrenbürger der Stadt Teltow ist anläßlich der Einweihung des Teltowkanals Landrat von Stubenrauch ernannt worden.

Einen eigenartigen Fund machten gestern Passanten der Groß-Lichterfelder Chaussee. In der Böschung lag in Zeitungspapier eingewickelt die Leiche eines neugeborenen Kindes, welche schon in Verwesung übergegangen war. Auf Anordnung der Polizei wurde die Leiche nach der Teltower Leichenhalle gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Antelmannsche Kolonialpraxis vor dem Kaufmannsgericht.

Ein kleiner Kolonialskandal rollte sich gestern vor der ersten Kammer des Kaufmannsgerichts ab. Die Verkäuferin Hedwig P. klagte gegen das Deutsche Kolonialhaus Bruno Antelmann wegen Ausstellung eines ordnungsmäßigen Zeugnisses. Im März d. Js. war es im Geschäftslokal wegen geringfügiger Ursache zu einem „Krach" gekommen. Zwei Faß Mostrich sollten herbeigeschafft werden, und da die die Hausdienerarbeit versehenden Neger gerade ausgeschickt waren, so sollte die Klägerin die Arbeit verrichten. Diese weigerte sich jedoch, die schweren Fässer zu holen, und im Verlaufe des sich daraus entspinnenden Streites verließ sie sofort den Dienst. Der Beklagte stellte nun der Klägerin ein Zeugnis aus, in dem es unter anderem heißt: „Hedwig P. würde unter einer strengen Leitung ganz brauchbar sein". Die Klägerin, die ursprünglich auch 21 M. Restgehalt einklagte, diesen Anspruch aber fallen ließ, da sie gleich andere Stellung gefunden hat, klagt jetzt nur auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses, indem sie ausführt, daß dieses durch seine Fassung geeignet sei, sie unter Umständen in ihrem späteren Fortkommen zu behindern.

Das Kaufmannsgericht war der Ansicht, daß der Beklagte nicht berechtigt sei, die Brauchbarkeit der Klägerin bedingungsweise zu attestieren. Ein Zeugnis soll sich nur über Art und Dauer, Führung und Leistung aussprechen; es ist aber nicht dazu bestimmt, dem zukünftigen Chef bestimmte Direktiven für die Behandlung zu geben, die dem Zeugnisempfänger gegenüber am Platze ist. Der Beklagte mußte sich daher zur Streichung der inkriminierten Satzwendung verstehen.

Teltower Beschwerderecht.

Besonderes Interesse für die Bewohner der Stadt der welßen Rüben bot eine gegen den Fuhrherrn Kegel, den Malermeister Schulze und den Gehülfen Henkel gerichtete Anklage wegen verleumderischer Beleidigung des Polizeiwachtmeisters Siedow zu Teltow. Der Strafantrag war vom Landrat v. Stubenrauch gestellt. Zur Verhandlung hatten sich zahlreiche Bewohner der kleinen Provinzialstadt gestern in dem Schöffengerichtssaal des Amtsgerichts Berlin II. eingefunden. Herr Kegel ist ein bekannter Fuhrherr, der u. a. auch den Omnibusbetrieb vom Teltower Bahnhofe nach der Stadt unter sich hat. Er hat mit dem Polizeiwachtmeister Siedow Differenzen gehabt, in deren Folge er wegen Beleidigung des Herrn Siedow zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Er hat dann im Verein mit Herrn Schulze eine Eingabe an das Landratsamt gerichtet und diesem verschiedene, die Person des Polizeiwachtmeisters Siedow betreffende Behauptungen zur Prüfung unterbreitet. Es wurde u. a. behauptet, daß Herr Siedow eines Abends im August 1904 gegen 11½ Uhr, als er mit anderen Polizeibeamten aus Berlin kam, den Omnibus bestiegen und mit seinen Begleitern durch lautes Singen und großen Lärm die öffentliche Ordnung gestört habe, daß er einmal so betrunken gewesen sei, daß er die Treppe einer Schankwirtschaft herabgefallen sei und von dem Angeklagten Henkel habe nach Hause gebracht werden müssen, daß er ferner seinen Dienst vernachlässige, da er zumeist in Kneipen sitze und Kartenspiele usw. usw. Alle diese Behauptungen sollen nach der Anklage wissentlich unwahre sein. Der Angeklagte Henkel, der dem ersten Angeklagten der Hauptzeuge für die Trunkenheit des Polizeiwachtmeisters sein sollte, mußte als solcher für ihn ausscheiden, da er wegen seiner darauf bezüglichen Mitteilung an Herrn Kegel kurzerhand mit auf die Anklagebank gebracht wurde. Die Angeklagten traten einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an, der jedoch nicht alle Behauptungen deckte. Unter anderem wurde von dem früheren Kutscher des Angeklagten Kegel bekundet: er habe eines Abends Herrn Siedow mit anderen Polizeibeamten im Omnibus vom Bahnhof in die Stadt gefahren und dabei hätten die Insassen, die wohl angeheitert gewesen seien, so laut gesungen, daß er sofort eingelocht worden wäre, wenn er nur halb so viel Skandal gemacht hätte, wie die Vertreter der Polizei. Durch einige Zeugen wurde bestätigt, daß in der Stadt Teltow das Gerede umgehe: der Wachtmeister Siedow liege dem Kartenspiele mehr ob, als sich mit seinem Dienste vertrage, so daß sich seine Frau schon mehrfach anderen Personen gegenüber bitter darüber beklagt habe, daß ihr Mann zu viel Geld beim Kartenspiel verbringe. Der frühere Nachtwächter Hemmerling will ihn eines Nachts in trunkenem Zustande gesehen haben und der frühere Kutscher des Herrn Kegel sagte aus, daß Herr Siedow, als er nach der erwähnten etwas lauten Fahrt den Omnibus verließ, etwas schwankenden Schrittes in die Kneipe gegangen sei. — Darüber hinaus ergab die Beweisaufnahme nichts im Sinne der in der Eingabe aufgestellten Behauptungen. Der Polizeiwachtmeister Siedow selbst bestritt eidlich die Richtigkeit der letzteren und behauptete, daß er keineswegs eine so große Spielratte sei, sondern nur öfter in seinen freien Stunden sich am Kartenspiel vergnüge — was ihm doch nicht verboten sei — und auch sein Gläschen Bier trinke, wenn er Durst habe. Zu Extravaganzen habe er gar keine Zeit. — Der Amtsanwalt hielt den

Wahrheitsbeweis für völlig mißlungen und beantragte, da sechs schwere Beleidigungen im Sinne des § 186 vorlägen, gegen Kegel einen Monat, gegen die beiden anderen Angeklagten je vierzehn Tage Gefängnis. — Der Verteidiger beantragte die Freisprechung, da die beiden ersten Angeklagten lediglich das jedem Bürger zustehende Recht ausgeübt hätten, bei einer zuständigen Behörde die Prüfung behaupteter Mißstände zu beantragen, ohne daß die Form der Eingabe irgendwie eine beleidigende Absicht erkennen lasse. Eigenartig sei es, daß sie durch Erhebung der Anklage gegen Henkel ihres wichtigsten Zeugen beraubt worden seien. Der Verteidiger behauptete im übrigen, daß der Wahrheitsbeweis voll gelungen sei. — Das Gericht schloß sich dieser Auffassung nicht an und verurteilte Kegel zu 50 M., Schulze zu 30 M., Henkel zu 10 M. Geldstrafe.

Das Urteil erscheint uns unhaltbar. Den Angeklagten steht, gleichviel ob die von ihnen für berechtigt gehaltenen Beschwerden vor Gericht bewiesen sind, der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches in vollem Maße zur Seite.

Das Beschwerderecht des Bürgers würde ja geradezu illusorisch, und der Beamtenwillkür stünde Tür und Tor offen, wenn das Beschwerderecht nicht vollen strafrechtlichen Schutz genösse. Wer russische Zustände in vielfältigter Weise für Deutschland herbeiwünscht, muß freilich dem Beschwerderecht des Bürgers strafrechtliche Fallen zu legen suchen.

Des fürstlichen Diebstahls erster Akt.

Gegen den Diener Wilh. Glase, der die Silberdiebstahlsaffäre der Fürstin Wrede in Fluß gebracht hat, ist nunmehr die Anklage wegen versuchter Erpressung formell erhoben worden. Sein Vergehen wird bekanntlich darin erblickt, daß er, nachdem er auf Grund eines in Biarritz mit der Fürstin Wrede gehabten Streites entlassen worden war, an den in Madrid weilenden Fürsten Wrede ein Schreiben richtete, darin auf die im Palais D'orsay, im „Kaiserhof", im „Hotel Westminster" und im „Bayrischen Hof" vorgekommenen Silberdiebstähle und deren Verbindung mit der fürstlichen Silberkammer hinwies und die Andeutung machte, daß die Sache mit 50 000 M. aus der Welt geschafft werden könne. Der Angeklagte ist in dem bei dem Landgericht Güstrow gegen das fürstliche Ehepaar eröffneten Verfahren bisher bei seinen bekannten Belastungen verblieben. In seiner eigenen Sache behauptet er, keine Erpressung beabsichtigt, sondern mit seinem Schreiben nur bezweckt zu haben, den Adressaten zu ärgern. Ein vom Rechtsanwalt Bahn mehrmals gestellter Haftentlassungsantrag ist mit Rücksicht auf die Höhe der eventuell zu verhängenden Strafe abgelehnt worden.

Versammlungen.

In einer Versammlung des Zentralverbandes deutscher Brauer besprach Tröger als Delegierter die einschneidendsten Anträge zum Verbandstage. Hauptsächlich sprach er sich gegen eine Erhöhung der Beiträge aus; es müsse doch erst abgewartet werden, wie sich die jetzige Beitragsleistung bewähre, und ist es daher angebracht, eine ruhigere Zeit verstreichen zu lassen, anstatt immer mit einer Beitragserhöhung zu kommen. Würde aber eine Erhöhung beschlossen, dann müsse mit einer Unterstützungserhöhung gewartet werden, bis der Kampffonds sich erhöhe; Ausnahme könnte stattfinden bei Streiks und Maßregelungen. Eine Staffelung der Beiträge ist aus Gründen der hier erwachsenden Mehrarbeit und der Schwierigkeit, bei Unterstützungsauszahlung genau statutarisch zu verfahren, nicht zu empfehlen. Dieses System würde mehr Ungelegenheiten bereiten, als Vorteile schaffen. Ferner tritt er für Herabsetzung des Eintrittsgeldes ein, um den Minderbezahlten den Beitritt zu erleichtern. Im Unterstützungswesen müsse in Hinsicht der arbeitslosen Mitglieder eine Form dergestalt gefunden werden, daß nur diejenigen arbeitslosen Mitglieder ihrer Unterstützung verlustig werden, die im eigenen Berufe lohnende Arbeit nachgewiesen erhalten und diese nicht annehmen. Für einen zu hohen Anteil der Zahlstellen an den Beiträgen verhält er sich ablehnend. Einer Erhöhung der Mitgliederzahl auf einen zu wählenden Delegierten kann er beipflichten. Sehr notwendig wird eine Regelung des Diätensatzes sein, um eine Einheitlichkeit für alle am Verbandstag Anwesenden zu erzielen. Für ein Verschmelzen der Sektionen kann er sich nicht erwärmen, da ihm das Arbeitsfeld als zu groß erscheint; man wäre notwendigerweise gezwungen, eine Teilung vorzunehmen, beispielsweise bei Versammlungen, um jeder Kategorie gerecht zu werden. Entschieden bekämpft er das zu häufige Abhalten von Gaukonferenzen und eine Vermehrung der Gaubeamten und bezweifelt, daß sich die Gaubeamten durch ihre Agitationserfolge bezahlt gemacht haben, was er durch einen zahlenmäßigen Nachweis näher erklärt. Die Gaubeamten mögen sich in den Großstädten zur Entlastung ihrer Tätigkeit feste Positionen schaffen. — Die Versammlung war mit Ausnahme einiger unerheblicher Punkte im großen ganzen mit der Ansicht des Delegierten einverstanden. Hierauf erfolgte der Kassenbericht vom 1. Quartal 1906. Danach verzeichnet die Einnahme 3989,40 M., die Ausgabe 1847,36 Mark, so daß an die Hauptkasse 2142,04 M. abgesandt werden konnten. Die Mitgliederzahl betrug 799. An bezahlten Beiträgen wurden geleistet 95,6 Proz. oder pro Mitglied 12,4 Beiträge. Die Lokalkasse weist eine Einnahme nach von 1455,74 M., eine Ausgabe von 1217,62 M., macht eine Mehreinnahme von 238,12 M., ergibt zuzüglich des Bestandes Ende 1905 ein Vermögen von 6675,36 M. Die Abrechnung vom Maskenball liefert einen Ueberschuß von 213,50 M. Unter Verschiedenem wurde noch das Verhalten des Braumeisters der Löwenbrauerei in Hohenschönhausen, Stöber, einer Kritik unterzogen. Dieser Herr vermehrte sein Einkommen dadurch, daß er sich von einem seiner Aufsicht unterstellten Brauer erst 5 M. pro Woche und später 35 M. pro Monat zahlen ließ. Als die weitere Zahlung verweigert wurde, wurde der betreffende Angestellte alsbald auf die Straße gesetzt. Auch in dem vor kurzem stattgefundenen Bierfaßböttcherstreik hat dieser genannte Braumeister eine traurige Rolle gespielt.

Verein Berliner Hausdiener. (Dritte außerordentliche Generalversammlung.) Die Kollegen Pankotsch, Rud. Kwader, Wilh. Buß und Szolajewski, welche anläßlich der Bewegung bei H. Jordan Arbeitswilligendienste geleistet haben, ferner der Kollege Eitner, welcher am 1. Mai einem Beschlusse seiner Werkstatt zuwider gearbeitet hat, wurden ausgeschlossen. Als 2. Rendant wurde Höde und als Beisitzer Muschold gewählt. Ein Protest Wilhelmi und Kind, welcher sich gegen die Entscheidung des Vorstandes richtete, beschäftigte die Versammlung längere Zeit. Der Sachverhalt war der, daß die Kollegen wegen Abstellung verschiedener Mißstände und Erhöhung des Lohnes vorstellig wurden. Obgleich das Statut in dieser Beziehung vorschreibt, daß jede Lohnforderung, welche Arbeitseinstellung zur Folge haben kann, dem Vorstande vorher gemeldet werden muß, hatten die beiden Kollegen dies unterlassen und selbstständig die Forderungen unterbreitet. Im Verlaufe der Verhandlung nun wurde den beiden bedeutet, daß sie entlassen seien. Nachdem der Vereinsleitung von dem Vorgefallenen Mitteilung gemacht wurde, versuchte dieselbe alles, die Kündigung rückgängig zu machen, jedoch mit negativem Erfolge. Die beiden Stellen sind nun wieder, wenn auch nicht direkt, mit Vereinskollegen besetzt worden, da nach Ansicht der Bureaubeamten und des Vorstandes eine Maßregelung nicht vorlag. Die Diskussion über diesen Streitfall ergab, daß seitens der Beamten korrekt gehandelt worden ist und eine Maßregelung nicht vorliegt, und es wurde ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit großer Majorität angenommen. Ein Antrag des Vorstandes, die Protokolle vom 1. Handelshülfsarbeiter-Kongreß in der Anzahl der Mitgliederstärke entsprechend zu entnehmen, wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag des Vorstandes, an der Konferenz sämtlicher Lokalorganisationen teilzunehmen zwecks Herbeiführung der Einheitsorganisation im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe, wurde auf Beschluß bis zur nächsten Versammlung vertagt, da die Reihen sich schon stark gelichtet hatten.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Heute, Donnerstag, 7. Juni, abends 9½ Uhr, Rosenthalerstraße 11/12: Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Vermischtes.

Ein Automobil-Wettrennen wird wieder einmal veranstaltet, dessen Ausgangspunkt Frankfurt a. M. ist. 150 Teilnehmer sind vertreten. Bei Enskirchen ist schon der erste schwere Unfall passiert. Es handelt sich um den Wagen Nr. 130, Kienle-München, Fahrer Direktor Wiß-Gaggenau. Bei einer scharfen Kurve wurde der Wagen umgeworfen und Kontrolleur Schlör aus München schwer verletzt.

Auf offener Straße ermordet. In Bornstedt bei Potsdam wurde in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr eine schwere Bluttat verübt. Der Zigarrenhändler Vierkant, der in der Burggrafenstraße in Potsdam ein Zigarrengeschäft besaß, wurde von einem Tischler Hetsch auf offener Straße ermordet. Der Mörder, der in der Katharinenholzstraße 2b in Bornstedt wohnt, ist ein vielfach vorbestrafter Mensch. Er geriet gestern mit Vierkant in Streit. Als der Zigarrenhändler am Abend durch die Katharinenholzstraße kam, sprang Hetsch plötzlich auf ihn zu und schrie: „So, nun habe ich Dich unter vier Augen!" Er stieß den Ueberraschten mit einem Messer nieder und richtete ihn fürchterlich zu. Vierkant war fast auf der Stelle tot. Der Mörder ging dann ruhig nach Hause. Erst nach einiger Zeit wurde der Mord entdeckt und Hetsch durch einen Gendarmen und den Gemeindediener verhaftet. Da der Täter den Ueberfall auf Vierkant vom Nachmittag an geplant zu haben scheint, handelt es sich bei dem blutigen Racheakt um einen Mord.

Rücksichtslose Automobilisten. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gelegentlich der Fernfahrt Berlin—Frankfurt a. M. Ein Kraftwagen, der an dieser Fahrt teilnahm, überfuhr in vorgerückter Abendstunde einen zum Rittergute Denstädt bei Weimar gehörigen Wagen mit zwei Insassen, von denen der eine am Kopfe schwer verletzt wurde, während der Wagen völlig in Trümmer ging. Das Automobil fuhr in rasendem Tempo nach Erfurt weiter, ohne daß sich seine Insassen um den Verletzten kümmerten. Leider ist es nicht gelungen, die Persönlichkeiten der Automobilisten festzustellen.

Eine unmenschliche Bluttat wurde in der Nacht zum Montag von mehreren Soldaten in Hohensalza (früher Inowrazlaw) verübt. Es wird von dort berichtet: Die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende 25 Jahre alte Marie Klimkewicz wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 11 Uhr von 15 betrunkenen Soldaten des Infanterieregiments Nr. 140 aufgesucht. Da das Mädchen ihnen den Zutritt nicht gestattete, erbrachen die Soldaten die Tür mit Gewalt, drangen in das Haus ein und brachten dem Mädchen mehrere Stiche mit dem Seitengewehr in den Unterleib bei. Bereits nach 10 Minuten starb die Verletzte. Auch ein Zivilist und ein städtischer Nachtwächter, die dem Mädchen zu Hülfe eilten, sind von den Soldaten mit Seitengewehren schwer mißhandelt worden. Seitens der Militärbehörde ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden.

Brand eines Dampfers. Venedig, 6. Juni. Der mit Baumwolle beladene Dampfer „Margareta" der Austro-Amerikalinie geriet aus unbekannter Ursache in Brand. Erst nachdem 120 Ballen vernichtet waren, konnte der Brand gelöscht werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Ewald 100. Den vollen Schadenersatz sollten Sie einklagen. Zuständig ist das Amtsgericht, nicht das Gewerbegericht. — **E. P. 30.** Können Sie beweisen, daß die Sache sich so verhält, wie Sie sie schildern, so fordern Sie zunächst den Wirt noch einmal unter Setzung einer kurzen Frist auf, die Streichung vorzunehmen, drohen ihm an, nach Ablauf der Frist würden Sie auf seine Kosten die Streichung bewirken lassen, führen dann Ihre Drohung aus und klagen hierauf die verauslagten Kosten ein. Zu einem Abzug von der Miete ist nicht zu raten, da Sie wahrscheinlich ein hier übliches Vertragsformular unterschrieben haben. — **K. B. 25.** Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg, zuständig ist das Amtsgericht, ein ärztliches Gutachten würde entscheidend sein. — **G. H. 33.** Ihre Tochter kann mit Aussicht auf Erfolg auf Rückgabe klagen. — **F. S. 18.** Sie können jederzeit die Stellung aufgeben. — **Franz Marx.** Eine solche Entscheidung besteht nicht. — **P. A. 33.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — **A. 22.** Nein. — **Johann Knidelberger.** Ein solches Gesetz ist nicht erlassen. — **A. B. 105.** Landarbeiter können streiken. Für sie gilt aber, wie wiederholt ausführlich dargelegt ist, soweit die älteren Provinzen in Betracht kommen, das Gesetz betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter. Nach diesem Gesetz werden u. a. Landarbeiter mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre bedroht, welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern. Es ist also die Verabredung oder die Aufforderung zur Teilnahme an einer solchen Verabredung, nicht aber eine Aufforderung zur Arbeitseinstellung, welche die Frage der Verabredung nicht berührt, verboten. Das Koalitionsrecht der Landarbeiter ist auf dem preußischen Parteitage behandelt. Lesen Sie das Protokoll nach. — **E. B. 1890.** 1. und 2. Ja. — **F. E. 999.** Nein. — **F. H. 18.** Wenn nichts Gegenteiliges aus dem Vertrage sich ergibt, so würden Sie für die ganze Mietsdauer haften, falls nicht der Eigentümer mit Ihrer Entlassung aus dem Vertrage und dem uneingeschränkten Uebergang des Vertrages auf den neuen Käufer einverstanden ist. — **R. B.** 1. Ja. 2. Wenn kein Privatvermögen vorhanden ist, so würde eine Pfändung fruchtlos sein. 3. Nein. — **Weber 468.** Nach § 630 B. G.-B. kann bei der Beendigung eines dauernden Dienstverhältnisses der Verpflichtete von dem anderen Teile ein schriftliches Zeugnis über das Dienstverhältnis und dessen Dauer fordern. — **O. R. 24.** Sie können auf vollen Schadenersatz und ferner darauf klagen, die Hauseinrichtungen so herzustellen, daß einer ähnlichen Ueberschwemmung vorgebeugt wird. — **Verein der Freien Bauern.** Der Beschluß der Mehrheit ist zutreffend. — **B. 7.** Ja. — **W. L. 9.** Wenden Sie sich an den Vorstand der einzelnen Krankenkassen. — **M. E. 14.** Der Antrag kann schriftlich, er kann aber auch zu Protokoll erklärt werden. — **B. K., Lausitzerstraße.** Sie müßten bis zum 15. Dezember warten. — **A. P.** 1. Wenden Sie sich an die Reichsbank oder an die Deutsche Bank. 2. Wenn es sich um eine Hypothek handelt, so muß notariell beglaubigte Quittung erteilt werden. 3. Das Wahlrecht ruht ein Jahr lang nach Empfang der Armenunterstützung. — **W. B. 44.** Ehebruch ist dann strafbar, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden ist und der beleidigte Ehegatte Strafantrag stellt. Die Scheidungsklage muß innerhalb 6 Monate nach Kenntnis von dem Scheidungsgrund eingereicht werden. Die Ehefrau hat ein Recht auf Alimentation seitens des Ehegatten während der Dauer der Ehe, wenn sie mit Einwilligung des Ehemannes oder mit gerichtlicher Zustimmung vom Ehemann getrennt lebt. Sonst steht ihr ein Recht auf Unterhalt nur zu, wenn sie die Ehewohnung teilt. — **G. B., Neue Mühle.** Mangels anderer Vereinbarungen ist in Ihrem Falle eine Kündigung von Vierteljahr zu Vierteljahr zulässig, da jährliche Miete vereinbart und das erste Jahr abgelaufen ist, demnach der Vertrag als auf unbestimmte Zeit geschlossen gilt. — **F. K. 47.** Von Fall zu Fall ist zu unterscheiden, ob es sich um ein Gewerbe mit gewerblichen Gehülfen oder um ein sogenanntes rein künstlerisches Unternehmen handelt, das der Gewerbeordnung und dem Gewerbegericht nicht untersteht. — **Berlin 18.** Wiederholen Sie die Anfrage. — **R. K.** 1. Ja. 2. Teilweise. 3. § 26a des Krankenversicherungs-Gesetzes ist entscheidend. Danach ist Kassenmitgliedern, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, das Krankengeld so weit zu kürzen, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengelde den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tagelohnes übersteigen würde. Durch das Kassenstatut kann diese Kürzung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. — **J. B. 30.** Verkauf des Hauses hebt den Mietsvertrag nicht auf, es sei denn, daß der Verkauf im Wege der Subhastation stattgefunden hat. Der von Ihnen geschilderte mündliche Vertrag, der überdies schriftlich von Ihnen bestätigt ist, ist gültig, wenn der Sachverhalt sich so verhält, wie Sie ihn mitteilen. — **P. T. 3. 9.** Vorstrafen eines Zeugen. Ein Zeuge wird in der Regel nicht nach etwaigen Vorstrafen (mit Ausnahme einer solchen wegen Meineids es) befragt. Will er aber sicher gehen, daß ihm Fragen, die eine frühere Zeit betreffen, nicht vorgelegt werden, so ist es zweckmäßig für ihn, vor dem Termin an das Gericht eine schriftliche Bitte zu richten, etwa dahingehend: „Zum so und so vielten bin ich in der Strafsache gegen X. (Aktenzeichen) als Zeuge geladen. Vor vielen Jahren bin ich bestraft, und zwar im Jahre so und so wegen des Vergehens zu der und der Strafe, im Jahre so und so usw. Eine Nachfrage nach den Strafen wäre mir außerordentlich unangenehm und richte ich daher an das Gericht die Bitte, an mich die Frage, ob ich bestraft bin, nicht richten zu lassen. Abgesehen von den oben angeführten Strafen habe ich Strafen nicht erhalten."

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 66—70 pr. 100 Pfund, IIa 56—66, IIIa 52—55, IVa 46—52, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 0,00, holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 90—95, IIa 75—85, IIIa 60—73. Hammelfleisch Ia 75—80, IIa 67—74. Schweinefleisch 59—66. Kaninchen per St. 0,30—0,60. Hühner, alte, Stück 1,70—2,50, junge, per Stück 0,50—0,70. Tauben, junge 0,30—0,50, alte 0,00. Enten, prima, per Stück 0,00—0,00, Hamburger, junge, per Stück 2,20 bis 2,80. Gänse, junge, per Pfd. 0,70—0,78, per Stück 3,50 bis 5,50. Hechte 126—136. Schleie 122—126. Bleie 00. Aale, groß 120—123, mittel 114—116, klein 71, unsort. 93—114. Plötzen 00. Flundern, pomm. I, p. Schock 3,00—5,00. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel, per Kiste 2—4, do. klein, per Kiste 0,00. Bücklinge, holl. per Wall 0,00. Kieler 2,00—4,00, Stralj. 3,00—3,50. Aale, groß, p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,00, Elb- per Kiste 0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 31,00, mittel 15—17,50, kleine 00, unsortiert 15,00. Eier, Land-, per Schock 3,30, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 110—114, IIa 106—110, IIIa 100—106, abfallende 96—100. Saure Gurken, Schock 3,50—4 M., Pfeffergurken 3,50—4 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Dabersche 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00, Malta 00,00, Sommer-Malta 11—12, franz. 00, ital. 7—10, ungar. 5—7. Spinat, per 100 Pfd. 10—15. Karotten 3—4. Mohrrüben, per 100 Pfund 3—4. Kohlrabi, per Schock 0,50 bis 1,50. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Bd. 0,00—0,00, Berged. 0,00. Radieschen, per Schock 0,75. Salat, 100 Kopf 0,60, Gubener, per Schock 0,50—0,70. Spargel I, per Pfd. 0,30—0,43, II 0,20—0,26, III 0,15—0,19, Beelitzer I 0,48—0,52, II 0,30 bis 0,33, III 0,17—0,38. Bruchspargel 0,0—0,0. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70—110. Schoten, Beelitzer, per 100 Pfd. 15—18. Kirschen, ital., per 100 Pfd. 18—25, franz. 30—40, Gubener 15—25, Werdersche, per Pfd. 0,20—0,25. Erdbeeren, hiesige, per 50 Kilo 60—70, holl., per 50 Kilo 50 bis 80, franz., per Pfd. 0,50—0,70, Beelitzer, per Korb 1,25, Dresdener, per Pfd. 1,75. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—10,00, 360 Stück 6,75—9,00, 200 Stück 6,50—9,00, 420 Stück, klein 7,00.

Witterungsübersicht vom 6. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	769	NNO	2	heiter	14	Haparanda	761	N	2	wolkig	7
Hamburg	771	NNW	1	bedeckt	8	Petersburg	763	SW	1	Regen	8
Berlin	769	NNW	3	wolkenl	13	Scilly	768	O	4	bedeckt	12
Frankf. a. M.	770	NO	2	wolkenl	12	Aberdeen	769	SSW	1	wolkig	11
München	770	W	2	bedeckt	8	Paris	770	ONO	2	wolkig	11
Wien	764	NNW	4	bedeckt	13						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. Juni 1906.

Wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 7. Juni.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzi.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Neues Opernthaater. Die Fledermaus.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Jugendliebe. Die Dienstboten.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Helden.
Lessing. Das Lebensfest.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Nanon.
Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Der Weg des Märtyrers.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Besuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operetten-Theaters aus Hamburg (Direktor Max Monti). Anfang 8 Uhr.
Die lustige Witwe.
Morgen und folgende Tage: **Die lustige Witwe.**

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Morgen:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Donnerstag: Gastspiel **Bella Alten** und **Lotte Schloß:**
Die Fledermaus.
Freitag: Gastspiel **Bella Alten** u. Dr. **Otto Briesemeister:**
Fra Diavolo.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Nanon. Operette in drei Akten.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Der Weg des Märtyrers.
Schauspiel in 5 Akten von Horst Rolf.
Sonntag 3 Uhr: **Aus altem Geschlecht.**
Im Sommergarten täglich: **Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Anfang 5½ Uhr. Entree 25 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Liebeslenz u. Herbstesrauschen.
Singspiel m. Dir. **Dill** in d. Hauptrolle.
Sgr. Francisco, d. fidele Lampenputzer.
Anf. 5 Uhr. Entree: **30** bis **75** Pf.
Bei schlechtem Wetter Vorstell. i. Saal.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Großer Elite-Tag.**
Die Gauklerin.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in sieben Bildern.
Außerdem die großart. Spezialitäten.
The Alkers Kunsttaucher. | **The Naniva** Japaner-Troupe.
Paul Coradini.
Anf. 4½ Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.
15 Attraktionen ersten Ranges **15.**
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Anfang **4** Uhr. Entree **30** Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Jugendliebe.** Lustspiel von Adolf Wilbrandt. Hierauf: **Die Dienstboten.** Lustspiel von Roderich Benedix.
Freitag, abends 8 Uhr: **Helden.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: **Heiratslustig.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Helden.** Komödie in 3 Aufzügen von Bernard Shaw. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.
Freitag, abends 8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Jugendliebe.** Hierauf: **Die Dienstboten.**
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 2½ Uhr:
17./18. Abteilung im **Metropol-Theater:**

Die Frau vom Meere.

Die Vorstellungen finden im **nächsten Spieljahr** statt im neuerbauten

Neuen Schauspielhause
am Nollendorfplatz

und im neurenovierten

Berliner Theater
in der Charlottenstraße 90/92.

Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen eine diesbezügliche Erklärung spätestens am 10. Juni in ihrer Zahlstelle abgegeben haben.

Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist, auch müssen Beitragsreste bis zu diesem Termine reguliert sein.

Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.

229/3 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Landes-Ausstellungs-Park.

Neu erbaut: **Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.**

Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.

Täglich: Doppel-Konzert.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain 29/32.

Täglich:

Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.

Zum Schluß: **Die Sonntagsbraut.**

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die **Kaffeeküche** ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Bürfelbuden, Konditorei, Blumenstand ꝛc.

Urania Taubenstr. 48/49.

Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Zoologischer Garten

Vom 6. bis 9. Juni inkl., nachmittags 5 Uhr:
Gastspiel
des Musikkorps S. M. Jacht „Hohenzollern“, kaiserl. Stabshob: Hr. F. Pollinger.
Eintritt ab 6 Uhr 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Entree **15 Pf.**, wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also **kein** Entree.

Winter-Garten

Das neue glänzende
Juni-Programm.

Apollo-Theater.

Das große ! Spezialitäten-Programm !

U. a.: **Duo Paulus,** Holländisches Duett. **Miß Carma,** Transformat.-Tänzerin. **Humpsti-Bumsti** Recé und Privost. **Das blaue Bild** v. Paul Lincke. **La Matschiche,** Mexikan. Tanz, Solo: **Annette Savary. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal IV:

Versammlung
der ausgesperrten Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand der Aussperrung. 2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet 24/10 **Die Streikleitung.**

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands.

Sonntag, den 10. Juni 1906, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Litfin, Memelerstr. 67:

Gemeinschaftliche Uebungsstunde.

Erscheinen aller Mitglieder des Bundes erwünscht. **Der Vorstand.**

Sonntag, den 17. Juni, nachm. 2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Verschiedenes.

281/19 **Der Vorstand.**

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Fest-programm.
Willy Prager
14
erstklassige Spezialitäten.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wehling, Humor. **Varadi-Duett. Derrington-Family,** Kunstradfahrer. **Livèra,** Drahtseil. **Die Einbrecher von New York,** Pant. **The Piccad. Konzert. Ball.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags **8** Uhr, Sonntags **7** Uhr.
Sonnabend, den 16. Juni: **Benefiz** für **Paul Britton** zur Feier seiner **25jährigen Mitgliedschaft** bei d. **Stettiner Sängern.**

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit **abwechselndem Abnormitäten-Programm.**
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.

Dir. **Wilhelm Reimer.**
Der Garten ist eröffnet.
Sonntg., Montg. Donnerst.
Hoffmanns Nordd. Sänger und **Tanzkränzchen.**
Neues interess. Programm.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 Uhr
Sommerpreise: Entr. 30 Pf. nummerierter Platz 50 Pf.
Im Garg.: **Freikonzert.**

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitanz.**

Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

Blitz

3 Geschäfte — 3 Geschäfte

80 Chaussee-Straße 80

9 Rosenthaler Straße 9
Ecke August-Straße.

137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, hochelegant. von **4⁹⁰** M. an
Herren-Paletots, das Neueste. von **5⁶⁰** M. an
Kinder-Anzüge in feinsten Ausführungen von **1⁸⁰** M. an
Hosen in allen erdenklichen Mustern von **57** Pf. an

Wir bitten genau auf die Firma

zu achten — **Blitz** — zu achten

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

August Friese

am 2. Juni verstorben ist und am 5. Juni zur letzten Ruhe geleitet wurde.

Ehre seinem Andenken!

86/20 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

(Verwaltung Berlin.)

Am 4. Mai verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied, der Steinbildhauer

Max Weidemann

im Alter von 35 Jahren.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachm. 4 Uhr, auf dem Luisen-Friedhof, Bergmannstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

20/14 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Theodor Newiger

am 3. Juni 1906 nach vierwöchentlichem Krankenlager an Herzlähmung verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 7. Juni 1906, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Markus-Gemeinde, Wilhelmsberg, Berlinerstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Sektionsvorstand.

Verband der Tapezierer.

(Filiale Berlin.)

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Rud. Konitzer

am 4. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, auf dem Gethsemane-Kirchhofe in Niederschönhausen (Nordend) statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters 14756

Georg Heinemann

sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Wahlverein Rixdorf, den Gewerbegerichtsbeisitzern, dem Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter, dem Lotterieklub „Null“, den Laubenkolonisten und der Sterbekasse der deutschen Wagenbauer unseren herzlichsten, aufrichtigsten Dank.

Ww. Anna Heinemann nebst Kindern.
Rixdorf, Falkstr. 11.

Sozialdemokrat. Wahlverein Ober-Schöneweide.

Das Mitglied 202/15

Willi Krebs

ist nach kurzem, schwerem Leiden am 4. Juni gestorben.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am 7. Juni (Donnerstag), nachm. 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeindefriedhofes aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Ober-Schöneweide.

Der Kollege

Willi Krebs

ist am 4. Juni nach kurzem, schweren Leiden verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus statt. 202/16

Rege Beteiligung der Maiausgesperrten wird erwartet.

Dieselben treffen sich nachmittags 3 Uhr im Wilhelminenhof.

Die Mai-Ausgesperrten.

Am 5. d. M. verschied nach langem Leiden meine brave Frau, unsere liebe Mutter

Pauline Hitze

geb. **Staberow.**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Adlershofer Friedhofes aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen

Gustav Hitze
nebst Kindern.

Verein für Frauen und Mädchen in Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser tätiges Mitglied

Frau Pauline Hitze

geb. **Staberow**

am 5. d. Mts. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des hiesigen Gemeindekirchhofes aus statt. 22405

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Ackerstraße, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Kollegen der Gelbgießer unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Witwe **Berta Buchwald**
nebst Kindern.

14762 **Danksagung.**

Für die Teilnahme an dem Begräbnis meines Sohnes **Max Pieper** spreche ich allen Kollegen und Genossen meinen Dank aus.

Gustav Pieper, Vater.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak.**
Ratiborer Schnupftabake: Ehsegger, Kewnoer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! Neu aufgenommen: **Neu!**
Berliner Luft (Detailpreis: Paket **10 Pf.**)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken von **Joseph Doms,** Ratibor.
1150L* **Amt 4, 3014.**

Andreasstr. 26. Andreas-Garten. Andreasstr. 26.

Den geehrten Vereinen und Fremden empfehle meine Räume zu **Versammlungen** und **Festlichkeiten. Gute Küche,** solide Preise. Ausschank von echtem Münchener Bier. Kegelbahn. Garten. Fremdenlogis.

Jeden Sonntag **TANZ** bei freiem Entree.

12482* **Franz Merkowski.**

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!
Bevor Sie Ihre Dampferpartien abschließen, sehen Sie sich
Restaurant „Waldhaus“,
Rauchfangswerder bei Zeuthen, an, vollständig neu eingerichtet, 3 gr. Säle, Hallen, ca. 4000 Sitzplätze etc. Für Himmelfahrt, 2. u. 3. Feiertag, 1. Juli, 12. August noch Dampfer a 200 resp. 330 Pers. zu verm. Für gr. u. kl. Fabriken noch Sonnabends i. Juni u. Juli frei, sowie **Wochentage** zu ermäßigt. Preisen **Dampfervermietung.** Um zahlreichen Besuch und Abschluß bittet Der Inhaber **Karl Römisch.**

Kufeke's Kindermehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung. 5601L*

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.